

Diskussionsbeitrag von
LOTTA CONTINUA
zu den Klassenkämpfen
in der BRD



ARBEITERAUTONOMIE IN WESTDEUTSCHLAND

Politladen Erlangen — Gaiganz 1974

edizione lotta continua

Dieses Buch ist *nicht* zu teuer!

Relativ häufig kritisieren Käufer unserer Bücher den angeblich zu hohen Preis und verweisen vor allem auf „vergleichsweise billigere“ Bücher anderer Verlage. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich zu dieser Kritik der Kunden zu verhalten. Wir möchten dazu folgendes bemerken:

Umfang und Umfang ist nicht dasselbe

Ein immer mehr um sich greifender Brauch ist der geplante Betrug des Kunden durch Vortäuschen von mehr Buch unter Verwendung dickeren Papiers. Aus Absatzgründen – die linken Verlage mit ihrer permanenten Kapitalknappheit unterliegen den kapitalistischen Zwängen zum Teil noch stärker als bürgerliche Unternehmen – standen wir ebenfalls vor der Frage, ob wir uns diesem Trend anschließen sollen, zumal ihn die Buchkäufer durch ihr Verhalten noch unterstützen, wenn sie immer noch dicken, schönen und bunten Büchern verlangen. Trotzdem haben wir uns entschlossen, es zunächst anders zu versuchen, nämlich: Änderung des Käuferverhaltens durch Information.

Das Perverse bei dem dickeren Papier ist, daß es auch beträchtlich teurer ist als das von uns verwendete normale 80 g/qm-Offsetpapier: Um einen höheren Preis durch vorgetäuschten Umfang verlangen zu können, nehmen die betreffenden Verlage tatsächlich eine reale Steigerung der Herstellkosten in Kauf! Zwei Beispiele: *Snow, Roter Stern über China* (Märzverlag) hat genauso viel Seiten wie *Beer, Geschichte des Sozialismus* (Politladen-Verlag). Ersterer ist 5,7 cm dick, letzterer nur 3,7! *Probleme des Klassenkampfes* Nr. 5 ist 1,3 cm dick, *Gillman, Profitrate* (E.V.A.) bei gleicher Seitenzahl schon 2 cm.

Die Bitte an die Käufer also: auf die Seitenzahl schauen, auf die Schriftgröße, auf die Zeilenzahl pro Seite! Suhrkamps Ausgabe des Brechtschen *Arbeitsjournal* ist ein Beispiel, wie man aus wenig Text viele, viele Seiten machen kann . . .

Reprints und Erstausgaben

Hierbei handelt es sich um die den Laien oft verblüffenden Preisunterschiede zwischen diesen beiden Alternativen. Dabei ist doch ganz klar: Oft haben Reprints weniger Vorarbeiten, Reprints haben keine Satz- und Layoutkosten (bei Erstausgaben ganz grob ca. DM 20 pro Druckseite). Zusätzlich kommt bei Erstausgaben oft hinzu das Autorenhonorar (zwischen 7 und 10 %), die Übersetzungskosten (im billigen Fall ca. DM 10 pro Druckseite) und bei ausländischen Titeln z. B. die Lizenzkosten.

Taschenbücher

Die Taschenbuchreihen bürgerlicher Verlage sind in der Tat oft billiger als linke Titel vergleichbaren Umfangs. Das ist allerdings genauso anwendbar auf „normale“ Bücher bürgerlicher Verlage. Und zumeist sind die linken Titel noch nicht in Auflagen herstell- und absetzbar, die eine Massenproduktion wie bei Taschenbüchern zulassen würden. Die Erstauflagen bei uns bewegen sich zwischen 2.000 und 5.000 Exemplaren, Taschenbücher fangen meist erst bei 10.000 an. Manche linken Titel sind zudem wegen ganz spezieller Thematik nur in Kleinstauflagen herstellbar, da kommt es dann zu Preisen wie DM 12 für den Politladen-Titel *Vorkapitalistische Produktionsweisen*.

Zu der Verbilligung von Zweitaufgaben:

Zum einen dient diese Verbilligung dem Auffangen inzwischen eingetretener Preiserhöhungen (z. B. wurde das Papier am 1. 1. 74 um 15 % teurer, für den 1. 4. 74 ist eine weitere beträchtliche Erhöhung angekündigt), zum anderen ist eine gewisse Akkumulation und Rücklagenbildung unbedingt notwendig: Neue Projekte bedürfen einer zumindest teilweisen Vorausfinanzierung, Ladenhüter, so sie passieren, müssen mit Gewinnen bei anderen Titeln ausgeglichen werden, politisch motivierte Niedrigstpreise bei bestimmten Titeln sind nur so zu subventionieren.

In Zukunft müssen Titel auch bei Erstauflagen kostendeckend kalkuliert werden, denn die Zweitaufgabe ist ja keineswegs von vornherein sicher und kann auch ausbleiben bzw. in nur sehr geringer Auflagenhöhe durchgeführt werden, was die möglichen Verbilligungen wieder auffrisst.

Wir bitten also alle Käufer unserer Bücher, diese Überlegungen und Tatsachen zu bedenken und mit dazu beizutragen, daß sich das Konsumentenverhalten kritisch ändert!

ARBEITERAUTONOMIE IN WESTDEUTSCHLAND

**Diskussionsbeitrag
von Lotta Continua
zu den Klassenkämpfen in der BRD**

**Gaiganz 1974
Edizione Lotta Continua – Politladen Erlangen**

Aus dem italienischen Manuskript übersetzt. Der Text wurde fertiggestellt
im Dezember 1973.

Kontaktadresse: Maurer, 6 Frankfurt 1, Postfach 3743

Edizione Lotta Continua
ARBEITERAUTONOMIE IN WESTDEUSCHLAND

Verlag und Druck:
Politladen Erlangen
D-8551 Gaiganz – Telefon: 09199-287

Printed in the F.R.G. – März 1974 (1. Aufl.)
Copyright 1973 by Lotta Continua, Roma/Italia
Copyright 1974 by Politladen GmbH (deutsche Ausgabe)

ISBN 3-920531-79-5

Vorbemerkung: zu diesem Diskussionsbeitrag

Wir möchten mit diesem Heft den Genossen der revolutionären Linken einen Diskussionsvorschlag über das gegenwärtige Niveau des Klassenkampfes und die Aufgaben der Revolutionäre heute, insbesondere in Westdeutschland, vorlegen.

„Lotta continua“ ist der Ansicht, daß der Klassenkampf heute eine Ebene erreicht hat, auf der es unbedingt notwendig ist, den revolutionären Prozeß in einem zumindest europäischen Zusammenhang zu sehen. Damit müssen sich die Genossen auseinandersetzen, die aktiv in den verschiedenen Ländern in der fortgeschrittensten Klassenbewegung tätig sind und die auf eine revolutionäre Perspektive in Europa hinarbeiten wollen.

Wir glauben, daß der Arbeiterkampf in den letzten Jahren eine derartige Qualität erreicht hat und vor allem auf immer breiterer Ebene Arbeiterautonomie gegen jede Form der Integration und Unterordnung des Proletariats unter die kapitalistische Herrschaft zum Ausdruck gebracht wurde, daß die politische Auseinandersetzung davon ausgehen kann und muß.

Klassenkampf und Arbeiterautonomie haben dabei in Italien die bisher relativ höchste Ebene ausgedrückt: sowohl durch die Tragweite und den politischen Gehalt der Kämpfe, als auch durch den objektiv schärfsten und am weitesten vorangetriebenen Widerspruch zwischen Proletariat und Kapitalisten in ganz Europa. Wenn wir also diese unsere Einschätzungen zur Diskussion unter den Genossen in Deutschland vorlegen, dann nicht, um „italienische“ Denkschemata oder „Illusionen“ zu exportieren, sondern weil wir der Überzeugung sind, daß das ganze Proletariat aus dem revolutionären Prozeß dort am meisten zu lernen hat, wo er die höchste Reife erreicht hat und wo die Fragen nach der revolutionären Entwicklung und nach ihren Etappen am konkretesten gestellt werden.

Das ist der Grund, warum wir der Ansicht sind, daß wir uns auch in diesem Diskussionspapier mit den Ereignissen in Chile konfrontieren und an ihnen messen müssen; und das ist der Grund, warum wir meinen, daß „Lotta continua“ dank ihrer Verankerung unter den Massen in Italien und aufgrund der bisher erzielten Ergebnisse in der politischen und organisatorischen Aufbauarbeit einer Klassenavantgarde auch darangehen kann und muß, eine Konfrontierung über den Klassenkampf in Europa anzuregen.

Im besonderen glauben wir, daß dem **Klassenkampf in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des europäischen revolutionären Prozesses** eine ganz besondere Wichtigkeit zukommt: denken wir nur an die Klassenzusammensetzung des multinationalen Proletariats in Westdeutschland, an die neue Qualität der Arbeiterkämpfe, an die objektive Bedeutung dieses

Landes in der imperialistischen und kapitalistischen Strategie, usw.: diese Rolle eingehender zu begreifen und zu diskutieren, welche Aufgaben sich daraus ergeben, ist für alle Revolutionäre in Europa von grundlegender Bedeutung, vor allem natürlich für die (deutschen und ausländischen) Genossen in der BRD.

Dieser **Diskussionsvorschlag** möchte ein Ansatz und ein Beitrag in dieser Richtung sein. Was darin an Versuchen zur Analyse enthalten ist, soll einzig der Ausarbeitung und Erörterung politischer Perspektiven dienen, nicht irgendwelchen wissenschaftlichen Ansprüchen.

Da „Lotta continua“ keine eigene relevante Praxis unter den Massen in der BRD aufzuweisen hat und sich auch nicht als Avantgarde der Klassenkämpfe in Westdeutschland anbieten möchte, ist es klar, daß viele Genossen in unserem Papier vielleicht präzise Kritik, Abhebung und Vorschläge vermissen. Das liegt auch daran, daß es uns mehr **um die Einbringung politischer Inhalte** geht, **die wir für wesentlich und entscheidend halten**, als um punktuelle Stellungnahmen zu jeder Einzelfrage des täglichen Klassenkampfes und erst recht zur Einschätzung der bestehenden politischen Organisationen und Gruppen. Wenn schon, müßte sich eine nach unserer Auffassung korrekte und treffende Auseinandersetzung vor allem mit der effektiven politischen Praxis und mit der Verankerung unter den Massen beschäftigen und auf dieser Grundlage auch die vielen und wichtigen theoretischen Fragen angehen. Wie sich z. B. politische Organisationen zum Fordstreik – und zwar nicht bloß in Köln! – verhalten, was sie zu seiner politischen und strategischen Orientierung unternommen haben, wie sie ihn einschätzen und was sie den Massen gegenüber aus seinen Ergebnissen und Lehren gemacht haben – das wäre etwa so ein Hintergrund, auf dem sich auch Theorie und Strategie diskutieren ließen; aber dazu ist „Lotta continua“ wohl nicht in derselben Weise berufen und berechtigt wie deutsche Organisationen und Genossen. Denn nur aus der eigenen Praxis und Verankerung unter den Massen in der BRD lassen sich auch theoretische und strategische Fragen richtig und konkret genug angreifen.

Das Gewicht und die Verbindlichkeit dessen, was wir sagen, kann deshalb nicht bloß an dem Geschriebenen ermessen werden, sondern nur durch Bezug auf die gesamte politische Praxis unserer Organisation, vor allem natürlich in Italien. Deshalb ist auch in diesem Diskussionsvorschlag nicht von Organisation der Massen und der Avantgarden die Rede: dazu wollen wir uns demnächst in der für uns einzig richtigen Form äußern, nämlich durch Bezug auf den Klassenkampf und unsere Erfahrungen in Italien.

Daß wir kein fertiges Rezept für die Revolution – und schon gar

nicht für die BRD – anzubieten haben, braucht wohl kaum eigens gesagt zu werden; daß wir uns aber in Auseinandersetzung mit den Genossen der revolutionären Linken auch in der BRD um die Frage nach der Revolution und dem Zusammenhang des revolutionären Prozesses in den verschiedenen Ländern des kapitalistischen Europas bemühen wollen, soll aus diesem Diskussionspapier hervorgehen.

Lotta Continua

REPRINTS

Marxistische Arbeiterschulung

Kursus: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung

192 Seiten

DM 6,00

Marxistische Arbeiterschulung

Kursus: Politische Ökonomie

320 Seiten

DM 8,50

Unter dem Banner des Marxismus 7 Bände

5.200 Seiten

Subskription (bis 30.9.74)

DM 175,00

Später

DM 200,00

Hanno Drechsler

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

406 Seiten

DM 11,00

Olaf Ihlau

Die Roten Kämpfer

223 Seiten

DM 7,00

Russische Korrespondenz

6 Bände

3.000 Seiten

Gesamtpreis

DM 132,50

Preis pro Einzelband je nach Umfang

Max Beer

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe

660 Seiten

DM 13,00

Der Marxist. Blätter der Marxistischen Arbeiterschule

DM 6,00

Marx-Engels-Archiv

2 Bände

1.163 Seiten

DM 33,00

Marx/Engels

Briefe über das „Kapital“

404 Seiten

DM 6,00

Grigori Sinowjew

Geschichte der KPdSU (B)

232 Seiten

DM 7,50

Die Kommunistische Internationale

ca. 39 Bände

ca. 38.000 Seiten

erscheint in 3 Etappen zu je ca. 13 Bänden

pro Band

DM 39,00

Arbeiterpolitik

12 Bände

3.600 Seiten

Subskription (bis 31.3.74)

pro Band (z.T. Großformat)

DM 15,00

Später

pro Band

DM 17,00

Martov/Dan

Geschichte der Russischen Sozialdemokratie

340 Seiten

DM 11,00

Sozialistische Politik. Auswahl-Reprint der Nummern 1–10

(Westberlin 1969–1971)

520 Seiten

DM 18,00

Politladen Erlangen

852 ERLANGEN

POSTFACH 2849

I.

Die internationale Lage:
Der Imperialismus ist in Krise

1. *Das alte Gleichgewicht ist kaputt*

Die „anhaltende Krise“ des Imperialismus

Wir können diese Phase des Klassenkampfes auf Weltebene als „anhaltende Krise“ des Imperialismus bezeichnen oder besser als **Krise der ökonomischen, politischen und militärischen Weltordnung, die der Imperialismus seit Ende des zweiten Weltkriegs zum Ausdruck gebracht hat**. Diese Ordnung ist durch die unbestrittene Herrschaft des US-Imperialismus über die ganze kapitalistische Welt gekennzeichnet, und die Phase der „anhaltenden Krise“, in der sie derzeit steckt, ist eben die Krise dieser Herrschaft. Wir nennen sie – im Anschluß an eine Bezeichnung der chilenischen Revolutionäre zur Charakterisierung der inneren Lage jenes Landes – eine „**anhaltende Krise**“, weil es zwar eine Reihe von Ansatzpunkten gibt, die dafür sprechen, daß die Krise seit einiger Zeit begonnen hat und nicht mehr rückgängig zu machen ist, daß es aber weder ökonomische noch politische Anzeichen dafür gibt, die darauf schließen lassen, daß sie einer baldigen Lösung zustrebt – und zwar weder durch einen plötzlichen Zusammenbruch und rapiden Anlauf eines weltweiten revolutionären Prozesses, noch durch einen ebenso rapiden Wiederaufschwung einer neuen Phase internationaler Expansion des imperialistischen Systems.

Es scheint also, daß die Grundzüge dieser Phase noch mehrere Jahre hindurch andauern werden, allerdings mit einer ständigen Zuspitzung. Sehen wir uns kurz die wichtigsten Elemente der imperialistischen Weltordnung seit Kriegsende an, die in Krise geraten sind.

Teilung der Welt – Phasen des „bilateralen“ Gleichgewichts

Die internationale Bildfläche dieser Nachkriegszeit war – etwa seit der Absprache von Jalta – von einem **bilateralen Gleichgewicht** und der dementsprechenden **Teilung der Welt in zwei „Einflußsphären“ zwischen USA und UdSSR** gekennzeichnet. Diese Teilung der Welt konnte bisher nur durch den Kampf der revolutionären Kräfte in China, Korea, Nordvietnam, Jugoslawien und Kuba durchbrochen werden, also in Gebieten (Kuba ausgenommen), in denen der revolutionäre Prozeß und der bewaffnete Kampf in seinen Wurzeln direkt auf den zweiten Weltkrieg oder auf die Zeit vorher zurückgeht. Man kann sagen, daß dieses bilaterale Gleichgewicht im großen und ganzen **drei Phasen** durchgemacht hat und daß jede dieser drei Phasen von entsprechenden Schritten des sowjetischen Systems in Rich-

tung seiner Integration in den Weltmarkt gekennzeichnet ist. Diese drei Phasen sind der „Kalte Krieg“, die Periode der „Entspannung“ und die gegenwärtige Phase der ökonomischen Kooperation.

Sehr schematisch und auf die Gefahr einer groben Vereinfachung hin kann man sagen, daß die **erste Phase** von der **frontalen Gegenüberstellung** der beiden Supermächte – wenn auch im wesentlichen in friedlicher Weise – gekennzeichnet war. Für den Klassenkampf, vor allem in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen er von revisionistischen kommunistischen Parteien geleitet wurde, bedeutete diese Tatsache, die Ziele und zeitlichen Momente der Auseinandersetzung vollkommen den Möglichkeiten der Sowjetunion unterzuordnen, ihre Einflußsphäre auszudehnen oder nicht. Wo sich hingegen sozialdemokratisch orientierte Parteien führend durchgesetzt haben (wie z. B. in der BRD), bedeutete dies eine praktisch gänzliche Erstickung des Klassenkampfes und das Einsetzen einer langen Periode „sozialen Friedens“. In Hinblick auf die Staaten gelang es in dieser Phase der UdSSR, den technologischen und militärischen Rückstand gegenüber den USA, die schon seit Ende des Weltkriegs im Besitz atomarer Bewaffnung waren, einigermaßen schnell aufzuholen.

In der **darauffolgenden Phase**, die von der chruschtschowschen Entspannung bestimmt war, trat eine „ökonomistische“ **Auffassung vom Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus** an die Stelle der „militaristischen“ aus Stalins Zeiten: während früher die Ausfuhr der Revolution in die kapitalistische Welt oder umgekehrt das Eindringen der Konterrevolution in den sozialistischen Block vor allem als ein Problem des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Supermächten gesehen wurde, sollte nun die Überlegenheit des Sozialismus durch den Erweis bestätigt werden, daß er zu einer viel schnelleren wirtschaftlichen Entwicklung führt als der Kapitalismus. Bevorzugtes Terrain dieses Wettbewerbs waren die Länder der sog. „Dritten Welt“. Zugleich verringerte sich in dieser Zeit die Kontrolle und auch das Interesse der UdSSR gegenüber den kommunistischen Parteien der westlichen Welt; dafür wurde ein intensiverer Versuch zum Vorstoß in die unterentwickelten Länder unternommen, und zwar nicht etwa vor allem durch Beziehung zum Proletariat und dessen Organisationen, sondern zu den einheimischen Bourgeoisien, die sich als nationale Bourgeoisien dieser Länder definieren, die der amerikanische Imperialismus zu einer immer drückenderen Unterentwicklung verurteilt hatte. Der Nahe Osten gehörte zu den wichtigsten Gebieten dieser Einflußnahme, aber auch Indien, Südostasien (siehe z. B. Indonesien), Afrika und sogar Lateinamerika sind von solchen Versuchen betroffen.

Die **dritte Phase** war das direkte Ergebnis des Scheiterns dieser Strate-

gie. Der Abstand zwischen der Entwicklung der USA und der UdSSR verringerte sich nicht, während sich die auseinanderstrebenden Kräfte innerhalb der Einflußsphäre der UdSSR stärker herausbildeten. Die Volksrepublik China hatte seit 1960 praktisch jede Bindung ökonomischer, politischer und militärischer Abhängigkeit gegenüber der UdSSR abgebrochen und eroberte sich zunehmend vollständige Autonomie, die sich immer stärker auf die internationalen Beziehungen auswirkt, vor allem nach der Kulturrevolution (ein historischer Prozeß, in dem sich die politische Auseinandersetzung wesentlich um die Anhänger eines „sowjetischen Weges“ einerseits und die Vertreter einer eigenständigen Politik, die einzig auf die Massen und ihre schöpferischen Fähigkeiten baute, andererseits polarisierte).

So sahen sich die herrschenden Klassen in der UdSSR immer mehr gezwungen, die Stabilität ihrer Macht durch eine immer **intensivere Wirtschaftskooperation mit den imperialistischen Ländern** – vor allem mit den USA – zu verteidigen. In dieser Phase zeichnete sich auch das Wesen des sowjetischen Imperialismus klarer ab: er zielt nicht sosehr auf die Plünderung ökonomischer Ressourcen und die Abschöpfung von Mehrwert aus jenen Gebieten ab, auf die sich seine Ausdehnungsbemühungen richten (obwohl auch dieser Aspekt nicht zu unterschätzen ist), sondern mehr auf die Gewinnung politischen und militärischen Einflusses auf die Bourgeoisien jener Länder; dieser Einfluß kann dann als Tauschware zur Belebung der ökonomischen Kooperation mit den westlichen Ländern verwendet werden, die sich für die UdSSR als immer notwendiger erweist. Der letzte Nahost-Krieg zeigte das in vorbildlicher Weise.

Die Expansionsphase des Kapitalismus

Innerhalb der kapitalistischen Welt brachten die Nachkriegsjahre eine **nie dagewesene Periode wirtschaftlicher Stabilität und Expansion**, in größeren Ausmaßen als je zuvor in der Geschichte der kapitalistischen Entwicklung. An der Wurzel dieser außerordentlichen Expansion – die im entschiedenen Gegensatz zur wesentlichen Stagnation des Jahrzehnts vor dem zweiten Weltkrieg steht – lag die **erstmalige Vereinheitlichung des Weltmarktes** unter der unbestrittenen Vorherrschaft einer einzigen imperialistischen Macht, nämlich der USA, die als einziges hochentwickeltes kapitalistisches Land ungeschädigt und sogar gestärkt aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren. **Garant** dieser Vereinheitlichung des Weltmarktes war also die ökonomische, technologische und militärische Macht des **US-Imperia-**

lismus: sein spezifisches Werkzeug dazu war das **Währungssystem von Bretton-Woods**, das sich auf den Dollar als allgemeines Zahlungsmittel im internationalen Austausch gründete.

Dies erlaubte, durch ein **zunehmendes Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz** (seinerseits wieder von einer nie dagewesenen Zunahme der Ausgaben der öffentlichen Hand und der Bedeutung der Rüstungsaufträge beschleunigt), eine ungeheure Expansion des Welthandels zu finanzieren. Diese Ausweitung des Welthandels ging jedoch nicht nach allen Seiten hin ausgeglichen vor sich. Wenn man den Geldwert der ausgetauschten Waren ansieht, so hat sich der Austausch immer mehr, vor allem in einer ersten Phase, auf eine beschränkte Anzahl industrialisierter Länder konzentriert, nämlich die USA einerseits und Japan und Westeuropa andererseits. Wenn man hingegen die Produkte an sich betrachtet, so kann man feststellen, daß das Gesamtvolumen an Ressourcen, und zwar vor allem an Bodenschätzen, die die industrialisierten Länder aus den unterentwickelten abschöpften, ständig zugenommen hat, daß aber der Handel zwischen diesen beiden Zonen unter dem Aspekt des Geldwertes ständig abgenommen hat, da sich **das Tauschverhältnis** zwischen Industriegütern und nicht-industriellen Produkten und demnach **zwischen imperialistischen und ökonomisch von ihnen abhängigen Ländern zunehmend verschlechtert hat**.

All dies führte zu zwei grundlegenden Konsequenzen:

- In der **allgemeinen Ausweitung des Welthandels**, welche die Vereinheitlichung des Weltmarktes ermöglicht hat, konnten sich Japan und die westeuropäischen Länder immer **größeren Raum** erwerben. Diese Länder waren bereits im Besitz einer gefestigten und entwickelten industriellen Strukturbasis, wenn sie auch durch den Krieg einschneidend beeinträchtigt und zum Teil halbzerstört war. Zum Unterschied zu den USA, für die, wie gesagt, der treibende Mechanismus zur Wirtschaftsentwicklung die Auslagen der öffentlichen Hand und die Rüstungsausgaben waren, fand die Wirtschaft dieser Länder im Exportgeschäft ihren entscheidenden Antrieb.

Das war wiederum **dank der im Vergleich zu den USA niedrigen Lohnkosten** möglich, die in diesen Ländern herrschten und zum Teil immer noch herrschen. An der Wurzel dieses Lohnunterschiedes liegt die Tatsache, daß diese Länder vollauf aus dem **ungeheuren Arbeitskräfte-reservoir** schöpfen konnten, das sich **durch Wanderungsbewegungen** erzielen ließ. Einerseits durch Binnenwanderung (Land - Stadt), besonders in Japan; andererseits Flüchtlinge aus dem Osten und aus ehemaligen Kolonialgebieten und später der enorme Wanderungsstrom vom Mittelmeerraum und z. T. Schwarzafrika (neben der Binnenwanderung) in Mitteleuropa.

Diese ungeheure industrielle Reservearmee war also die Grundlage zu einer so außerordentlichen kapitalistischen Entwicklung, wie das schon in anderen Zeiten der Fall war, etwa in England und in den USA, und auch heute in Ländern wie z. B. Brasilien, Israel usw.

— In der ganzen übrigen Welt innerhalb der imperialistischen Herrschaftssphäre haben die Vereinheitlichung des Weltmarktes und die Entwicklung des Welt Handels einen riesenhaften Proletarisierungsprozeß ausgelöst oder beschleunigt; es handelte sich um den Übergang von der Raubwirtschaft, auf die sich die kolonialherrschaftlichen Beziehungen vor dem zweiten Weltkrieg gegründet hatten, zu einer auf Ausbeutung der Lohnarbeit basierenden Wirtschaft, die im Vergleich zu den imperialistischen Ländern eben eine grenzenlose Reservearmee aufzuweisen hatte. Diese Wirtschaftsform setzte sich immer mehr in den verschiedensten geographischen Gebieten durch, je mehr Länder der „Dritten Welt“ zur formellen Unabhängigkeit gelangten. Es ist kein Zufall, daß dieser Prozeß gerade in jenen Ländern am weitesten vorangekommen ist, die schon am längsten von der Kolonialherrschaft „frei“ sind (wie z. B. in Lateinamerika), die aber auch am engsten vom Neokolonialismus abhängen.

Dieser Proletarisierungsprozeß, der auf Weltmaßstab jene Tendenz zur Polarisierung der Klassen am besten bestätigt, in der Marx die tiefgreifendsten Folgen der kapitalistischen Entwicklung und die Voraussetzungen zur proletarischen Revolution sah, war für lange Zeit von den bürgerlichen Ideologen und ihren revisionistischen Anhängseln hinter der Maske der geographischen und Klassengegensätze verschleiern den Gegenüberstellung reicher und armer Länder interpretiert worden, als Gegensatz zwischen Entwicklung und Unterentwicklung, zwischen Kapitalismus und „Dritter Welt“.

2. *Die Inflation gehört heute zum Wesen des Kapitalismus*

Akkumulation durch Inflation

Der Angelpunkt der internationalen kapitalistischen Entwicklung nach dem Krieg war die Inflation: ein Mechanismus, der erstmals während des ersten Weltkriegs aufgetreten und zum System erhoben war, der sich dann in den USA von der großen Krise an praktisch und theoretisch durchgesetzt hatte, der während des Zweiten Weltkriegs weiter vervollkommenet wurde und schließlich während der ganzen ununterbrochenen Expansionsperiode nach dem Krieg ein grundlegendes und nicht mehr auszuschaltendes Element der Kapitalakkumulation geblieben ist. Die gegenwärtige Phase ist vor allem als Krise dieses Mechanismus zu verstehen; das hilft uns, deren Tiefe und Tragweite zu erfassen.

Die Inflation hat verschiedene Ursachen: die monopolistische Struktur des Kapitals, die eine sofortige Umwälzung der Steigerung der Produktionskosten auf die Preise ermöglicht; die größere „Verhandlungsmacht“ der Arbeiterklasse dank der Institutionalisierung der Gewerkschaften als unentbehrlicher Basis der modernen bürgerlichen Demokratie; die Auslagen der öffentlichen Hand und im besonderen antizyklische Interventionen

des Staates, der versucht, Rezessionen zu mildern oder zumindest zeitlich aufzuschieben; **das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz** als wesentlicher Faktor der Übertragung und Verstärkung der Inflationsimpulse von den USA in die übrige Welt; **die Erhöhung der internationalen Rohstoffpreise** (man denke nur ans Erdöl) dank der größeren Verhandlungsmacht der Erzeugerländer in dieser letzten Phase.

Bei diesem letzten Faktor sind zwei Aspekte zu berücksichtigen:

- a) daß die größere Verhandlungsmacht dieser Länder großteils darauf zurückgeht, daß neue Weltmächte als Käufer am Weltmarkt auftreten und dadurch Konkurrenz entsteht: Europa und Japan dank ihrer außergewöhnlichen Wirtschaftsentwicklung und, dank der Entspannung, in geringerem Maße die UdSSR und China. Auch die „Erzeugerländer“, die auf diese Weise Kaufkraft erwerben, tragen nun ihrerseits zur weiteren Kettenreaktion der Inflation bei.
- b) Die Kontrolle über diese Rohstoffe ist noch weitgehend in den Händen des US-Kapitals, dem gegenüber die Regierungen der „Erzeugerländer“ nichts anderes als untergeordnete Teilhaber darstellen; von einem streng ökonomischen Gesichtspunkt her gleicht dieser Mechanismus dem anderen, schon erwähnten: nämlich der Macht des Monopols auf dem Markt und der entsprechenden Folgen auf die Preise.

Lohnraub und Mehrwertdiebstahl

Alle diese Ursachen und die anderen, die man noch dazu aufzählen könnte, laufen letztlich alle auf **einen grundlegenden Effekt** hinaus: sie tragen zur **Verringerung der Kaufkraft der Proletarier** bei und vermehren den von der Arbeiterklasse erzeugten Wertanteil, der zur Verfügung des Kapitals steht, wobei nebenher auch noch eine Umverteilung zugunsten der stärkeren Kapitalien erfolgt. Mit anderen Worten: es handelt sich um eine **Kürzung der Löhne und gleichzeitige Steigerung des Mehrwerts**; die notwendige Arbeit verringert sich so und die Mehrarbeit nimmt zu: unter diesem Gesichtspunkt ist die Wirkung dieselbe wie bei einer offenen Lohnsenkung oder einer unbezahlten Erhöhung der Arbeitszeit (Vermehrung des absoluten Mehrwerts) oder einer Produktivitätssteigerung durch Intensivierung der Arbeit oder technische Innovation (Vermehrung des relativen Mehrwerts), nur **schauen dabei für das Kapital verschiedene Vorteile** heraus: der erste und grundlegende Vorteil ist der, daß die Inflation ein **zentralisiertes Werkzeug** darstellt, dessen Bedienung weitgehend in den Händen des Staates liegt; ferner, daß dadurch jedem Einzelkapitalisten eine harte **Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse erspart** bleibt, die hingegen unvermeidlich wäre, wenn er aus seiner Initiative heraus den Lohn senken oder

die Arbeitszeit erhöhen würde oder wenn dies der Konkurrenz und der Anarchie des Marktes überlassen bliebe, wie es bei den Krisen des vorigen Jahrhunderts der Fall war. Der dritte Vorteil der Inflation ist der, daß dadurch eine **Gegentendenz zum tendenziellen Fall der Profitrate** geschaffen wird, der viel schneller vor sich ginge, wenn die Erhöhung der Ausbeutungsrate ausschließlich der Gewinnung des relativen Mehrwerts überlassen wäre (nämlich durch Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals). Unter diesem Gesichtspunkt hat die Inflation unzweifelhaft eine Verlangsamung in der Entwicklung der Produktivkräfte zur Folge, was immer Reformisten und Revisionisten darüber sagen mögen.

Diese drei Vorteile lassen sich gemeinsam zu einem vierten zusammenfassen: **die antizyklische Funktion der Inflation**. Durch die Inflation kann das Kapital seine zyklische Entwicklung zwar nicht ausschalten, aber doch immerhin abmildern. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist dies zum Beispiel nunmehr 28 Jahre lang gelungen — allerdings auf Kosten eines immer schnelleren Inflationsrhythmus.

Je länger die Krise aufgeschoben wurde, desto größer wurde das Rezessionspotential, das sich in diesen Jahren anhäufte, ohne zum Durchbruch zu kommen. Nun sieht es so aus, als sei **dieser Mechanismus an einem Wendepunkt** angelangt.

Inflation ist Klassenkampf

Der Angelpunkt dabei ist, daß die Inflation als eine wesentliche und hervorragende Ebene der Auseinandersetzung und des Klassenkampfes zwischen Arbeitern und Kapitalisten zu sehen ist und sich das Kräfteverhältnis auf dieser Ebene konfrontieren muß.

Wir haben bereits gesagt, daß die Grundaufgabe der Inflation darin liegt, die Löhne stufenweise, „schmerzlos“ und „ausgeglichen“ niedrig zu halten, um eine ausreichende Kapitalakkumulation zu gewährleisten (die ja auf die Profitrate aufbaut) und die unproduktiven Auslagen des Staates — nämlich die Betriebsspesen der bürgerlichen Diktatur — zu finanzieren. Von daher gesehen ist die Inflation zweifellos ein Werkzeug in den Händen der Kapitalisten, und zwar nach der Kontrolle über den staatlichen Repressionsapparat das wichtigste in dieser unserer Zeit.

Aber in der Art und Weise, wie der Inflationsmechanismus eingesetzt wird, ist es nicht schwer, **auch die Kehrseite der Medaille** zu erkennen. Nicht daß sie sich als Waffe der Proletarier verwenden ließe — aber in ihr spiegelt sich unzweifelhaft **auch** das stärkere Gewicht und die gesteigerte

Kraft des Proletariats wider. Sehen wir uns unter diesem Gesichtspunkt die einzelnen vorher genannten Inflationsfaktoren an:

- **Die monopolistische Struktur des Kapitals:** es ist unbestreitbar, daß sich hinter der Fähigkeit, Kostensteigerungen auf die Preise umzuwälzen, auch die Abnützung und Schwächung der Befehlsgewalt des Kapitals über die Arbeiterklasse, und damit des Wesens des kapitalistischen Kräfteverhältnisses, verbirgt. Das Kapital, jedes einzelne Kapital, ist vor allem nicht bereit, die Errungenschaften der Arbeiter in Bezug auf Lohn, und besonders die viel einschneidenderen auf dem Gebiet der Disziplin, Intensität und Organisation der Arbeit, durch Konkurs und Ausscheiden vom Markt zu bezahlen. Im schlimmsten Fall wendet es sich an den Staat, aber davon wird noch zu reden sein; in der täglichen Praxis werden diese Errungenschaften der Arbeiter als Kostensteigerung gebucht und die Macht des Einzelkapitals auf dem Markt muß dann eben herhalten, um diese Kosten auf die Preise umzulegen. Auf der anderen Seite nimmt gleichermaßen jener ständige Antriebe zur technischen Innovation (und damit zur Verbesserung auch der Befehlsgewalt des Kapitals über die Arbeit) ab, der im vorigen Jahrhundert von der Konkurrenz ausgeübt wurde. Nicht, daß die Konkurrenz vollkommen verschwinden würde: eine völlige Vertrustung aller Kapitalien ist undenkbar, weil das Funktionieren des Kapitalismus und des Marktes zweifelsohne vom Bestehen einer Pluralität mehr oder weniger voneinander unabhängiger Kapitalien abhängt; aber jene „natürliche Auslese“ unter den verschiedenen Unternehmen, die früher durch Konkurrenz und vor allem durch Krisen geleistet wurde und nur jene Betriebe überleben ließ, die imstande waren, ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse zu erhalten und stets neu zu organisieren, ist heute durch die Inflation und die dadurch erzielte Verlängerung des Zyklus und Abschwächung von Konjunkturauswirkungen irgendwie beeinträchtigt, solange es nicht zur Krise kommt (insofern hat sich die Inflation der letzten Jahre für die Kapitalisten negativ ausgewirkt).
- **Die Institutionalisierung der Gewerkschaften:** der Arbeiterlohn kann praktisch dank der Existenz und der Funktion der Gewerkschaften in seiner Geldform nur steigen (obwohl das nicht so ausnahmslos gilt, aber als Tendenz sicherlich), solange die Gesellschaftsform „demokratisch“ bleibt und der Kapitalismus zur Regelung seiner Beziehungen zur Arbeiterklasse zu den Gewerkschaften und nicht zum offenen Terror greift. Dabei hängt diese Unmöglichkeit von Lohnsenkungen nicht einmal so sehr von der eigentlichen Kampfkraft der

Arbeiterklasse ab, die ja vor allem in ihrer Einheit, ihrer politischen Organisation, ihrer Autonomie liegt und nur in sehr geringem Maß von den Gewerkschaften ausgedrückt wird, sondern vom Grad der Institutionalisierung und Mitverantwortung der Gewerkschaften im Staatsgefüge (siehe z. B. BRD). Damit wird der mit anderen Methoden als der Inflation durchgeführte Lohnraub unmöglich, und die Bourgeoisie bedarf ihrerseits der Gewerkschaften, um die Inflation in dieser Weise „geregelt“ verwenden zu können und nicht auf unplanbare Konflikte und Forderungen zu stoßen. Die Gewerkschaften kommen in dieser ihrer Rolle gegenüber der eigenen Basis in Schwierigkeiten, wenn der Inflationsrhythmus und die Schwächung der Kaufkraft ein gewisses Maß übersteigt, und wo die Gewerkschaften eine rein ökonomische Bindung an die Massen haben, müssen sie in solchen Fällen auch radikaler auftreten als sonst üblich, um dieses eingependelte Verhältnis nicht zu gefährden (siehe derzeit Japan und BRD, z.B.). Die Schwierigkeiten, die der Bourgeoisie aus dieser Rolle der Gewerkschaften erwachsen, wenn die Teuerung davongaloppiert, sind beträchtlich; andererseits kann die Bourgeoisie auf die Gewerkschaften und die damit verbundenen Lohnerhöhungen nicht verzichten, wenn sie nicht überhaupt die „demokratischen“ Voraussetzungen – und damit die klassenversöhnenden Vermittlungen – abschaffen will oder kann. Auch dieser Aspekt trägt also insgesamt zu einer Schwächung der kapitalistischen Herrschaftsgewalt über die Arbeit bei.

- **Die öffentlichen Auslagen:** die Ausdehnung der Ausgaben der öffentlichen Hand ist zweifellos eine der wichtigsten Folgen der Entscheidung des Kapitals, auf die Inflation zu setzen, und zwar schon seit der Bewältigung der Krise von 1929 und den Keynesianischen Theorien. Von unserem Gesichtspunkt aus interessiert es uns festzuhalten, daß vor allem zwei Aspekte der öffentlichen Ausgaben hervorstechen: die laufenden Auslagen und die Investitionen zur Stützung des Kapitals. Die laufenden Auslagen sind im Grunde nicht nur der finanzielle Preis für das Funktionieren des bürgerlichen Herrschaftsapparates (dieser Aspekt wirkt sich zugunsten der Bourgeoisie aus), sondern auch eine Art Lohngarantie für breite Arbeiterschichten, die aus dem Produktionsprozeß abgeschoben werden. Diese Lohngarantie äußert sich sowohl in Form von Unterstützungen und Sozialausgaben, als auch in Form von unproduktiven Arbeitsplätzen (nicht in allen Ländern im gleichen Ausmaß, natürlich). Mit den Investitionsauslagen und der entsprechenden Schaffung oder Überlei-

tung von Arbeitsplätzen wird insgesamt ein ähnlicher Effekt erzielt: die industrielle Reservearmee, die einen zu großen und gefährlichen Druck darstellen würde, wird so zumindest teilweise beschäftigt oder erhalten. Die Funktionäre des Kapitals haben Angst, diese Reservearmee voll auszuspielen, und was also an sich ein Trennungsfaktor im Proletariat sein sollte, könnte sich als Triebkraft für die Revolution auswirken.

Inflation und Krise

Die Inflation hat also in all diesen Jahren die Probleme gelöst, die früher durch Krisen und auch durch Kriege gelöst wurden: sie hat das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit, zwischen Lohn und Mehrwert, auf einem für das Kapital erträglichen Stand gehalten. **Aber sie konnte auf zwei anderen wesentlichen Ebenen nicht funktionieren:** nämlich in der **Schaffung einer industriellen Reservearmee** (die allerdings durch die Emigration trotzdem gefunden wurde) und in der **gewaltsamen Umverteilung und Umschichtung der Arbeiterklasse** von einem Wirtschaftssektor zum anderen (das geht zum Teil, aber langsamer, über die Schule vor sich) und der Erzwingung der Arbeiterdisziplin und Zerstörung der Arbeiterorganisation.

Andererseits konnte die Inflation den Fall der Profitrate nur geringfügig aufhalten, und wenn die Tendenz dazu eine bestimmte Schwelle überschreitet, ist die Akkumulation blockiert und es stellt sich Stagnation ein. Dagegen gibt es nur ein Mittel— die Preise stärker zu erhöhen als die Löhne (und auf Kosten der Löhne) und damit den Inflationsrhythmus zur Verteidigung der Profitrate zu beschleunigen. Aber dieses Mittel löst das Problem nicht, es schiebt es bloß auf und verlängert die Spirale. **Früher oder später muß das System durch die Läuterung einer Krise gehen** und sich so vom Ballast und allen Hypotheken befreien, damit es wieder fähig werden kann, weiter zu funktionieren.

Wann wird diese Krise eintreten? Es genügt, auch nur oberflächlich einen Blick auf die Entwicklung der Inflation seit dem Krieg zu werfen, um sich klar zu werden, daß diese Krise am Hereinbrechen oder bereits angebrochen ist. Es bleibt die Frage, ob der Anbruch der Krise nun die Inflation stoppen wird. Von der Erfahrung der Krise von 1929 an, weist alles darauf hin, daß das nicht der Fall sein wird. **Die Inflation und die mit ihr zusammenhängenden Mechanismen gehören nunmehr fest zum Bestand des kapitalistischen Systems.** Inflation und Rezession, Preissteigerung und

Arbeitslosigkeit scheinen dazu bestimmt, untrennbar vereint zu bleiben, als zwei unvermeidliche Aspekte desselben Angriffs auf den Lohn und die Klasse der Lohnarbeiter.

3. *An der Krise will der Kapitalismus gesunden*

Krise und kapitalistische Entwicklung

Wenn man die gegenwärtige internationale Lage in Hinblick auf die ökonomische und politische Ordnung untersucht, die der Imperialismus in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg angenommen und auferlegt hat, ist es vordringlich, die **Beziehungen zwischen Krise und kapitalistischer Entwicklung zu erfassen.**

„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.“

Dieser Satz, mit dem Marx schon 1848 die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie gegenüber den Gesellschaftsformen, die der bürgerlichen Produktionsweise vorangehen, kennzeichnete, gilt um so mehr für jede neue von der kapitalistischen Entwicklung erreichte Phase gegenüber der ihr vorhergehenden. **Die Form, in der dieser Übergang von einer Phase zur anderen, und dem ihr entsprechenden sozialen und institutionellen Rahmen und den Produktionsverhältnissen jeweils vor sich geht, ist die Krise.**

Die abwechselnde Aufeinanderfolge von Krisen und Expansionsphasen ist der Zyklus: ein wesentlicher und unvermeidlicher Aspekt der kapitalistischen Entwicklung. **Die Krise ist also ein wesentlich immanentes und nicht externes Moment der kapitalistischen Produktionsweise und selbst ihrer Entwicklung:** als solches müssen wir sie vor allem untersuchen.

Wozu dient die Krise?

Ganz allgemein und vereinfachend können wir sagen, daß die Krise im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung **vier Funktionen** hat:

1. **Unter dem Gesichtspunkt des Tauschwertes** (d. h. in erster Annäherung in seiner Geldform) erweist sich die Krise als gigantische **Abwertung des Kapitals** (oder in Zeiten steigender Preise, also von

Inflation als Verlangsamung oder Stillstand des Wachstumsrythmus und damit der Kapitalverwertung). Das spiegelt sich unmittelbar in einer **Verringerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals** wider (d. h. des Verhältnisses zwischen dem Teil des Kapitals, das zur Bezahlung der Abnutzung der Maschinen, der Anlagen, der Rohstoffe, der Halbfertigprodukte und der festen Kosten, die in den Produktionsprozeß miteingehen, und jenem Teil des Kapitals, das zur Lohnzahlung bestimmt ist). Da die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals die Grundursache der ständigen Verringerung der Profitrate (des „tendenziellen Falls“) ist, ist klar, daß die Abwertung des Kapitals durch die Krise dieser Tendenz entgegenwirkt, die, wenn man sie vorherrschen ließe, zur totalen Stagnation des Systems führen würde. Praktisch heißt das, daß die Abwertung des Kapitals sich in einer drastischen Verminderung des Marktwertes der Anlagen und Maschinen (was oft ihrer Veralterung als Produktionsmittel zuzuschreiben ist), im Sinken der Aktienkurse, in den Auswirkungen, die die Abwertung der Währung des betroffenen Landes am Weltmarkt zur Folge hat, ausdrückt.

2. **Unter dem Gesichtspunkt der Akkumulation des Kapitals** entspricht der **Krise** immer eine **weitere Konzentration des Kapitals**. Die Konzentration des Kapitals läßt sich an dem in der vorhergehenden Phase erreichten Konzentrationsgrad messen. Es hat also gar keinen Sinn, sie heute in der Beziehung zwischen Großindustrie einerseits und der komplementären Klein- und Mittelindustrie andererseits zu suchen. Auch wenn diese letzteren rechtlich eine unabhängige Einheit darstellen, so sind sie faktisch Außenstellen, Zweigwerke der Großindustrie. Die Beziehung zwischen der Großindustrie und der Klein- und Mittelindustrie ist vielmehr das Ergebnis einer gewissen „Dezentralisierung“ der Produktion, die eben von dem jeweiligen Konzentrationsgrad des Kapitals ermöglicht wird: das konzentrierte Großkapital kann nach seinen Erfordernissen die Arbeitsteilung diktieren. **Jede weitere Konzentration** kann also nur auf der Ebene vor sich gehen, auf der es – schlecht und recht – Konkurrenz überhaupt noch gibt, also **heute fast ausschließlich auf internationaler Ebene**.
3. **Unter dem Gesichtspunkt des Gebrauchswertes**, also von der Produktionskapazität des Kapitals her, äußert sich die Krise, wie schon angedeutet, durch die **Schließung oder Reduzierung einzelner Unternehmen oder ganzer Sektoren**, und die praktische Ausschaltung der betreffenden Anlagen und Maschinen, wobei die noch funktionierenden Anlagen vermindert genutzt werden, und man eher dazu über-

geht, produktivere Anlagen einzusetzen, die ein für die Kapitalisten günstigeres Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit, zwischen Lohn und Mehrwert, ermöglichen. All das kommt einer **allgemeinen Umstrukturierung des Produktionssystems** gleich, einer **Veränderung der Verhältnismäßigkeit zwischen den verschiedenen Industriesektoren und Kapitalfraktionen**.

4. Schließlich ist die Krise, als notwendige Folge aus den drei vorhergehenden Punkten, **das Instrument zu einer allgemeinen Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Proletariat und Bourgeoisie zugunsten der letzteren**. Das geschieht vor allem durch eine allgemeine **Verringerung der Anzahl beschäftigter Arbeiter**, die eine kräftige und spürbare **Erhöhung der industriellen Reservearmee** erlaubt, so daß die Konkurrenz unter den Arbeitern gesteigert, die Lohnrate gesenkt und die Intensität der Ausbeutung vermehrt wird.

Zum anderen setzt sie auf dem Wege über eine allgemeine Umstrukturierung des Produktionssystems **Veränderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterklasse** durch: **Sektoren, in denen die Kämpfe oder zumindest die Verhandlungsstärke der Arbeiter die Kommandogewalt des Kapitals am meisten verunsichert und damit auch die Produktivität vermindert haben, werden abgebaut** (siehe Automobilindustrie) zugunsten anderer Sektoren, in denen eine andere technische Arbeitsorganisation (und eine daraus folgende andere organische Zusammensetzung des Kapitals) für das Kapital günstigere Ausbeutungsraten, ein günstigeres Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrwert, und damit mehr Herrschaft über die Arbeiter erlauben.

Krise und Klasseninitiative

Das ist natürlich die Funktion, die die Krise aus der Sicht des Kapitals erfüllt, wenn eine Initiative der Arbeiterklasse fehlt, die es schafft, sie in eine **höhere Ebene des Klassenkampfes** zu verwandeln, d. h. aus ihr eine Übergangsphase zur Machtergreifung zu machen.

Wenn es also zweifellos stimmt, daß die Krise eine notwendige Durchgangsstation zur proletarischen Revolution ist (es hat noch nie eine Revolution in einer Expansionsphase des Kapitals gegeben und wird sie auch nie geben), so muß man es dennoch vermeiden, sie **ausschließlich als Schwächungsfaktor der Herrschaft des Kapitals zu begreifen**. Neben diesem unbestreitbaren Aspekt zeigt sich ständig die Kehrseite der Krise,

nämlich die Stärkung der Diktatur der Bourgeoisie auf neuen Grundlagen.

Es hängt von der Entwicklung des Kampfes der Massen und dem Verhalten ihrer revolutionären Führung ab, welcher der beiden Aspekte der Krise die Oberhand gewinnt.

4. Die Widersprüche lassen sich nicht mehr beheben

Zuspitzung der imperialistischen Konflikte

Wie sieht also der internationale Rahmen aus, in dem sich in den nächsten Jahren die Krise entwickeln wird? Es scheint uns sicher, daß dieser Rahmen von einer **Zuspitzung der Konflikte** zwischen den wichtigsten imperialistischen Mächten gekennzeichnet sein wird.

Beginnen wir mit einer kurzen Erörterung der **Beziehungen zwischen USA und UdSSR**: die Annahme einer zunehmenden Integrierung der UdSSR in den kapitalistischen Markt und dementsprechenden politischen Entwicklungen scheint auf die Dauer doch nicht haltbar zu sein. Obwohl derzeit das repressive Gleichgewicht zwischen USA und UdSSR der stabilste Zug auf der internationalen Bühne ist und eine Reihe von Kräften auf beiden Seiten intensiv auf baldige wirtschaftliche Integration drängen, gibt es doch zahlreiche Gegentendenzen.

Zwar sucht das amerikanische Kapital in der UdSSR sowohl einen Rohstofflieferanten als auch einen Absatzmarkt (auch wegen der steigenden Forderungen der rohstoffproduzierenden Länder allgemein und der stärkeren Konkurrenz mit den entwickelten kapitalistischen Ländern), und die herrschenden Schichten in der Sowjetunion brauchen dringend – auch zur Festigung ihrer Herrschaft – Güter aus den USA, von Nahrungsmitteln bis zu Kapital und Technologie. Jedoch ist es schwierig, daß die UdSSR auf die Dauer eine hinreichend zuverlässige Garantie für die Zahlung dieser Güter und überhaupt für die Rentabilität langfristiger Investitionen gibt, da sich die USA ihr gegenüber nicht wie zu einem abhängigen Land der „Dritten Welt“ verhalten können, was die ökonomischen, militärischen und politischen Beziehungen betrifft. Außerdem werden sich in einem so unruhigen und unsicheren internationalen Rahmen die aggressiven Tendenzen des US-Imperialismus doch nicht ständig von der UdSSR hinnehmen lassen. Wenn die chinesischen Genossen die Entspannung „als Windstoß durch einen Turm“ bezeichnen, dürften sie damit recht haben.

Innerimperialistische Konkurrenz

Auch zwischen den hochentwickelten kapitalistischen Ländern nehmen die Widersprüche zwischen US-Kapital einerseits und japanischem und europäischem (vor allem deutschem) andererseits immer mehr zu. Interessensgegensätze heißen nicht immer notwendig offene Konflikte und bedeuten vor allem nicht, daß eine unausweichliche Tendenz zur Verwandlung des Handelskriegs in einen wirklichen Krieg bestehen muß, wie es beim Ersten und Zweiten Weltkrieg der Fall war. Denn die Überlegenheit des US-Kapitals läßt ja für einen solchen Konflikt nicht besonders viel Spielraum übrig. Und doch sind diese Widersprüche wesentlich, um die Auswirkungen der „anhaltenden Krise“ zu analysieren.

Die Entwicklung des europäischen (vor allem westdeutschen) und japanischen Kapitalismus in dieser Nachkriegszeit war derart rapid steigend und verdankt seinen Ansatz den Krediten, den anderen Unterstützungsformen und der politischen Duldung, die den US-Imperialismus auf diesem Gebiet und in den betreffenden Jahren gekennzeichnet hat. Man braucht nur an die Rolle des Marshallplans zu denken, der – zum Unterschied von ähnlichen „Hilfeleistungen“ an unterentwickelte Länder – nicht zur Folge hatte, daß die europäische und japanische Wirtschaft abgewürgt wurde, sondern im Gegenteil deren Wiederaufbau ermöglichte. Das ist nicht bloß auf das Bestehen einer von früher herrührenden industriellen Basis zurückzuführen, sondern auch auf besondere politische Umstände, die wahrscheinlich unwiederholbar sind: nämlich auf das Zusammentreffen zwischen dem „Kalten Krieg“ mit der UdSSR und einem hohen Stand des Klassenkampfes (in einigen Fällen des bewaffneten Kampfs sogar) in den westlichen kapitalistischen Ländern zu Ende des Weltkriegs. In einer solchen Situation hätte eine Entscheidung etwa in dem Sinne, die Wirtschaft dieser Länder rein zu unterdrücken und abzuwürgen, wahrscheinlich den sofortigen Übergang in den sowjetisch kontrollierten Bereich bedeutet. Die USA aber konnten sich auf keinen Fall eine weitere Einengung des imperialistischen Marktes leisten, und so mußten sie sich diesen Ländern gegenüber anders verhalten als z. B. gegenüber bestimmten lateinamerikanischen Staaten (Argentinien und Brasilien vor allem).

So kam es, daß dank der amerikanischen Kredite und im Trend einer vom Defizit der US-Zahlungsbilanz weltweit geförderten Inflation und vor allem dank der niedrigen Lohnkosten, die sie durch millionenweisen Import von Arbeitsemigranten realisieren konnten, die europäischen Länder – später zur EWG zusammengeschlossen – und Japan in weniger als 20 Jahren in den Rang ökonomischer Weltmächte aufrücken konnten. Sie

waren imstande, ihren **Handelskrieg** bis ins Herz des US-Marktes zu tragen – trotz aller protektionistischer Schranken, die seit der großen Krise den Markt der Vereinigten Staaten in bestimmtem Maße verteidigten – und auf die Märkte der „Dritten Welt“, wo traditionell die USA praktisch allein präsent gewesen waren.

Die Schwelle, über die hinaus das amerikanische Kapital nicht mehr bereit war, die Konkurrenz in diesem Ausmaß zu dulden, war der Augenblick, in dem die US-Handelsbilanz ein Defizit erreichte. Damit mußte es zur **Entfesselung des Wirtschaftskriegs von seiten der USA** kommen: zuerst mit der Wende in der Tendenz zur Liberalisierung der Märkte (zunehmende und fast unbemerkte Abkehr von der Politik des „Kennedy-rounds“), dann mit der immer massiveren Ausfuhr der US-Inflation in die ganze Welt (besonders zur Zeit des Vietnam-Krieges, der auf diese Weise praktisch von den anderen Ländern, EWG und Japan an der Spitze, finanziert wurde), was sich dank der Rolle der US-Währung verwirklichen ließ; schließlich mit der amerikanischen Erklärung über die Inkonvertibilität des Dollars vom August 1971 und gleichzeitig mit der Einführung neuer Zollschranken gegenüber den europäischen Ländern und Japan, bis zur Währungskrise, die zu wiederholten erzwungenen Aufwertungen der „starken“ Währungen (vor allem DM und Yen) führte und damit praktisch bedeutete, den Preis der Exportprodukte der übrigen Länder am Weltmarkt zu erhöhen.

Insgesamt erlaubte es diese Politik den USA, ihre Handelsbilanz in der kürzesten Zeit wieder in Ordnung zu bringen, auch dank der starken Expansion der Nachfrage am internationalen Markt, der in den letzten beiden Jahren zu verzeichnen war und zum großen Teil auf den Inflationsrhythmus und die damit zusammenhängenden spekulativen Erscheinungen wie Hortung von Gütern usw. zurückgeht. Die am meisten betroffenen Länder (Deutschland und Japan vor allen anderen) leiden jetzt schon unter der Krise, der schwierigen Exportsituation und werden mit dem allgemein für 1974 vorhergesehenen Rückgang der Nachfrage am Weltmarkt in neue Schwierigkeiten geraten.

Dazu kommt zweifellos die Ölkrise oder besser **der Ölkrieg**, durch den das US-Kapital, das derzeit den Ölmarkt fast zur Gänze unter Kontrolle hat, unter dem Deckmantel des (gemäßigten) arabischen Nationalismus und im Rahmen eines generellen Deflationsprozesses darauf ausgeht, die Produktionskapazität der konkurrierenden Länder durch die Einschränkung der Energiebelieferung zu treffen.

Die ersten Auswirkungen dieses neuen Kapitels im innerimperialistischen Handelskrieg sind bereits zu verspüren. Dabei fehlen – gegenüber der

amerikanischen Eskalation – den betroffenen Ländern praktisch jegliche Rückerpressungsinstrumente. Das weist eindeutig auf die Schwere der gegenwärtigen Auseinandersetzung hin, und wenn diese Situation einerseits das Suchen nach autonomen Lösungen fördert, bestätigt sich darin doch andererseits die absolute „politische“ Überlegenheit des US-Kapitals und seine Fähigkeit, die Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder noch vor ihrer Verwirklichung zum Scheitern zu bringen (so ist z. B. jeder Ansatz zur europäischen Währungsunion unter dem Druck der vom amerikanischen Kapital in Bewegung gesetzten Währungsströme kläglich gescheitert).

Weitere Stadien dieses Wirtschaftskrieges werden folgen; schon jetzt zeichnen sich diesbezügliche Tendenzen auf bestimmten Sektoren (z. B. Lebensmittel) ab, vor allem auf **einem**, der wohl zum wichtigsten werden kann: nämlich die Aussicht auf eine „Krise der Technologie“. Auf diesem Bereich verfügen die USA jetzt schon nicht nur über eine feste Übermacht, sondern auch über einen derartigen Vorsprung, der – wenn überhaupt – nur durch ungeheure und allein niemals zu realisierende Investitionen und Ressourcen der anderen Länder einzuholen wäre; gemeinsamen Einigungsbestrebungen aber setzen nicht zuletzt gerade die USA alle möglichen Hindernisse entgegen.

Die „Dritte Welt“

Was schließlich die **Länder der „Dritten Welt“** angeht – innerhalb derer es eine breite Bandweite technologischer und ökonomischer Unterschiede (von Brasilien bis zu Afghanistan) gibt – ist einmal auf die **Zunahme ihrer Verhandlungsmacht** dank der Konkurrenz zwischen USA und UdSSR und der übrigen innerimperialistischen Konkurrenz hinzuweisen, die allerdings bisher nicht viel mehr als ein gewisses Ansteigen der Preise auf den internationalen Märkten – meist sogar auf Initiative oder jedenfalls mit Zustimmung des US-Kapitals – zur Folge hatte. Darüber hinaus nur eines: **in Krisenzeiten lockert sich das Abhängigkeitsverhältnis vom Imperialismus einigermaßen** und wächst der Spielraum für eine autonomere Wirtschaftsentwicklung: dies scheint auch zum großen Teil das zu sein, worauf die chinesische Außenpolitik in der Perspektive einer Zersetzung und Zerstörung der „bilateralen“ Kontrolle über die Welt setzt.

Der Konflikt mit dem US-Imperialismus innerhalb der kapitalistischen Länder

Kurz muß noch darauf hingewiesen werden, daß sich die innerimperialistischen Widersprüche im Inneren eines jeden Landes und im besonderen auf die Regierungen und die Bourgeoisien der europäischen Länder auswirken und immer stärker auswirken werden; im besonderen gilt das für den – in den einzelnen Ländern verschieden, oft unklar und widersprüchlich verlaufenden, nicht immer noch eindeutig festgelegten – Gegensatz zwischen einem „europäischen“ und einem „US-orientierten“ Flügel des Kapitals, wobei im großen und ganzen sich die ökonomischen und politischen Widersprüche zwischen beiden wohl stark zuspitzen werden (in manchen Ländern hat das sehr unmittelbare und schwerwiegende politische Folgen, auch direkt auf den Klassenkampf, insofern das „amerikanische Kapital“ und dessen lokale Anhängsel und Verbündete – wie z. B. in Italien – sehr deutlich auf offen reaktionäre Wendungen, bis hin zum „golpe“, zusteuern). Diese Widersprüche und ihre Auswirkungen in jedem Land zu untersuchen, sobald sie sich klar genug profilieren, ist für den Klassenkampf wichtig, um zu verstehen, mit welchem Gegner man es zu tun hat und inwieweit die gemeinsame Gefährdung durch die Arbeiterklasse und ihre Kämpfe die Kapitalfraktionen trotz innerer Widersprüche unter Umständen zu einer Vereinigung treibt, die dann wohl unweigerlich auf der Linie der US-orientierten und aufs Ganze gesehen zur härteren Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse entschlossenen Seite stattfindet und sich auch dementsprechend auswirkt.

5. *Chile – unsere „Pariser Kommune“*

Warum Chile?

Aus der bisher skizzierten Analyse der internationalen Lage scheint uns eines klar: die Voraussetzungen für den Klassenkampf werden durch die zunehmenden innerimperialistischen Widersprüche besser; die Verhinderung einer neuen Stabilisierung, eines neuen repressiven Gleichgewichts – womöglich statt bilateral diesmal mit fünf Garanten, wie es manche Kräfte anstreben – liegt im Interesse des Klassenkampfes in den verschiedenen Ländern, obwohl er darauf nicht so unmittelbar und eindeutig einwirken kann wie auf die Klassenbeziehungen auf nationaler Ebene. (Unter diesem Aspekt ist auch die chinesische Außenpolitik einzuschätzen, die zwar nicht von den direkten Interessen der Revolution und des Klassen-

kampfs in den verschiedenen Ländern bestimmt wird und davon im Gegenteil erklärtermaßen absieht, aber doch im ganzen beiträgt, die objektiven Voraussetzungen dazu zu schaffen.)

Wir glauben, daß die Berücksichtigung der weltweiten Beziehungen zwischen den Klassen und der Stand des Klassenkampfs unter diesem Gesichtspunkt heute in die Einschätzung der Klassenbewegung und die Erarbeitung der revolutionären Strategie innerhalb eines jeden Landes mehr denn je eingebracht werden muß. Aber wenn die Diskussion über die Strategie -- die jedenfalls vom Stand der Klassenbewegung auszugehen hat -- nicht bis zur Frage nach dem revolutionären Prozeß heute vordringt, ist sie dazu verurteilt, das Problem der Revolution entweder vorläufig nicht anzusprechen oder sich nach mehr oder weniger unhistorischen Modellen auszurichten, wie die Erfahrung zeigt.

Darin -- meinen wir -- hat der Klassenkampf heute in den chilenischen Ereignissen einen konkreten Anhaltspunkt geschaffen. Deshalb wollen wir darauf eingehen, bevor wir von der Klassenbewegung in Deutschland sprechen, auch weil wir der Ansicht sind, daß jene „anhaltende Krise“, von der wir auf internationaler Ebene gesprochen haben, die sich auch in den internen Klassenbeziehungen immer mehr abzeichnen wird und die im chilenischen Prozeß deutlich geworden ist, die Tendenz offenbart, unter der sich der revolutionäre Prozeß in Westeuropa entwickeln kann. Die Ereignisse in Chile haben nach unserer Meinung für die Revolutionäre im kapitalistischen Westen heute eine Wichtigkeit und Tragweite, die mit jener der Pariser Kommune für die Arbeiterbewegung und die Kommunisten des vorigen Jahrhunderts vergleichbar ist.

Wir sehen im revolutionären Prozeß in Chile die höchste Ebene, die der revolutionäre Kampf in dieser Nachkriegszeit im kapitalistischen Westen erreicht hat. Es geht darum zu erkennen und zu vertiefen, was sich aus der chilenischen Erfahrung an Allgemeingültigem und Besonderem ablesen läßt.

„Staat und Revolution“ heute

Zweifellos hat die chilenische Erfahrung bestätigt, daß es unmöglich ist, durch die bürgerliche Demokratie zum Sozialismus zu kommen; daß das Proletariat unmöglich die Macht durch die allmähliche Aneignung des bürgerlichen Staatsapparats erobern kann; daß die gewaltsame Zerstörung des bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch die bewaffnete Macht des Proletariats -- d. h. durch die Diktatur des Proletariats -- unvermeidlich

und notwendig ist.

Ebenso gewiß aber liegt darin keine Besonderheit der chilenischen Ereignisse, sondern es handelt sich um die klare und dramatische Bestätigung einer allgemeinen Lehre aus der revolutionären Praxis und Theorie seit ihren Anfängen. „Revolutionäre“, die sich begnügen würden, diese Lehre aufzunehmen und dabei stehen blieben, lauthals zu verkünden, daß man den bürgerlichen Staat vernichten, nicht verändern, muß, hätten nicht viel mehr als Selbstbestätigung betrieben. Der wesentliche Unterschied zwischen Kommunisten und Revisionisten bezüglich der Auffassung über den Staat, den der Genosse Lenin anhand der Überlegungen von Marx und Engels sowie der praktischen Erfahrung der revolutionären Massen in „Staat und Revolution“ festgehalten hat, gehört zu den wichtigsten Grundsätzen jedes Kommunisten.

Wenn schon müssen wir sagen, daß der bürgerliche Staat seinem Wesen nach sich nicht nur nicht verändert hat – etwa in dem Sinn, daß er eine im wesentlichen klassenneutrale Demokratie entwickelt und damit die demokratische Machtausübung auch der Arbeiterklasse zugänglich gemacht hätte, wie die Revisionisten behaupten –, sondern daß er im Gegenteil im Vergleich zu Lenins Zeiten sein militärisches, bürokratisches und insgesamt repressives Potential ungeheuer gesteigert hat. **Diese stark erhöhte Militarisierung und Bürokratisierung des bürgerlichen Staates ist die eigentliche „Neuigkeit“, die die kapitalistische Entwicklung hervorgebracht hat** – nicht ein neuer Charakter des Staates etwa als „Staat des ganzen Volkes“ oder als eine „Demokratie neuer Art“ im revisionistischen Sinn, sondern „neuer“ Charakter des Staates in Hinblick auf die enorme Beschleunigung und Steigerung seiner Fähigkeit zur inneren und internationalen Herrschaft und Unterdrückung. Der Abstand zwischen der organisierten bürgerlichen Macht (auf nationaler und internationaler Ebene) und jener der ausgebeuteten Massen in der ganzen Welt ist heute auf militärisch-repressiver Ebene bestimmt wesentlich größer als z. B. im zaristischen Rußland.

Masseninitiative und politisch-militärische Organisation

Die chilenische Erfahrung hat neuerdings gezeigt, daß ein einmal eröffneter revolutionärer Prozeß die direkte Initiative und die direkte Organisation der Massen in Formen zum Ausdruck bringt, die der institutionellen Organisation der Arbeiterbewegung gegenüber – Gewerkschaft, parlamentarische Partei – neu sind. Die Massen der Arbeiter, Proletarier, Halbproletarier werden immer tiefer in den Kampf verwickelt und entwickeln einheit-

liche Organe zur Führung ihres Kampfes: die Massen werden selbst direkte Hauptträger der Klassenauseinandersetzung. **Das Verhältnis zwischen Führung und Spontaneität, zwischen Partei und Klasse, wickelt sich innerhalb der Klasse und innerhalb ihrer Basisorganisation ab.** In Chile hat die Entwicklung dieser neuen Machtorgane der Massen tendenziell Räteform angenommen, in den sich die selbständige und einheitliche Demokratie des Proletariats gegen die klassenverbindende Vertretungsdemokratie stellte, hinter der sich die bürgerliche Klassenherrschaft verbirgt. In diesem Prozeß und in seiner **zunehmenden Hinwendung zum Kampf um die Macht** äußerte sich konkret die Forderung nach einem neuen Staat, nach der proletarischen Diktatur.

Diese ungemein verbreitete Entwicklung von Massenorganisation wurzelte in Chile im vorrevolutionären Charakter der Krise der chilenischen Gesellschaft, im **Machtvakuum der Bourgeoisie**, deren herkömmliche Werkzeuge zur Herrschaft und Kontrolle über die Massen bereits unzulänglich geworden waren, während ihr neues Werkzeug – die Streitkräfte als die „Partei“ der bürgerlichen Reaktion – noch nicht genügend vervollkommen war. In diesem Machtvakuum, in dem die Bourgeoisie nicht mehr zu regieren imstande war und das Proletariat noch nicht, und **angesichts der rapiden Zuspitzung der Krise, neigt die Massenorganisation dazu, sich als Machtorganisation zu entwickeln**, als tendenzielle und vorübergehende Doppelmacht in Erwartung und Vorbereitung der frontalen Auseinandersetzung. Wer dies nicht sieht und in der autonomen Massenorganisation, in den Räten, in ihrer Verbreitung und ihrem territorialen Charakter nichts anderes als den Aspekt der „proletarischen Demokratie“, der „proletarischen Selbstverwaltung“ oder gar der „Kulturrevolution“ erblickt, verfällt in Gradualismus, Spontaneismus und reines Ideologisieren; eine solche Auffassung setzt die allmähliche Herausbildung sozialistischer „Inseln“ im Schoß der alten bürgerlichen Gesellschaft an den ersten Platz und dafür das Problem der Machtergreifung an den letzten.

Der revolutionäre Charakter dieser neuen und einheitlichen Organisation liegt also **nicht in ihrer Form** (hierbei stehenzubleiben führt zu Räte-Fetischismus), **sondern in den politischen Inhalten**, die sich in dieser neuen Form ausdrücken und die der traditionellen Gewerkschaft gegenüber ebenso autonom sind wie den traditionellen Beziehungen zwischen den parlamentarischen Parteien der Unidad Popular-Regierungskoalition. Zu den wichtigsten politischen Ergebnissen gehört die **Tendenz zur Radikalisierung der Klasseninitiative**, sogar bis zur – wenn auch noch ansatzhaften und beschränkten, aber immerhin entscheidend wichtigen – **Bewaffnung**, bis zum Aufbau der bewaffneten Macht des Proletariats. Darin liegt der

wesentliche Übergang – in Chile wie in der sowjetischen Revolution – jedes revolutionären Prozesses, daß sich nämlich die Gegenmacht der Klasse als politisch-militärische Macht entwickelt.

Das Verhältnis zum Reformismus

In der neuen Dynamik der Massenbewegung entwickelt sich auch die Kraft zur **revolutionären Hegemonie über das aktive Proletariat, aber doch nicht soweit, daß der mehrheitliche Einfluß der reformistischen Organisation geschlagen wird.** Zwischen dem Gewicht der reformistischen Organisation und der Entwicklung einer revolutionären Führung bleibt eine Diskrepanz, die sich der Klassenfeind mit seiner Initiative zunutze macht. Das Problem, das sich uns aus dieser Erfahrung dringend stellt, ist die **Frage nach der Verantwortung der revolutionären Partei und ihrer autonomen Initiative.** Historisch in der Minderheit, kann und muß **die revolutionäre Führung** taktisch gegenüber dem doppelten Widerspruch eingreifen, der sich einerseits zwischen Bourgeoisie und reformistischer Organisation des Proletariats entwickelt, andererseits zwischen Reformisten und Proletariat: dabei muß es darum gehen, **innerhalb einer sich hinziehenden Machtkrise das Anwachsen der Massenbewegung und -organisation zu gewährleisten** und zugleich die eigene Verankerung unter den Massen und **den eigenen führenden Einfluß zu verstärken.** Dabei ist nicht daran zu denken, daß eine Zuspitzung der Krise auf Initiative der Bourgeoisie unterbleibt, noch bevor das Kräfteverhältnis zwischen Reformisten und Revolutionären im Proletariat sich zugunsten der letzten verändert hat. Das Problem des Verhältnisses zwischen der politischen Arbeit der Revolutionäre und der organisierten, mehrheitlichen Präsenz des Revisionismus, sowie der Regierungsbeteiligung reformistischer Kräfte muß noch in jeder Weise vertieft werden und stellt einen zentralen Aspekt jeder revolutionären Strategie im kapitalistischen Westen heute dar.

Die „anhaltende Krise“ und der revolutionäre Prozeß

Wenn die chilenische Erfahrung also die marxistische Lehre über den Staat, über die Notwendigkeit der Revolution und der proletarischen Diktatur, über die revolutionäre Rolle der autonomen, politisch-militärischen Massenorganisation und über die Notwendigkeit einer den gegenwärtigen historischen Bedingungen angepaßten revolutionären Partei bestätigt – und es

handelt sich um eine ungeheuer gewichtige Bestätigung — so liegt doch die Besonderheit und die Originalität der chilenischen Erfahrung anderswo.

Wir haben schon gesagt, daß sich die proletarische Bewegung in Chile so weit entwickelt hat, daß sie — mit der Bewaffnung des Proletariats — die Frage nach der Macht stellte. Wir haben auch gesagt, daß es falsch wäre, in der Niederlage nur die Niederlage zu sehen und daß der chilenische revolutionäre Prozeß sowohl in seiner politischen wie in seiner materiellen Entwicklung die höchste Ebene im kapitalistischen Westen seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht hat. Denn es hat ja in dieser Zeit im Westen keine siegreiche sozialistische Revolution gegeben außer in Kuba, was eine zwar begeisternde, aber unwiederholbare Ausnahme darstellt. Andererseits hat der Imperialismus die längste Periode der Stabilität und Entwicklung seiner Geschichte unter der Führung der USA durchgemacht. Die Phase, in der wir uns jetzt befinden, ist durch die Eröffnung einer tiefen Krise des internationalen imperialistischen Gleichgewichts gekennzeichnet.

Historisch hat die allgemeine Krise des Kapitalismus und Imperialismus auf internationale Ebene ihren bisher höchsten Ausdruck im innerimperialistischen Krieg gefunden. Die Entwicklung der revolutionären Bewegung erreichte ihre Höhepunkte jeweils im Zusammenhang mit innerimperialistischen Kriegen. Schon die erste historische Erfahrung der Machtübernahme durch das Proletariat — die Pariser Kommune — nimmt aus dem französisch-preußischen Krieg und aus der Niederlage des bonapartistischen Reiches ihren Anfang. Der höchste Zyklus revolutionärer Bewegungen in Europa findet 1917 bis 1920 statt und stellt die proletarische Antwort auf die allgemeine Krise des Imperialismus dar, die zum Ersten Weltkrieg geführt hatte. Die siegreiche Revolution in Rußland ist die Umwandlung eines Krieges zwischen Staaten in Bürgerkrieg. Es ist also im Verlauf des Krieges, daß sich die Voraussetzungen für die Machtübernahme durch das Proletariat ergeben: Machtkrise der Nationalstaaten, Schwächung der imperialistischen Kontrolle über die einzelnen Weltgebiete, Möglichkeit zur Bewaffnung des Proletariats. So entwickelt sich auch in Asien das revolutionäre Heer im Zusammenhang mit innerimperialistischen Kriegen: in China, Korea, Vietnam und ganz Indochina — wo der Volkskrieg, der bis heute andauert, seine Wurzeln in Kolonialkriegen und im Zweiten Weltkrieg hat. Auch in Europa ist es der innerimperialistische Krieg, der einen neuen revolutionären Zyklus in Bewegung setzt: die Proletarier wissen die Waffen gegen Faschismus und Kapitalismus zu verwenden, aber die internationale imperialistische Kontrolle ist schon stärker und das Gleichgewicht von Jalta wirkt sich aus. Der Volkskrieg erreicht in Jugoslawien den Sieg, in Italien wird er entwapfnet und mündet in eine bürgerlich-demokra-

tische Restauration aus, in Griechenland wird er isoliert und vernichtet. Von da an wird die **Teilung der Welt** zwischen imperialistischen und sozial-imperialistischen Mächten – unter der militärischen und wirtschaftlichen **Kontrolle der USA** – **unerbittlich**; das Proletariat im Westen nähert sich **nicht mehr der Möglichkeit einer Machtergreifung**, bis zur Gegenwart, in der die imperialistische Weltordnung aus dem Zweiten Weltkrieg in Krise ist.

Im Laufe dieser ganzen Periode mußten die Revolutionäre die so entscheidende Frage, **wie denn der Prozeß aussieht, der zur Eroberung der Macht führt, in einer neuen und äußerst schwierigen Lage stellen**. Die unzulänglichen Antworten auf diese Frage, die nach und nach zum Ausdruck kamen, stellen einen langwierigen, mutigen und unvermeidlichen Klärungsversuch dar.

Gegen eine revisionistische Führung, die das Problem einfach aufgegeben und beseitigedgeschoben hat, fuhr die revolutionäre Bewegung im Westen fort, sich diese Frage zu stellen: entweder mit Bezug auf die bolschewistische Erfahrung und die Dritte Internationale und damit auf einen u. E. heuteim Westen unwiederholbaren Weg zum Aufstand; oder sie suchte ihren Bezugspunkt in Rätevorstellungen, die in dem Maße abstrakt waren, als sie sich die Frage nach der Machtübernahme und der politisch-militärischen Organisation der Massen nicht zu stellen vermochten; oder man nahm auf Erfahrungen wie jene der chinesischen oder vietnamesischen Revolution Bezug, mit der Vorstellung vom langdauernden Volkskrieg (eine Vorstellung, die auch durch die europäische Partisanenbewegung gestützt schien), ohne daß die geschichtlichen Voraussetzungen dazu vorhanden wären, wie etwa die Möglichkeit des Bestehens befreiter oder jedenfalls schwer kontrollierbarer Gebiete mit entgegengesetzten militärischen – womöglich noch verlaufenden oder unbeständigen – Fronten; oder mit der theoretischen Verherrlichung und manchmal auch Ansätzen praktischer Nachahmung von Guerilla-Modellen usw.

In diesem Suchen nach der Vorstellung, wie der revolutionäre Prozeß im kapitalistischen Westen heute aussehen kann, glauben wir, daß die **Chile-Erfahrung einen grundlegenden Maßstab darstellt**. Denn es ist – auch ohne hier näher darauf eingehen zu wollen – klar, daß **mit dieser Frage aufs engste die Frage nach der revolutionären Partei zusammenhängt**, wenn man darüber ausgehend von der Analyse der Lage des Klassenkampfes und seiner Perspektive diskutieren will und nicht einfach mit der mehr oder weniger schematischen Neuauflegung dogmatisch-theoretischer oder auch historischer Modelle (aber aus anderen, grundverschiedenen Situationen), die hinlänglich mit der geschichtlichen Wirklichkeit von heute konfrontiert

werden.

Wir glauben, daß es eine konkrete Art (zwar bestimmt nicht die einzige, aber wahrscheinlich die am meisten marxistische) ist, sich diese Fragen ausgehend von der Chile-Diskussion neu zu stellen, so wie es eine konkrete Art war, über die Erfahrung der Pariser Kommune nachzudenken, und diesbezüglich Strategiefragen für die Revolution zu stellen.

Denn das Besondere am chilenischen revolutionären Prozeß – und damit zugleich die allgemeine und originelle Bedeutung – liegt u. E. hierin: das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg hat es das Proletariat im kapitalistischen Westen verstanden, die neuen Voraussetzungen der imperialistischen und kapitalistischen Krise zutiefst zu nutzen: der „anhaltende“ Charakter dieser Krise wurde zum Anlaß für einen Prozeß der Masseninitiative, der Massen-Selbstorganisation, der Massenbewaffnung: zum Anlaß, konkret die Macht zu fordern. Die Regierung der „Unidad Popular“ drückte eine Situation aus, in der das Proletariat zwar noch nicht fähig war, Chile zu regieren, aber die Bourgeoisie mit normalen Mitteln dazu auch nicht mehr imstande war: diese Regierung hat es, unabhängig von ihrem Willen und auch dagegen, ermöglicht, daß sich ein derartiger revolutionärer Prozeß entwickeln konnte und stellte zugleich dessen unüberschreitbare Grenze dar.

Die „anhaltende Krise“ ist somit einerseits von der bürgerlichen und imperialistischen Initiative gekennzeichnet, die darauf ausging, ihren Ausgang der Krise durch die Streitkräfte zu organisieren; auf der anderen Seite durch die Volksinitiative, die darauf ausging, eine Entscheidung der Krise in ihrem Sinne herbeizuführen, indem sie ihre Basisorganisation und ihre revolutionäre Führung verstärkte und entwickelte. Die Unidad popular-Regierung ist das Werkzeug, das diese Krise schlecht und recht verwaltet, voller Widersprüche, ohne sie lösen zu können; sie versucht, den Augenblick, in dem sie sich zuspitzt und ausbricht, hinauszuzögern und womöglich zu verhindern. Sie ist zugleich (einmal mehr, einmal weniger, je nach den verschiedenen Phasen des Klassenkampfes, auf der einen oder anderen Seite) Geisel der Bourgeoisie und des Proletariats. Unidad popular als Regierungskoalition stellt nicht so sehr die Macht, als vielmehr die Machtlosigkeit dar, in der zwei entgegengesetzte Machtansprüche heranreifen; auf der einen Seite jener der Streitkräfte als allgemeiner Ausdruck der bürgerlichen und imperialistischen Interessen, auf der anderen Seite des „poder popular“ als Ausdruck der revolutionären Einheit des Proletariats.

Die „anhaltende Krise“ auf interner und internationaler Ebene scheint uns also die historisch realistische Situation, in der die Frage nach dem revolutionären Prozeß nicht mehr Spekulation, sondern strategisches

und politisches Problem wird — das aufzugreifen vordringliche Aufgabe der Revolutionäre ist.

ERSTAUSSGABEN

Altwater/Huiskun

Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors

508 Seiten DM 13,80

Walter Lindner

Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration?

94 Seiten DM 4,00

Kapitalistische Hochschulreform. Analysen und Dokumente

230 Seiten DM 8,00

Christel Neuss

Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals

254 Seiten DM 10,00

Karl Held

Kritik der Sprachwissenschaft (in Vorbereitung!!)

Marxistische Aufbauorganisation

Die Krise der Kommunistischen Parteien 310 Seiten DM 16,80

Ahlers/Donner/Kreuzer

Die vorkapitalistischen Produktionsweisen 180 Seiten DM 12,00

Marc Linder

Der Anti-Samuelson. Kritik eines repräsentativen Lehrbuchs der bürgerlichen Ökonomie 4 Bände 1.000 Seiten

Subskription (bis 28.2.74) Gesamtpreis DM 60,00

Später Band 1: DM 17,00 Band 2: DM 18,00

Band 3: DM 19,00 Band 4: DM 20,00

Klaus Ottomeyer

Soziales Verhalten und Ökonomie im Kapitalismus

ca. 175 Seiten

ca. DM 8,50

D. Anselme u.a.

Die Fremdarbeiter

ca. 80 Seiten ca. DM 5,00

Arbeiterautonomie in Westdeutschland. Diskussionspapier von Lotta Continua zu den Klassenkämpfen in der BRD

ca. 80 Seiten

ca. DM 4,50

Politladen Erlangen

852 ERLANGEN

POSTFACH 2849

II.

Klassenkampf und
Arbeiterautonomie in der BRD

1. *Der kapitalistische Wiederaufbau nach dem Krieg*

Die Nachkriegszeit in Westdeutschland: der Klassenkampf wird verhindert

Um die Bedeutung der massiven Durchbrechung des sozialen Friedens in Westdeutschland durch die autonomen Arbeiterkämpfe 1973 richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, wenigstens in groben Zügen die wesentlichen Aspekte der Klassenlage des westdeutschen Proletariats nach dem Zweiten Weltkrieg zu skizzieren.

Nach einer Reihe historischer Niederlagen (Mitverwicklung in den imperialistischen Ersten Weltkrieg durch die Sozialdemokratie, Scheitern der deutschen Revolution in der Nachkriegszeit, nationalsozialistische Diktatur und Zerstörung der Klassenorganisationen, Zweiter Weltkrieg) steht das deutsche Proletariat sofort nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor einer ungeheuer schwierigen Ausgangssituation: während die deutschen Kapitalisten trotz der Niederlage ihrer Expansionspläne schon sehr bald auf die bürgerliche Klassensolidarität der „Alliierten“ zählen können, muß sich das Proletariat mit der Organisation und Macht sowohl der westalliierten Sieger als auch der deutschen Bourgeoisie auseinandersetzen. Die militärische Besetzung des Landes, die Einteilung in Zonen, die scharfe westalliierte Kontrolle über alle Wiederaufbauansätze gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterorganisationen, die Unterdrückung jeglicher selbständiger Klassenbewegung in ganz Deutschland sowie die Aufzwingung importierter und überwachter Gewerkschaftsstrukturen von seiten der Siegermächte (USA an der Spitze) charakterisieren diese Phase.

Der massenhafte Zustrom von Flüchtlingen und Umsiedlern aus den Ostgebieten schaffen gleich zu Anfang ein großes Angebot an Arbeitskräften, das den Kapitalisten – neben all den Vorteilen, die mit der Unsicherheit des Flüchtlingsstatus zusammenhängen – eine solide Garantie für Antikommunismus und revanchistisches Potential sichert.

Jede Initiative zur Säuberung von Nazi-Elementen wird von den Alliierten der Arbeiterklasse der Westzonen entzogen und stattdessen von den Militärbehörden übernommen, die dem politischen Leben Westdeutschlands in dieser Nachkriegszeit einen immer stärkeren „amerikanischen“ Stempel aufdrücken.

Die Teilung Deutschlands in einen eng an den kapitalistischen Westen gebundenen Teil und einen zweiten, der sich als Reaktion darauf stark in den sowjetischen Bereich integriert, verfestigt sich immer mehr, bis sie gänzlich erstarrt und verhärtet: eine weitere schwere Belastung für das deutsche Proletariat und seine Fähigkeit zum antikapitalistischen Kampf, weil sie dem Antikommunismus, den die Kapitalisten anderswo mit ideologischen Waffen oft mühsam aufbauen müssen, eine starke materielle Basis verleiht (die Teilung eines Volkes, der Familien, später die Wohlstandskonkurrenz usw.) und, andererseits, aufgrund der Entwicklung in Ostdeutschland jeder sozialistischen und kommunistischen Perspektive für lange Zeit die Kraft nimmt, für die Arbeiterklasse in Deutschland die historische Alternative darstellen. Schließlich ist nicht zu unterschätzen, was der Verlust zahlreicher kommunistischer Kader bedeutet hat, die es vorziehen, sich in der sowjetischen Besatzungszone und nachmaligen DDR niederzulassen, sobald einmal klargeworden

ist, daß sich in den Westzonen jedenfalls keine sozialistische Gesellschaft aufbauen läßt. Die Unterdrückung der Arbeiterkämpfe in den Jahren 1945-48 (in denen oft die Forderung nach Arbeiterkontrolle über die Produktion, neben den unmittelbar materiellen Bedürfnissen, ihren Niederschlag findet) geht einher mit der Entscheidung des US-Imperialismus, auf den Wiederaufbau des westdeutschen Kapitalismus zu setzen, und zwar im Rahmen eines historischen Gesamtprojektes, das sich im Marshallplan und immer stärker im Kalten Krieg äußert: die Teilung der Welt in zwei Blöcke, die Identifizierung der Klasseninteressen mit jenen der beiden Blöcke, die Spannung und später der Wettbewerb zwischen beiden — all das verläuft direkt und einschneidend mitten durch Deutschland und schlägt sich so stark auf die Arbeiterbewegung nieder, daß sie, zuerst mit Gewalt, dann immer mehr mit ihrer von der Sozialdemokratie vermittelten Zustimmung, sich wesentlich dazu bringen läßt, ihr Ja zur „Freien Welt“ zu geben — nämlich auf organisierten Klassenkampf zugunsten eines gewissen materiellen Wohlstands zu verzichten.

Diese Entwicklung geht nicht schmerzlos vor sich und äußert sich auch nicht nur auf allgemeinpolitischer Ebene: sie wirkt sich in den Betrieben als praktisch unveränderte Erhaltung der vom Nationalsozialismus erzwungenen Produktionsdisziplin aus, die mit den „demokratischen“ Werkzeugen der Kapitalisten fortgesetzt wird (Werkschutz, arbeiterfeindliche Betriebsgesetzgebung, Aufbau der kollaborationistischen Einheitsgewerkschaft), sie äußert sich im wilden Antikommunismus der Adenauer-Periode (die sich 1956 sogar das KPD-Verbot leisten kann): der Kapitalismus wird dank der entsprechenden Entscheidung des US-Imperialismus voll und ganz wieder aufgebaut; und daß die USA sich in der Wahl zwischen der stark mit dem Nationalsozialismus kompromittierten deutschen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse nicht schwer tun, dürfte wohl niemanden wundern.

Die demokratischen und antimilitaristischen Kämpfe der 50er Jahre finden somit in einer Situation statt, in der der Kapitalismus fest an der Macht ist und ohne Schwierigkeiten jene demokratischen und antinazistischen Garantien verleugnen und aushöhlen kann, die er in der unmittelbaren Nachkriegszeit zugestehen mußte (z. B. im Grundgesetz und in manchen Länderverfassungen).

Ständige Zerlegung und Umschichtung der Arbeiterklasse

Der Faktor, auf den sich in Wirklichkeit die Fähigkeit der deutschen Bourgeoisie zur Ausübung ihrer Klassenherrschaft unter für sie so günstigen und sicheren Bedingungen am stärksten stützt, ist vor allem **die ständige und gewaltsame Zerlegung der Arbeiterklasse, die Teilungen und Schichtungen in ihrem Innern; die hohe „Flexibilität des Arbeitsmarktes“**: kurz, die Verhinderung der Klasseneinheit und damit die ständige Eindämmung der Kampf- und Verhandlungskraft der Arbeiterklasse.

Das Kapital in Westdeutschland kann mit dem **ständigen Zustrom von Arbeitskräften aus dem Osten** rechnen (zuerst wegen der Fluchtwelle mit dem Vorrücken der Roten Armee, dann mit der Umsiedlung aus den abgetretenen Reichsgebieten, schließlich aus der DDR): dieser Umstand

spielt bis etwa zu Beginn der 60er Jahre eine grundlegende Rolle in diesem Prozeß der Zerlegung und Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse. Ausgiebige Verfügbarkeit von Arbeitskraft bei niederen Kosten, die politisch und sozial leicht zu erpressen, hoch qualifiziert ist und sich durch hohe Mobilität auszeichnet, weil sie vollkommen von den Eingliederungsmaßnahmen der Behörden abhängt; die ideologisch „zuverlässig“ und sogar aktiv antikommunistisch ist (häufig besteht sie aus ehemaligen Kleinbürgern, vielfach aktiven Nazis, die sich danach sehnen, einen Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie zurückzugewinnen und die deshalb bereit sind, aktiv die Arbeiterfront zu spalten) – das zählt zu den wichtigsten materiellen und ideologischen Elementen, die zur erzwungenen Mitwirkung der Arbeiterklasse am Wiederaufbau des deutschen Kapitalismus führen.

Denn schließlich zählt es zu den grundlegendsten Kennzeichen des Kapitalismus, daß er dank der Verfügbarkeit einer **industriellen Reservearmee** funktioniert, die um so ergiebiger ist, je unerschöpflicher sie ist (z. B. weil der Zustrom von außen kommt) und je weniger soziale Spannungen sie im System hervorrufen kann (z. B. weil es die prekäre Lage als Flüchtling, Vertriebener oder Ausländer nicht zuläßt oder weil die Arbeit offen militarisiert ist, wie z. B. bei den Fremdarbeitern des Nationalsozialismus).

Westdeutschland hat unter diesem Gesichtspunkt eine **außergewöhnlich beispielhafte kapitalistische Entwicklung** durchgemacht, in der die internationale Lage (die Interessen des US-Imperialismus, die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes, die Unterentwicklung des Mittelmeerraumes usw.), die gebremste Lohndynamik im Innern, die Flexibilität des Arbeitsmarktes – mit der massenhaftesten „Völkerwanderung“ der modernen europäischen Geschichte – und die Fähigkeit des Staates, die Interessen einer für lange Zeit wesentlich einigen Bourgeoisie zu vertreten, ein **kapitalistisches Wachstum ohne wesentliche Widersprüche von der Nachkriegszeit bis zu den 60er Jahren ermöglicht haben**. Daß die Brechung der organisierten und jedenfalls kollektiven Kampfkraft der Arbeiterklasse dazu Voraussetzung war, ist klar.

2. Es bildet sich die multinationale Arbeiterklasse

Die Einwanderung aus dem Mittelmeerraum

Etwa zu Beginn der 60er Jahre kommt es zu einschneidenden Neuerungen. Der westeuropäische Kapitalismus war vor allem dank der Exporte stark geworden, die durch die niedrigen Lohnkosten konkurrenzfähig waren.

Sobald aber **Vollbeschäftigung** erreicht ist und sich der innere Markt ausweitete, ergibt sich in der BRD, wie in anderen Ländern, ein **Lohndruck**, der „die Gefahr“ mit sich bringt, das Gleichgewicht des kapitalistischen Arbeitsmarktes zugunsten der Arbeiterklasse zu stören. Die spezielle Reservearmee Westdeutschlands (die deutschen Auswanderer aus dem Osten) erschöpft sich nach und nach und der Zustrom wird schließlich durch die „Berliner Mauer“ gänzlich zum Stillstand gebracht. Und doch **braucht das deutsche Kapital billige Arbeitskräfte**, wenn es sich weiter ausdehnen und den sozialen Frieden im Inneren erhalten will.

In dieser Phase setzt die **massenhafte Einwanderung aus den unterentwickelten Gebieten des Mittelmeerraumes** ein (die es in bescheidenem Ausmaß schon seit etwa 1955 gab). Das höhere Lohnniveau Deutschlands gegenüber anderen EWG-Ländern wirkt als Anziehungskraft. Der Massenzustrom ausländischer Arbeiter (anfänglich vor allem aus dem Süden der EWG, nämlich aus Italien) bedeutet einen neuen Markstein erster Ordnung in der Geschichte des Proletariats in Deutschland: er **erlaubt den Kapitalisten, mit den eingewanderten Arbeitern hunderte von Vorteilen zu erzielen; sie werden doppelt verwertet und ausgebeutet, einmal durch das, was sie mit ihrer Arbeit schaffen, dann durch die „Nebenwirkungen“ an Klassenspaltung und -zerlegung**, die ihre Präsenz gegenüber der einheimischen Arbeiterklasse nach sich zieht.

Die eingewanderte Arbeiterklasse, jene unermessliche Reservearmee, die sich normalerweise außerhalb der Grenzen des Staates befindet, in dem sie ausgebeutet wird, bietet für die Kapitalisten ungeheure Vorzüge: sie läßt sich leicht erpressen (z. B. in der Hoffnung auf baldige Rückkehr mit ausreichenden Ersparnissen), akzeptiert unheimliche Arbeitsrhythmen, Überstunden, schwere und schmutzige Arbeit usw.; sie ist durch die Fremdenpolizei und -gesetzgebung leicht zu kontrollieren und ist politisch rechtlos; sie erfordert keine hohen Sozialausgaben (Ausbildung, Wohnung, Dienstleistungen, Vorsorge usw.); sie kann mit Leichtigkeit je nach Konjunktur verwendet werden, ohne das Ausbeuterland zu belasten; sie arbeitet um weniger Lohn als die einheimische Arbeiterklasse; sie kann während der „besten Lebensjahre“ ausgebeutet und dann leicht ausgewechselt werden, sobald sie genügend ausgequetscht ist — sie gewährleistet insgesamt also eben jene Flexibilität des Arbeitsmarktes und jene soziale Bereitschaft und Verfügbarkeit, die es den Kapitalisten erlaubt, auch dann auf dem Weg einer so ungewöhnlich intensiven kapitalistischen Entwicklung weiterzugehen, wenn sich die Löhne nicht mehr auf dem niedrigen Niveau der Nachkriegszeit halten lassen. Somit bezahlen die eingewanderten Arbeiter indirekt die höheren Löhne und Leistungen für einen Teil der einheimischen

Arbeiter: die Emigranten bekommen weniger Lohn, an ihnen kann man indirekten Lohn einsparen (Renten, Versicherungen, Sozialausgaben . . .), sie tragen durch ihre Arbeit zur Finanzierung jener Reformen und jenes relativen Wohlstandes bei, die dazu dienen sollten, die deutsche Arbeiterklasse „zu kaufen“. Wesentlich ist sodann die politische Funktion der Ausländerbeschäftigung: sie gestattet eine äußerst breit gefächerte Lohnpolitik zur Trennung und Differenzierung der Arbeiter (womit die deutschen Kapitalisten sowieso auch früher reichlich zur Mobilität und Austauschbarkeit von Arbeitskräften beigetragen hatten), sie führt zur Zerstörung der Arbeitereinheit und der minimalen Selbstverteidigungsstrukturen in den Betrieben (z. B. sich gegen Heraufsetzen der Akkordsätze wehren, Boykott, Verlangsamung der Arbeit usw.); sie erlaubt den Kapitalisten, Fremdenhaß, sprachliches und kulturelles Unverständnis zwischen den Arbeitern auszunützen – die Ausländerbeschäftigung dient also insgesamt in vielfältiger Weise zur Klassenspaltung, **so daß die Arbeitsemigranten gegenüber der deutschen Arbeiterklasse objektiv -- unabhängig von ihrem Willen -- als Brecher der Klasseneinheit funktionieren** und deren Kampf- und Verhandlungsstärke einschränken; zugleich sind die Ausländer solange von der Möglichkeit des aktiven Eingreifens in den Klassenkampf in Deutschland ausgeschlossen, als sich ihre Gesamtposition und ihre stabile Zugehörigkeit zum Proletariat Deutschlands nicht verstärken.

In dieser Phase **verändert also die Einwanderung von Arbeitern aus dem Süden Europas radikal die Zusammensetzung des Proletariats in Deutschland** (und in anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern Europas), aber vorläufig können die Emigranten nur provisorisch und prekär zu diesem Proletariat gezählt werden: das merkt man selbst an ihren subjektiven Vorstellungen, wo die Hoffnung auf baldige Rückkehr in die Heimat, und zwar in nicht-proletarischer Stellung (als Kleinbürger oder Bauer), vorherrscht.

Man kann sagen, daß sich die gewaltsame Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in der BRD in dieser Periode der Immigration vorderhand gänzlich zugunsten der Kapitalisten auswirkt, denen es auf diese Weise gelingt, Rationalisierungsprozesse und Umstrukturierungen der Produktion vorzunehmen: Fabrik für Fabrik bedeutet der Eintritt ausländischer Arbeiter eine starke Erhöhung der Arbeitsrhythmen – ausgehend von den Emigranten, aber bald auf alle ausgedehnt – und Neuorganisation der Arbeit auf ihrem Rücken.

Es ist hier nicht notwendig, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der eingewanderten Proletarier im einzelnen darzustellen: ihre Verwendung an den unqualifiziertesten Stellen des Produktionsprozesses (auch weil ihnen

meist jede Fachausbildung fehlt), die ständige Diskriminierung und Isolierung, die sie trifft: darauf hinzuweisen, soll nicht Mitgefühl oder sowas erwecken, sondern verstehen lassen, von wo jene radikale Weigerung entstehen kann, für die Kapitalisten, nach ihren Gesetzen und nach ihrer Rationalität zu arbeiten, die gegen Ende der 60er Jahre für die autonomen Arbeiterkämpfe in Italien so kennzeichnend ist und die nicht zufällig von den eingewanderten süditalienischen Fiat-Arbeitern in Turin ihren massenhaften Anfang nimmt: diese Schicht der multinationalen Arbeiterklasse hat die fortgeschrittensten Inhalte und Kampfformen des Klassenkampfes in Europa zum Ausdruck gebracht.

Die Krise 1966–67 – strukturelle Vereinheitlichung der multinationalen Arbeiterklasse

Um den deutschen Kapitalisten ein weiteres „Wirtschaftswachstum“ zu sichern, erweist sich der extensive Ausbau der Ausbeutung durch die Aufnahme neuer Arbeitsemigranten als unzureichend; **die relativ unflexible Teilung des Arbeitsmarktes** in zwei differenzierte Bereiche (deutsche Arbeiter – ausländische Arbeiter) riskiert, funktionshemmend zu werden, sobald diese Rigidität sich als ein **Hindernis auf dem Weg zu einem allgemeinen technologischen Sprung nach vorn** – nicht mehr einzeln, Betrieb für Betrieb – auswirkt. Es handelt sich darum, die Ausbeutung „gerecht“ zu verteilen, und da genügt es nicht mehr, Ausländer und Frauen an die Fließbänder zu stellen, da genügt auch nicht mehr einfach die Trennung und Diskriminierung zwischen den Arbeitern: es geht um einen Sprung nach vorn in der Arbeitsintensität der ganzen „deutschen Fabrik“, ausgehend von den hohen Arbeitsrhythmen, die den Ausländern aufgezwungen werden.

Diese Tendenz reift in den Jahren heran, die zur **Wirtschaftskrise von 1966–67** führen und wird zur politischen Entscheidung. Die deutschen Kapitalisten verstehen es, diese Krise zum Ausweg aus einem Engpaß zu machen, in den die ständige Zunahme des konstanten Kapitals und der Lohnkosten geführt hatte, so daß sich insgesamt eine beträchtliche Erhöhung der Produktionskosten und damit ein Absinken der Profite und der Fähigkeit zur Eigenfinanzierung ergeben hatte. Das geschieht in einer Phase, in der es den Kapitalisten nicht nur um Erhaltung der früheren Profitraten ging, sondern um die entschiedene Hinwendung zur imperialistischen Ausdehnung als einziger konsequenter Fortentwicklungsmöglichkeit.

So gelingt es ihnen, mit der Erpressung durch Krise und Arbeitslosigkeit

keit, die diesmal Deutsche und Ausländer in etwa gleichem Ausmaß trifft, eine **Umstrukturierung durchzusetzen, die die gesamte multinationale Arbeiterklasse erfaßt**: auf die hohen Produktionskosten, den Produktivitätsabfall, die „zu hohen“ Löhne und die ungenügende Nutzung der Produktionsanlagen antwortet das Kapital mit Lohnkürzungen (Abschaffung von Prämien und Leistungsanreizen), Entlassungen (1 Million) und mit einer weitreichenden Umorganisation, die im Laufe eines Jahres eine Produktivitätssteigerung von mehr als 11 % verzeichnen läßt! Dieser schwere Angriff auf die Arbeiterklasse mit der Waffe der Wirtschaftskrise hat gleichermaßen die Intensivierung der Arbeit – für alle! – zur Folge, wie die Einführung einer neuen Stufe der technologischen Entwicklung (hohe Mechanisierung, Parzellierung der Arbeitsleistungen usw.) und neuer Lohnsysteme.

Wieder einmal wird die Klassenzusammensetzung davon stark betroffen, aber **diesmal geht die Arbeiterklasse aus diesem Prozeß objektiv geeinter hervor**: die materiellen Lebensgrundlagen und vor allem die Stellung im Produktionsprozeß nähern deutsche und eingewanderte Arbeiter einander wesentlich mehr an und die Präsenz der Ausländer erweist sich nunmehr als stabil und nicht etwa bloß konjunkturbedingt; **die Arbeiterklasse Deutschlands ist nun wirklich und beständig multinational und integriert** – wenn auch mit zahlreichen Schwierigkeiten und Widersprüchen, und die Kapitalisten wissen das: nicht zufällig richtet sich von da an die Suche nach Arbeitskräften vor allem auf jene Länder, aus denen man sich willfähige, unorganisierte und kampfunerfahrene Arbeiter erwartet; so setzt in dieser Zeit u. a. die starke Einwanderung aus der Türkei und Jugoslawien ein.

Neben diesen Auswirkungen auf die Klassenzusammensetzung hat die Krise 1966–67 eine weitere höchst wichtige Folge: **immer stärker greift nun der Staat auf einer neuen und höheren Ebene in die kapitalistische Wirtschaft ein: sowohl zur Stützung des Wiederaufschwungs** (konkret heißt das, daß der Staat wirtschaftliche und politische Lasten zur Sicherung der Neuorganisation der Produktion übernimmt und z. B. mit Unterstützungsmaßnahmen für krisengefährdete Sektoren wie Stahl und Energie eingreift und insgesamt die politischen Voraussetzungen für die Integration der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Umstrukturierungsprozeß schafft) **als auch zur Garantie der imperialistischen Ausdehnung des Marktes.**

Der Staatseingriff auf dieser Ebene trägt auch dazu bei, Emigration und Imperialismus immer enger zu verbinden: mit deutschen Investitionen in den Herkunftsländern der Arbeitsemigranten (wodurch zusätzlich die kapitalistische Umgestaltung jener Länder und damit die „Freisetzung“

von Arbeitskräften beschleunigt wird) schließt sich der Kreis der imperialistischen Ausbeutung.

Die Einführung der Ausländergesetze läßt ferner eine präzise Entscheidung erkennen: die Polizei soll das Kontrollorgan des Ausländer-Arbeitsmarktes sein, und zugleich wird mit den Regierungen der Herkunftsländer ein politisch-wirtschaftlicher Pakt zur gegenseitigen Absicherung der Expansion und des sozialen Friedens geschlossen. (Es ist ein politischer Fehler, diese Gesetze als „reaktionär“ zu werten; sie sind im Gegenteil gerade für die Entwicklung des „fortgeschrittenen Kapitals“ äußerst funktional.)

Auch die neuen Beziehungen zu den „sozialistischen“ Ländern, zu denen nun im Rahmen politischer und ökonomischer Ost-Initiativen die ersten Ansätze gemacht werden, gehören zu den Ergebnissen dieser neuen Rolle des Staates.

Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung erscheint deshalb als notwendig, um die Pläne des imperialistischen deutschen Kapitals sowohl im Innern wie nach außen durchsetzen zu können; die „konzertierte Aktion“ mit Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaft soll praktisch die Entwicklung der Löhne gegenüber der des Profits blockieren: sie kann wohl als das sprechendste Beispiel für jene Art des Sozialfriedens und der Arbeiterintegration angesehen werden, die dem deutschen Kapital vorschwebt und die es nun auf der Höhe seiner neuerreichten Konzentration aufzwingen will.

Wir können also mit einem Gesamturteil über diese Phase abschließen: **die Arbeiterklasse hat zweifellos eine momentane Schwächung** in Bezug auf Lohn, Ausbeutung und Gesamtverhältnis zur staatlichen Organisation des Kapitalismus erfahren. Aber die strukturelle Vereinigung des multinationalen Proletariats, die Dequalifizierung breiter Schichten der deutschen Arbeiterklasse (und dies gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem eigentlich die objektive Qualifikation dank der Verbreitung schulischer und außerschulischer Lernprozesse zugenommen hat) und damit die zunehmende Entfremdung der Arbeiterklasse gegenüber der Arbeit bedeuten **qualitativ einen ungemein wichtigen Schritt nach vorn**: wieder einmal haben die Kapitalisten mit ihrem Fortschritt auch die Kraft und die Voraussetzungen zu ihrem Sturz geschaffen.

3. *Die Klassenkämpfe 1969: der soziale Friede ist aus*

Aus der neuen Ebene der Klassenzusammensetzung ergeben sich also neue Möglichkeiten zur Klasseneinheit, aber zweifellos braucht die Arbeiterklasse dazu länger als die Kapitalisten zu ihrer Umstrukturierung gebraucht haben, und dieser Prozeß verläuft nicht ohne Schwierigkeiten und Widersprüche. Aber es lassen sich **zwei Höhepunkte im Heranwachsen der Einheit und des Bewußtseins des Proletariats und in der Entwicklung der Arbeiterautonomie in Westdeutschland** ausmachen: auf der einen Seite **die spontanen Streiks von 1969**, vor allem die „Septemberstreiks“; auf der anderen Seite **die Kämpfe des Jahres 1973**. Es kann hier nicht um eine Chronik dieser Kämpfe gehen, sondern nur um die Hervorhebung des grundlegend Neuen, das sie im Klassenkampf in Deutschland hervorgebracht haben.

Die „wilden“ Streiks jenes Jahres werden von der Figur des **Stahlarbeiters im Lohnkampf** getragen. Das ist an sich nicht neu, da die Arbeiterklasse der Stahlwerke, neben jener der Werften und Gruben, im Nachkriegsdeutschland immer jene mit der ausgeprägtesten Kampftradition gewesen war. So wurden die Arbeiter dieses Sektors mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad im Laufe der Jahre zum politisch fortgeschrittensten Pol der ganzen deutschen Arbeiterklasse: dieser Teil der Klasse hat immer wieder die „Kontinuität“ der deutschen Arbeiterbewegung dargestellt, auf politischem Gebiet nicht minder als in den wirtschaftlichen Forderungen. Es handelt sich um jenen Teil der Arbeiterklasse, der am wenigsten Brüche, unvermittelte Übergänge und Veränderungen in der eigenen Zusammensetzung erlitten hatte, der am wenigsten die Folgen der Trennung nach Nationalitäten, am geringsten die horizontale Mobilität verspürt hatte; jedenfalls viel weniger als die Arbeiter anderer, stärker exportabhängiger Bereiche, auf die all jene Brüche viel schwerwiegender eingewirkt haben. Es handelt sich hier, schließlich, um jenen Teil der Arbeiterklasse, auf den sich am stärksten die Beziehung der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie zur Arbeiterklasse insgesamt stützt und an dem sie sich mißt.

Aus der Krise von 1966–67 ist auch dieser Teil der Arbeiterklasse verändert hervorgegangen, aber die Strukturveränderungen wirken sich in diesem Sektor langsamer aus, so daß der ganze Dequalifizierungsprozeß und die daraus resultierende Möglichkeit der Vereinheitlichung mit den Arbeitern der Fließbänder viel mehr Zeit braucht. Die Kämpfe von 1969 sind noch im wesentlichen an diesen Arbeitertyp und an sein Verhältnis zu Gewerkschaft und Sozialdemokratie gebunden, aber gerade in diesem Ver-

hältnis zeichnen sich die ersten starken Widersprüche und Brüche ab.

Die „wilden“ Streiks jenes Jahres sind die Antwort auf den Lohnstop der „konzertierten Aktion“, der seit der Krise wirkte, und auf das ungeheure Anwachsen der Kapitalistenprofite, das dadurch möglich geworden war. Aber es handelt sich nicht bloß um eine Antwort auf die gegenläufige Entwicklung von Löhnen und Profiten – die als solche ja im Wesen noch innerhalb der kapitalistischen Logik verbleiben würde – sondern um einen massenhaften Angriff der Arbeiterklasse gegen den Plan der Kapitalisten, die Klasse und ihre Bewegung den Bedürfnissen der kapitalistischen Akkumulation unterzuordnen – in jener „Leistungsgesellschaft“, deren angemessener Ausdruck die „Große Koalition“ war.

Das politisch Zündende, das Neue an diesen Streiks ist, daß es damit zum ersten Mal gelingt, gleiche Lohnerhöhungen für alle durchzusetzen. Daran kann man ermessen, wie sehr sich die Umstrukturierung von 1966–67, zusammen mit einer reichen politischen und lohnkämpferischen Erfahrung, auf diesen Arbeitertyp ausgewirkt hat. Die Produktivität dieses Sektors hatte sich im Laufe von drei Jahren ungemein erhöht und zugleich hatte die Neuorganisation der Produktion (technologische Investitionen, verbesserte Ausbeutung der Arbeitskraft mit höchst intensivem Arbeitsrhythmus) berufsspezifischem Einsatz viel Raum genommen. So kommt es, daß von den Stahlarbeitern, die sich anderswo sonst oft eher durch „korporative“ Forderungen auszeichnen, das erste Mal in Westdeutschland mit der Kraft einer breiten Massenbewegung jene egalitären Kampfziele aufgestellt wurden, die für die Vereinigung und den Kampf der multinationalen Arbeiterklasse so zentral sind. Was wenige Monate vorher in Italien endgültig durch den Kampf der Fiat-Arbeiter aufs Tapet gebracht worden war, wird somit unter veränderten Umständen und mit ganz anderen Protagonisten von den Stahlarbeitern des Ruhrgebiets in die Klassenbewegung hineingetragen: ein erster Schritt auf dem Weg zur Herausbildung eines selbständigen und multinationalen Arbeiterprogramms. Unter diesem Gesichtspunkt muß man die Tragweite der Streikwelle von 1969 sehen und – im Gegensatz zu früheren, vorwiegend konjunkturbedingten und jedenfalls sehr beschränkten Kämpfen – deren Bedeutung weit über die ökonomischen Aspekte hinaus verstehen. Denn das „Raus aus der konzertierten Aktion!“ drückt, wenn auch noch nicht als vorherrschendes Moment, eine klare Absage an Sozialpartnerschaft und sozialen Frieden aus; diese Absage äußert sich nicht bloß innerhalb oder gegenüber der Gewerkschaft, sondern auf Massenebene und bildet die Grundlage für die späteren Kämpfe; die Beziehungen zwischen den sozialen Klassen sind nach diesen Kämpfen nicht mehr dieselben wie vorher und man spürt die kollektive Weigerung,

sich den kapitalistischen Gesetzen in der Fabrik und in der gesellschaftlichen Gesamtplanung zu unterwerfen.

Daß unmittelbar auf die Septemberkämpfe neue allgemeinpolitische Entscheidungen folgen – nämlich **die erste Bundesregierung ohne CDU/CSU** – hängt zweifellos, außer mit den neuen Erfordernissen des kapitalistischen Systems, auch mit dieser Kampfwelle zusammen; andererseits wird es dadurch später gerade der Sozialdemokratie, die mehrfach auf Regierungsebene die Früchte des kollektiven Arbeiterverhaltens geerntet hat, unmöglich werden, die politische Tragweite dieser Kämpfe in einem für sie annehmbaren Rahmen zu halten: nämlich innerhalb der grundsätzlichen Bereitschaft zum sozialen Frieden und deren gewerkschaftlicher Vermittlung.

Immerhin ist **die Leitung der Kämpfe von 1969 noch wesentlich in den Händen der Basis-Gewerkschafter**, die die Gewerkschaftsstrukturen auf Betriebsebene kontrollieren. Zwischen diesen und der Masse der streikenden Stahlarbeiter entwickeln sich noch keine besonders relevanten Widersprüche, auch weil sich die Gewerkschaft – wie übrigens auch die SPD – nie offen gegen die Kämpfe stellt, obwohl sie sich streng heraushält. Die Vertrauensleute bekommen freie Hand, auch wegen der Regierungsinteressen der SPD, und können es sich so leisten, mit dem Feuer dieser Kämpfe zu spielen, sie anzuführen und ihnen jene breite und einheitliche Zustimmung zu gewährleisten, die sogar manchmal die Meister mitstreiken läßt.

Die Ausländer zeigen bei diesen Streiks eine solidarische und kämpferische, aber nicht autonome Haltung: kennzeichnend und vorherrschend bleibt der deutsche Stahlarbeiter. Aber bei den ersten beiden Streiks außerhalb der Stahlindustrie (in den metallverarbeitenden Betrieben Hella und Ehrenreich) haben die ausländischen Arbeiter eine führende Rolle, jedoch können sich damals – zum Unterschied von 1973 – die traditionellen Werkzeuge der Kapitalisten – Spaltung der Arbeiter, Rassismus und Fremdenhaß – noch durchsetzen.

Arbeiterbewegung und Studenten

Was sich in der BRD zu diesem Zeitpunkt **nicht entwickelt** – während z. B. in Frankreich und vor allem in Italien gerade darin eine der großen „Neuheiten“ dieser Phase der Klassenbewegung liegt – ist **die Vereinigung und das politische Verhältnis auf Massenebene zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung.**

Trotz der breiten und einschneidenden Studentenkämpfe in den vorhergehenden Jahren – mit denen seit 1967 eine massive Wiederalphabetisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland eingesetzt hatte – sind die materiellen Voraussetzungen für den Zusammenschluß der Arbeiter- und Studentenkämpfe in der BRD noch gering: die antikapitalistische Verweigerung bürgerlicher Ausbildungs- und Qualifikationsmechanismen entwickelt sich noch nicht aus einer weithin dequalifizierten Studentenschaft, denen die Aussichten auf Beruf und Sozialstatus sowieso vom Arbeitsmarkt her verbaut wäre, und die Vermassung, Vereinheitlichung und Proletarisierung durch die Schule und Hochschule ist gegenüber anderen Ländern weit zurück.

In Italien und Frankreich wird die Parole „Arbeiter und Studenten (auch Schüler) einig im Kampf“ trotz ihrer Allgemeinheit zum Fanal für den Aufbau einer politischen Massenfront, die alle Phasen der Klassenaus-einandersetzung und ihr Anwachsen, sowie die Entstehung der revolutionären Organisationen seit 1969 begleitet.

Nichts dergleichen findet in der BRD statt, obwohl man gewiß nicht sagen kann, daß die Arbeiterklasse in diesen Jahren nichts ausdrückt: eine Demonstration wie jene der 30 000 Bergleute in Dortmund 1967, mit Absingen der Internationale, oder die Septemberstreiks finden in der deutschen Studentenbewegung eigentlich keinen entsprechenden Widerhall. Nur Teile der politischen Führung der Bewegung versuchen, dieses Vakuum zu füllen und eine Kursänderung herbeizuführen, aber die Ergebnisse dieser Tendenz reifen erst mit dem Ende der Massenbewegung und der Bildung von Gruppen und Organisationen in bestimmtem Maß heran.

Es scheint uns – bei aller Berücksichtigung der unterschiedlichen geschichtlichen, materiellen und politischen Voraussetzungen z. B. im Vergleich zu Italien, wo eine viel massenhaftere und deutlich autonome Arbeiterbewegung natürlich eine ganz andere politische Hegemonie auszuüben vermochte – wichtig, auf diesen Umstand hinzuweisen. Die **schwerwiegenden Folgen des Fehlens einer solchen Massenbeziehung** (die auch 1973 nur punktuell hergestellt wird) können leichter erklären, wieso die Arbeiterbewegung in Deutschland in diesen Jahren sich so schwer aus einer gewissen Isolierung herausreißen kann, und wie sehr dem Wiederaufschwung der antikapitalistischen Massenbewegung in der BRD gerade ein entsprechender Resonanzboden an den Schulen und Universitäten fehlt.

Daß diese Massenvereinigung 1969 nicht zustande kommt, führt einerseits zum Ende der Studentenbewegung als Massenbewegung – die tiefgreifende und wichtige Risse vor allem im Überbau der bundesdeutschen integrierten „Leistungsgesellschaft“ aufgetan hatte –; andererseits **bleibt**

daraus als Erbe für die Klassenbewegung **die Aufgabe**, die Massenvereinigung noch zu leisten, sobald die Arbeiterautonomie stark genug ist, ihren politischen Führungsanspruch den Studentenmassen gegenüber nachdrücklich zu stellen.

Die Ergebnisse der Kämpfe

Jedenfalls muß noch einmal gesagt werden, daß das Jahr 1969 – und zwar von den kämpfenden Fabrikarbeitern ausgehend – eine grundlegende Etappe in der neueren Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland darstellt: aus dem Bruch des sozialen Friedens, aus der Weigerung, sich der „konzertierten Aktion“ anzupassen, aus den Kämpfen um egalitäre Ziele, aus dem ersten Auftreten der ausländischen Arbeiter im Betriebskampf entwickelt sich innerhalb der Arbeiterklasse ein Reifungsprozeß, dessen Auswirkungen sogar auf die Gewerkschaft Druck ausüben.

Die Tarifverträge 1970 lassen das zum ersten Mal klar werden: die Gewerkschaft muß das Wiederaufleben der Arbeiterkämpfe zur Kenntnis nehmen und es einzuholen suchen: und dank einer günstigen Konjunkturlage treibt sie die Lohnforderungen bis zum äußersten voran, so daß die größten materiellen Fortschritte seit Kriegsende erzielt werden, nämlich eine Erhöhung des Reallohns von über 8 %. Aber schon bald erreicht das kapitalistische System, das es nicht nur mit dem Arbeiterkampf zu tun hat, sondern immer mehr auch mit internationalen Widersprüchen, die Grenze seiner Möglichkeiten, durch Zugeständnisse an die Arbeiterklasse deren Druck zu begegnen und damit den sozialen Frieden zu erkaufen.

4. Die Entwicklung zur Arbeiterautonomie

Die Rezession von 1970: innerimperialistische Widersprüche

1971 ist das Jahr der einseitigen Erklärung der USA über die Inkonvertibilität des Dollars: die Krise der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des westlichen Blocks bestimmt auch die wirtschaftliche Entwicklung der BRD. Immer mehr muß sich das deutsche Kapital mit zunehmenden Widersprüchen auf zwei Ebenen auseinandersetzen: zwischen imperialistischen Mächten und Interessen (was sich am stärksten in der Währungskrise niederschlägt) und zwischen den sozialen Klassen im Innern, wo immer stärkere Arbeiterkämpfe aufkommen.

Es kann nun bestimmt nicht darum gehen, das Aufkommen und die Entwicklung dieser Widersprüche mehr oder weniger fotografisch festzuhalten, sondern vielmehr darum, die Entwicklungstendenzen darin so konkret wie möglich auszumachen, zu untersuchen, wieweit das Kapital imstande sein kann, sie zu überwinden und unter seiner Kontrolle zu behalten; wieweit es den Kapitalisten möglich ist, **trotz** dieser Widersprüche und Kämpfe und **gegen** sie, die eigene Macht zum Herrschen und zur Planung der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitals zu erhalten.

In dieser Einschätzung wollen wir **von der Entwicklung der Widersprüche zwischen kapitalistischer Planung und Arbeiterklasse ausgehen** und zu verstehen trachten, ob und in welchem Maß sie antagonistisch oder leicht wieder vereinbar sind; erst auf diesem Boden hat es Sinn sich zu fragen, ob die inneren und internationalen Widersprüche im kapitalistischen Lager für den Klassenkampf und die Initiative der Arbeiterklasse günstig ist oder nicht.

Damit wird es für uns vorrangig, die **Arbeiterautonomie** als zentral zu begreifen und von hier aus die Tendenzen der aufkommenden Widersprüche zu analysieren. Arbeiterautonomie: das heißt, daß sich der Kampf der Arbeiterklasse nicht mehr umbiegen und „umfunktionieren“ läßt, so daß er in der einen oder anderen Weise letztlich wiederum zum Motor der kapitalistischen Entwicklung und Ansporn zu seiner Rationalisierung wird; autonom ist der Kampf der Arbeiterklasse, sobald er objektiv – und nicht bloß im Bewußtsein oder in der Absicht der Klasse – gegen den kapitalistischen Entwicklungsmechanismus geht. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir die Tendenz der neuesten Klassenwidersprüche in der BRD untersuchen; **dazu braucht es einen kurzen Überblick über die Voraussetzungen und Faktoren, mit denen sich der Arbeiterkampf in dieser Phase auseinanderzusetzen hat.**

Wie schon erwähnt, kann man mit dem Jahr 1969 die von der Krise 1966/67 eingeleitete Phase als abgeschlossen ansehen; 1970 folgt eine kurze Periode relativer Stabilität und Entwicklung. Der Abschluß des Metall-Tarifvertrages mit der letzten realen Lohnerhöhung ist ein Zeichen dafür. Konjunktur- und Währungsschwierigkeiten setzen – wie wir gleich sehen werden – der Ausweitung der Investitionen und der Ausdehnung des Marktes eine Grenze; der innere und internationale Inflationsdruck nimmt zu und spitzt sich mit der einseitigen US-Erklärung über die Inkonvertibilität des Dollars im August 1971 entscheidend zu, wodurch die **internationale Währungskrise** radikal verschärft wird. Die BRD muß eine Menge Dollars ankaufen und damit versuchen, die Dollar-Abwertung gegenüber der DM aufzuhalten; damit ergibt sich aber eine ständige Vermehrung des Geldum-

laufs und daraus eine entsprechende Ankurbelung der Inflation – und dies alles, während die Produktion eine relativ stagnierende Phase durchmacht. Natürlich bedeutet das für das deutsche Kapital einen starken **Anstoß, ökonomische und politische Alternativen zum US-Imperialismus zu suchen und zu entwickeln**: die Ostpolitik, schon seit langem in Ansätzen und Etappen vorbereitet, erfährt eine entschiedene Intensivierung und Westdeutschland bemüht sich um eine weniger unmittelbar von der USA-Erpressung abhängige Stellung im Rahmen einer stärkeren europäischen Autonomie.

Inflation und Stabilitätspolitik

Der **Arbeiterklasse gegenüber** spielen die Kapitalisten eine immer weniger kontrollierte **Inflationsspirale** aus, um eine einschneidende Einschränkung des inneren Konsums und der Sozialinvestitionen zu erzielen; d. h. mit anderen Worten, daß die Antwort der Kapitalisten auf die Gesamtheit der Konjunkturschwierigkeiten, deren offensichtlichster Reibungspunkt die Inflation ist, vor allem auf eine fühlbare Verringerung der Arbeitskosten insgesamt abzielt – in der BRD wie überall in Europa. Hinzu kommt, neben der Aushöhlung der Kaufkraft der Löhne, die Absicht der Kapitalisten, die Lohnerhöhungen drastisch zu reduzieren, während gerade jetzt die Arbeiterbewegung sie in immer kürzeren Abständen fordert. Zum zweiten Mal in 15 Jahren, nach dem kurzen Abschnitt von 1966, weist die Lohndynamik negative Werte auf. Dazu kommt die Einschränkung von Sozialinvestitionen (vor allem im Wohnungsbau, aber auch Schulen, Krankenhäuser usw.).

Der Lohn, sowohl in seiner unmittelbaren wie in seiner mittelbaren Form, der bis 1969 der höchste in Europa war, **vermag nicht mehr weiterhin jene materielle Bindung darzustellen, durch die das westdeutsche Kapital in der einen oder anderen Weise immer wieder und auf den verschiedensten Ebenen die deutsche Arbeiterklasse an den eigenen Karren zu spannen verstanden hatte**. Das **Stabilitätsprogramm** der Regierung, die Vermittlung der **konzertierten Aktion** und schließlich die unverhohlene **Mitarbeit der Gewerkschaft** – das sind die Werkzeuge, mit denen das Kapital aufzuwarten hat, um diese Wende in der Lohnpolitik durchzuführen. Es handelt sich dabei um eine äußerst wichtige Wende, weil sich daraus **die schrittweise Erschöpfung des Spielraums für die materiellen Zugeständnisse reformistischer Politik** ergibt. Der „Reformismus von oben“ der formierten Gesellschaft verbraucht sich mit der Krise von 1966/67; der sozialdemokratische

Reformismus mit dem Auftreten der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ab 1971.

Von hier ist also auszugehen, wenn man zu einer politischen Einschätzung der Arbeiterbewegung in dieser Phase kommen will. Akzeptiert die multinationale Arbeiterklasse, vor diese Situation und diese Politik der Kapitalisten gestellt, diese Problemstellung? Läßt sie sich von der Erpressung einschüchtern, ist sie bereit, ihre Interessen und ihre materiellen Bedürfnisse den Erfordernissen der kapitalistischen Planung unterzuordnen?

Die Antwort kommt eindeutig aus der Bewegung: es ist eine Antwort, die sich nach und nach aus den Kämpfen von 1969 bis zu denen von 1971 entwickelt, bis dann in der Kampfswelle von 1973 eine allgemeine und weitreichende Bewegung daraus wird. Dabei ist diese Antwort um so aufschlußreicher, wenn man bedenkt, daß die frühere Schwäche der Arbeiterklasse im Kräfteverhältnis zu den Kapitalisten so weit ging, daß sogar der Versuch unternommen werden konnte, eine direkte Bindung zwischen Arbeiterlohnentwicklung und kapitalistischer Entwicklung durch den Mechanismus der Vermögensbildung zu institutionalisieren!

Steigerung der Produktivität und Flexibilität des Arbeitsmarktes

Parallel zur Einsparung der Arbeitskosten kommt, wie schon 1966/67 vorgezeichnet, der **Druck der Kapitalisten zu einer ständigen Steigerung der Produktivität**. Nach der leichten Flaute der „Rezession“ von 1971 erreicht der Produktivitätsindex in der Industrie wiederum hohe Werte und bildet die Grundlage dafür, daß die deutsche Industrie trotz aller Markt- und Währungsschwierigkeiten mit der amerikanischen auf den Auslandsmärkten konkurrieren kann. Diese Produktivitätssteigerung geht auf eine Reihe von Investitionen zur Rationalisierung der Produktionsanlagen zurück, und – vor allem – auf die Intensivierung der Ausbeutung der Arbeit. Auf diesen Versuch der Kapitalisten genügt es nun nicht mehr, nur defensiv und ansatzweise, z. B. mit schleichendem Boykott oder Sabotageakten, zu antworten.

Lohneinsparung und Produktivitätssteigerung: beide hängen in Westdeutschland vielleicht mehr als anderswo mit der planerischen und staatlich garantierten **Kontrolle des Arbeitsmarktes** zusammen (dazu kommt auch eine Reihe ideologischer Faktoren, wie z. B. das Wettfeiern mit dem Osten), die das Kapital in Deutschland im Lauf der Geschichte mit den verschiedensten Instrumenten zu schaffen verstanden hat. Eines der wichtigsten davon ist die **Einwanderung aus unterentwickelten Gebieten** als

Instrument der Kontrolle und des direkten Eingriffs in den Wirtschaftszyklus. Neben der Verfügbarkeit eines untergeordneten einheimischen Arbeitsmarktes zu niedrigem Preis, den die Frauenarbeit stellt (mehr als ein Viertel der Industriearbeiter); neben der besonderen Beweglichkeit und Austauschbarkeit, die vor allem die jungen deutschen Arbeiter gewährleisten, bedeutet **die Anwesenheit von zweieinhalb Millionen eingewanderten Arbeiter eine beträchtliche Erpressungswaffe und zugleich eine wichtige Möglichkeit zur Konjunkturpolitik**, die in den letzten zwei Jahren ausgiebig und gezielt eingesetzt wurde.

Schon die Emigration an sich erlaubt es, an den Arbeitskosten spürbar zu sparen, und zwar sowohl beim direkten wie beim indirekten Lohn. Ferner ist es die Emigration, die bis heute die merklichsten Fortschritte und sprunghaften Erhöhungen in der Produktivität möglich gemacht hat. Es ist schließlich die Emigration, die eine Niedrighaltung des inneren Verbrauchs und damit eine Verminderung des Geldumlaufs gestattet, weil ein Teil des Lohnes in das Herkunftsland fließt.

Es ist also kein Zufall, daß in dieser Periode die Zuwanderung ausländischer Arbeiter um weit mehr als 50% gegenüber 1970 zunimmt und damit von den etwa eineinhalb Millionen vom Januar 1970 auf die derzeitigen 2 500 000 (plus Illegale) ansteigt.

Der Staat rüstet sich als Planer der kapitalistischen Entwicklung immer mehr mit ungeheuren Instrumenten zur Intervention und allgegenwärtigen Kontrolle (bis auf regionale und kommunale Ebene) dieses Sektors des Arbeitsmarktes aus. Zugleich wird durch die hohe interne und externe Rotation, der dieser so bedeutende Teil der Arbeiterklasse unterworfen ist, jene hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes erreicht, die den dritten Schwerpunkt der Entwicklungspolitik des westdeutschen Kapitals in der Zeit von 1971–73 ausmacht – und zugleich bestimmt sich daher auch ein Terrain, auf dem sich die Arbeiterinitiative und die Fähigkeit, die kapitalistischen Werkzeuge unbrauchbar zu machen, entwickeln und messen muß.

Die Arbeiterbewegung in dieser Phase

Dies sind also die wichtigsten Mechanismen, durch die sich der kapitalistische Angriff auf die materielle Lebensgrundlage der Arbeiterklasse äußert; davon hängt weitgehend die kurzfristige kapitalistische Entwicklung ab. Eine politische **Einschätzung der Arbeiterbewegung** geben, heißt auch **beurteilen, ob sie sich in diese Tendenz der Kapitalisten einordnet oder sich dagegenstellt**; ob sie einfach als Ansporn zur Überwindung bestimmter

Schwierigkeiten wirkt oder vielmehr als Hindernis und Widerspruch; und dabei zählt in dieser ersten Phase nicht so sehr das subjektive Bewußtsein, sondern die wirklichen Widersprüche, welche die Bewegung auszudrücken und in Gang zu setzen vermag.

Wir unterscheiden zum besseren Verständnis der **neuesten Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD zwei Phasen**, wobei allerdings klar sein muß, daß die Bewegung von den Septemberstreiks 1969 an eine deutliche Kontinuität verbindet.

Die erste Phase können wir mit der Unterzeichnung der Tarifverträge 1972 und den Kämpfen um ihre tatsächliche Anwendung zu Ende gehen lassen: in dieser Phase **herrscht die Komponente des Lohnkampfes fast ausschließlich vor**. Die Deflationsmanöver der Regierung stehen gerade erst an ihrem Anfang und schon haben sie es mit der Arbeiteropposition zu tun.

Hier ist nicht der Ort, einen Bericht über diese Kämpfe zu geben, aber es mag angebracht sein, kurz darauf hinzuweisen: Chemie-Tarifvertrag vom Frühjahr 1971; Metall-Tarifvertrag vom Herbst 1971; Stahl-Tarifvertrag vom Winter 1971/72; „illegale“ Streiks (Klöckner Bremen, Köln, usw.) von 1972; Stahl-Tarifvertrag vom Winter 1972/73.

Das Verhalten der Kapitalisten diesen Kämpfen gegenüber und innerhalb der vorher erwähnten Linie ist äußerst deutlich: sofort nach dem 15. August 1971 setzt ihre Kampagne gegen Realloohnerhöhungen ein. Die Gefährlichkeit der Ausweitung der inneren Widersprüche wird in ihrem ganzen Ausmaß erkannt, sobald sich die internationalen Widersprüche in ihrer Tragweite überblicken lassen. Man geht so weit, den Lohnforderungen der Arbeiter bei der Eröffnung der Verhandlungen über den Stahl-Tarifvertrag den Vorschlag eines totalen Lohnstops für sechs Monate entgegenzuhalten!

Dieselbe unnachgiebige Haltung kennzeichnet die ganze erste Phase: in der Chemie, wo bis dahin die Lohnentwicklung eher günstig war, wird die Auseinandersetzung (mit Kämpfen, die häufig der gewerkschaftlichen Kontrolle entglitten) mit einem lächerlichen Tarifabschluß beendet. Gegen die Metallarbeiter, deren Kampf in Baden-Württemberg isoliert wird, verwendet man Aussperrungen im großen Stil, um den Vertragsabschluß und damit den Ausverkauf der Kämpfe zu erzwingen. Dabei wird dieser Schachzug der Kapitalisten dadurch verstärkt, daß es der Gewerkschaft gelingt, den Ausverkauf der Kämpfe als notwendig hinzustellen, um die SPD-Regierung zu retten: diese politische Erpressung wird von der Arbeiterklasse im wesentlichen hingenommen, da sie offensichtlich trotz der kompakten und entschiedenen Antwort auf die Unternehmerprovokatio-

nen das Kräfteverhältnis im ganzen als nicht ausreichend für einen Sieg beurteilt. So verzichtet sie darauf, den Bestand einer Regierung in Frage zu stellen (ob die Drohung nun tatsächlich bestand oder nicht), mit der sie sich z. T. identifiziert und in deren Weiterbestehen sie zum anderen Teil jedenfalls die Möglichkeit sieht, den Klassenkampf unter günstigeren Umständen führen zu können.

Den Stahlarbeitern gegenüber geht schließlich die kapitalistische Initiative bis zur offenen Provokation, nämlich praktisch zur Weigerung, die Verhandlungen um den Tarifvertrag überhaupt zu eröffnen. Es sind also die Stahlarbeiter, die am schärfsten mit der kapitalistischen Offensive konfrontiert werden. In ihrer Antwort, in der Durchsetzung der Wiedereröffnung der Verhandlungen, in den Umzügen zur Hoesch-Direktion und schließlich in der Demonstration vor dem Sitz der IG-Metall in Dortmund aus Protest gegen die Verschaukelung im Vertrag kommt noch einmal vollauf die Fähigkeit dieses Teils der Arbeiterklasse zum Ausdruck, die Initiative zu ergreifen. Und wenn sich dann auch die gewerkschaftliche Abmachung (mit 6 % Erhöhung statt 11 %, wie die Arbeiter gefordert hatten) durchsetzt, kann man doch nicht daraus den Sieg oder die Niederlage dieses Kampfes ermessen: die Initiative der Stahlarbeiter aus dem Ruhrgebiet zeigt ebenso wie die mehr als 20 % Gegenstimmen zum Vertrag in Baden-Württemberg, wie sehr sich unter den Arbeitern die Ablehnung einer Stillhaltepolitik ausbreitet. Insgesamt lassen sich über diese Verhandlungsrunde und über die Kämpfe vor den Tarifverträgen 1972 folgende Überlegungen anstellen:

- **Immer klarer und endgültiger wird der Bruch jenes Sozialpaktes, der sich in der konzertierten Aktion äußert.** Und zwar ist es die Arbeiterklasse, die — bei allen unvermeidlichen „Wachstumsschwierigkeiten“ und Widersprüchen — es ständig zu verhindern weiß, daß jeder Mitbestimmungs- und Kollaborationskompromiß sich durchsetzen kann, den Gewerkschaft und Kapitalisten weiterhin einander und der Arbeiterklasse vorschlagen.
- Die **Lohnforderungen** der Arbeiter ergreifen nicht nur quantitativ immer breitere Schichten, sondern es setzen sich vor allem **immer breiter auch qualitative Elemente** durch: gleiche Lohnerhöhungen für alle ist die neue Forderung, die mit diesen Kämpfen um sich greift und stärker wird, obwohl die Gewerkschaft entschieden dagegen ist. Der Druck wird diesbezüglich so stark werden, daß schließlich sogar die Gewerkschaft (eine Gewerkschaft wie die bundesdeutsche!) diese Forderung bei einigen Tarifverhandlungen 1972 erheben muß.
- **Die Vereinheitlichung der multinationalen Arbeiterfront macht Fort-**

schritte, obwohl zweifellos die politische Führung weiterhin bei den deutschen Arbeitern liegt. Die ausländischen Arbeiter nehmen aktiv an der Auseinandersetzung teil, bringen aber noch keine spezifischen Inhalte zum Ausdruck.

- Neben jenem Teil der Arbeiterklasse, der am besten die Kontinuität in der deutschen Arbeiterklasse ausdrückt, **beginnt sich in dieser Phase – noch unsicher und politisch unbeständig – die neue Arbeiterklasse der Fließbänder, der Fabriken mit Massenproduktion zu äußern.** Der eine und der andere Teil der Arbeiterklasse ist von der Umstrukturierung 1966/67 erfaßt worden und findet nun im Lohnkampf die konkrete Gelegenheit zur Vereinigung oder zumindest den gemeinsamen Anlaß und gemeinsame Ziele. Bestimmt gibt es noch Unterschiede in den Zeitpunkten und Formen dieser Kämpfe und man kann noch nicht von einem organisierten und kollektiven Kampf gegen die Produktion oder gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit sprechen, aber es zeichnet sich schon ein gemeinsamer Prozeß ab, in dem die Klassenbewegung insgesamt heranwächst und stärker wird.

In dieser Phase wird die Initiative der Arbeiter noch immer und oft nachhaltig von der Gewerkschaft beeinflußt und bedingt. Die Verhandlungen stellen jene Ebene dar, auf die die Gewerkschaft häufig die Auseinandersetzung zu verschieben vermag, und zwar nicht nur in Bezug auf das materielle Ergebnis, sondern auch im zeitlichen Ablauf des Kampfes. So kann sich die Anti-Streik-Gesetzgebung immer wieder als Zwangsjacke auswirken und die Bewegung zwingen, die Initiative hinzuhalten und aufzuschieben. Vor allem spürt man noch stark die Fähigkeit der Gewerkschaft, die verschiedenen Tarifikämpfe zeitlich zu trennen und somit einzeln nacheinander durchzuführen; so wird die „Nadelstich“-Taktik verwendet: einzelne Gebiete werden herausgenommen und hier wird isoliert gestreikt, so daß immer nur eine Minderheit des gesamten Kampfpotentials der multinationalen Arbeiterklasse ihre Stärke einbringen und ausspielen kann.

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind in diesen Kämpfen oft der einzige politische Bezugspunkt und ihre Rolle erweist sich in den einzelnen Fällen als durchaus unterschiedlich: manchmal effektive und in den Massen verwurzelte Avantgarden, in sehr vielen anderen Fällen dagegen Abwiegler und Mitursache der Arbeiterniederlage. Denn in Wirklichkeit handelt es sich ja bei den Vertrauensleuten um eine politische Struktur, die ausdrücklich zum Zweck geschaffen worden ist, um die Unzufriedenheit der Arbeiter zu spalten und zu vereinzeln, und um jedenfalls keinen kollektiven Widerstand aufkommen zu lassen. In vielen Fällen handelt es sich um

eine wesentlich und auch ganz offen repressive Struktur gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiter. Aber es ist eben doch auch eine Struktur, die durch hundert Fäden mit der Situation in den Abteilungen und den Widersprüchen, die sich dort entwickeln, zusammenhängt, und die in Einzelfällen auch von eben diesem Widerspruch umgeformt wird. Vor allem in der Stahlindustrie wird das Netz der Vertrauensleute oft als das erste Werkzeug zur Organisation und zur organisatorischen Polarisierung der Bewegung verwendet, um durch diese leichter kontrollierbare Struktur ihre Entscheidungen über Ausverkauf und Abschluß der Kämpfe aufzuzwingen. Es handelt sich also im ganzen um ein äußerst widersprüchliches Gesamtbild, aus dem mit Klarheit nicht nur die Notwendigkeit einer weniger schematischen und grundsatzbelasteten Diskussion innerhalb der Linken, sondern auch die Tatsache hervorgeht, daß es **völlig undenkbar ist, diese Struktur, diese Organisationsform als Werkzeug der politischen Führung oder auch nur der strategischen Sammlung von Avantgarden der Bewegung anzusehen.** Der Verlauf der Kämpfe selbst und das Verhältnis der Vertrauensleute dazu müßte zu Genüge gezeigt haben, daß die Frage nach dem politischen Spielraum unter ihnen und in ihren organisierten Strukturen ein – bestimmt nicht zweitrangiges – taktisches Problem darstellt, aber sicherlich keine strategischen Hinweise geben kann.

Arbeiterklasse und Sozialdemokratie

Neben der Entfaltung der Arbeiterkämpfe konsolidiert sich in der Zeit von 1969–72 ein weiterer wichtiger Prozeß: **die Stärkung der SPD**, die weitgehend mit einer direkten Entscheidung innerhalb der Arbeiterklasse zusammenhängt. Nun sieht das auf den ersten Blick so aus: je mehr die Sozialdemokratie direkt, in erster Person, die **arbeiterfeindliche Politik** verantwortet, desto **stärker wird ihre Position innerhalb der Arbeiterklasse.** Es handelt sich um einen **scheinbaren Widerspruch**, in dem unmittelbar nur die höhere „Politisierung“ der deutschen Arbeiterklasse eindeutig und leicht feststellbar scheint, hinter dem sich jedoch ein wesentliches Element der ganzen Klassenbewegung in der BRD verbirgt.

Vor allem ist auf eins hinzuweisen: die **Stärkung der SPD** bei den Wahlen seit den Septemberstreiks 1969 stellt **keine Alternative zum direkten Klassenkampf** dar, ganz im Gegenteil. Immer weniger läßt sich die „Treue“ zur Brandt-Regierung als Erpressung ausspielen, mit der man die Arbeiter-Initiative blockieren könnte. Die Arbeiter sind immer weniger bereit, ihren Kampf den Erfordernissen der SPD-Politik unterzuordnen

und wollen – wenn schon – immer mehr die SPD ihrem Kampf unterordnen. Natürlich handelt es sich hierbei nicht um einen linearen Prozeß, aber die Tendenz scheint uns deutlich und politisch positiv zu sein. Dies kann man insbesondere feststellen, wenn man **das Verhältnis zwischen der Mobilisierung zu den Wahlen 1972** (praktisch von der Anti-Brandt-Attacke der CDU/CSU im Frühjahr angefangen) **und den jüngsten Arbeiterkämpfen** untersucht.

Der Rahmen, in dem sich dieser „Wahlkampf“ abspielt, ist von deutlichen Faktoren gekennzeichnet: zurück liegt der Kampfzyklus um die Tarifverträge 1971, dessen Kämpfe zwar in der einen oder anderen Weise abgewürgt worden sind, wobei aber der politische Wille der Arbeiterklasse zur Beibehaltung der Initiative durchaus erhalten geblieben ist; die Rezession von 1971 ist noch nicht vollends überwunden; in der kapitalistischen Front herrscht weitgehend Unsicherheit über die Klassenbeziehungen im Innern und über die internationale Lage; die Auseinandersetzung zwischen „europäischer“ und „amerikanischer Partei“ – nämlich zwischen mehr oder weniger autonomem oder untergeordnetem Verhalten der BRD gegenüber den USA und deren Druck auf die DM – spitzt sich schärfer zu (siehe Konflikte um Minister Schiller).

In dieser Situation erweist sich **die SPD als immer weniger geeignet, den sozialen Frieden effektiv zu gewährleisten** (was ja eigentlich der Hauptzweck ihrer Aufnahme in die Regierung gewesen war); und auch die Art und Weise, wie die SPD den Staatsapparat zur Stützung der kapitalistischen Entwicklung verwendet, **veranlaßt wichtige Teile der Bourgeoisie, auf einen Regierungswechsel zugunsten der CDU zu setzen**; damit soll sowohl die Wirtschaftspolitik im Innern getroffen werden (wo sich die SPD nicht dazu bringen läßt, die Inflation bis zu den extremen arbeiterfeindlichen Konsequenzen voll auszuspielen, etwa durch einen Angriff auf die Beschäftigungslage) als auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen (eine gewisse Lockerung der Beziehungen zu den USA und engere Bindungen mit Osteuropa unter Verzicht auf die Isolierung der DDR als Vorbedingung). In der ersten Reihe dieses SPD-feindlichen Lagers finden sich die direkten Vertreter der mächtigen amerikanischen Holdings, die einen wichtigen Teil der deutschen Wirtschaft kontrollieren.

So steht also – wenn auch irgendwie verworren und durch den idiotischen Wahlkampf und seine Parolen vernebelt – **eine Entscheidung zwischen zwei Lagern zur Wahl, deren Gegensätzlichkeit in Wirklichkeit bestimmt geringer ist als die äußerlich hochgespielte**; die Arbeiterklasse ist sofort imstande, diese Lage zu interpretieren: auf der einen Seite die

CDU/CSU (in die übrigens fast offiziell die ganze Neonazi-Rechte Eingang gefunden hat), deren Rezept Abkühlung der Inflationskonjunktur und somit Arbeitslosigkeit heißt. Auf der anderen Seite die SPD, die das ganze Gewicht der Ostpolitik und die breite Zustimmung, die sie damit findet, ausspielt und die nicht die Absicht hat, die Beschäftigungslage anzugreifen, um die Inflation zu bremsen. Viel weiter geht ihr Reformismus zwar selbst in ihren Versprechungen nicht, aber insgesamt läßt sie der Arbeiterinitiative bestimmt mehr Raum als die CDU.

In diesem Sinn erscheint die wirklich massenhafte Wahlunterstützung der SPD durch die Arbeiterklasse und durch breite proletarische Schichten auch begründet. Bestimmt trägt dazu auch die sozialdemokratische Tradition und die ungenügende politische Klarheit bei. Aber man muß auch den klaren Willen berücksichtigen, gegenüber der eigenen nationalen Vergangenheit eine neue Seite aufzuschlagen: **in der klaren Ablehnung der CDU drückt sich auch eine deutliche antifaschistische Haltung und eine (noch weniger deutliche) antikapitalistische Haltung aus.** Indem sich die deutsche Arbeiterklasse so einheitlich „nach links“ entscheidet, beweist sie – selbst inmitten der vielen Widersprüche, die eine Zustimmung zu einer SPD, wie sie ist, mit sich bringt – daß sie chauvinistische Haltungen überwinden und das Kapitel des Kalten Krieges schließen will, das ja auch Konkurrenz zwischen den beiden getrennten Teilen der alten deutschen Arbeiterklasse bedeutet hatte.

Aber die SPD-Unterstützung ist nicht bedingungslos, sondern hängt eng damit zusammen, daß die SPD auch tatsächlich bessere Voraussetzungen für den Arbeiterkampf garantiert als die CDU; es handelt sich um eine Unterstützung, bei der sich schwer unterscheiden läßt, wie weit sie für die SPD oder gegen die CDU/CSU sein will. Eine Entscheidung und eine „politische“ Mobilisierung, die wir heute als eine (ob bewußte oder unbewußte) Vorbereitung der Kämpfe von 1973 ansehen können.

Die Tarifverträge von 1972

Auf der einen Seite steht also die Stimmabgabe und die Mobilisierung der Arbeiter für den Wahlsieg der SPD – und auf der anderen die massenhafte Abstimmung gegen den Ausverkaufs-Tarifvertrag der Stahlgewerkschaft im Januar 1973: in diesen beiden Abstimmungsergebnissen, die etwa zwei Monate auseinanderliegen, zeigt sich klar das neue Verständnis des Verhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Sozialdemokratie. Die SPD wird zwar an der Regierung gestärkt, aber mit einem imperativen Mandat,

nämlich dem Verlangen nach Garantien, die die Arbeiterklasse sehr bald einfordert. Und das Ergebnis ist eindeutig: die SPD an der Regierung arbeitet nicht für die Interessen des Arbeiterkampfes. So eröffnet sich, ausgehend vom Abschluß für die Stahlarbeiter und der massenhaften Abstimmung dieser Arbeiter gegen den Vertragsabschluß, ein Prozeß, der sich durch alle die Arbeiterkämpfe von 1973 hindurch entwickeln wird und in dessen Verlauf immer breitere Schichten innerhalb der Arbeiterklasse folgende Gleichung nachvollziehen: SPD = Gewerkschaft = Ablehnung der Arbeiterbedürfnisse = Kapitalisten. Das Stabilitätsprogramm und die Hetze gegen die „wilden Streiks“, die immer härtere Unterdrückung der autonomen Arbeiterinitiativen — alles das bildet sich immer klarer zu einer einzigen Front heraus, je mehr die Kämpfe fortschreiten. Die praktische Kritik der Arbeiterklasse gegenüber der Sozialdemokratie versteht es, das tatsächliche Kräfteverhältnis wieder freizulegen und der scheinbare Widerspruch der Arbeiterunterstützung für eine Partei, die selber das Programm des Kapitals gegen die Arbeiter vollstreckt, erweist sich in Wirklichkeit immer mehr als (manchmal nicht bis zum letzten bewußte) Fähigkeit, die eigenen materiellen Interessen obenan zu setzen und auch auf der Ebene der Institutionen einzugreifen zu verstehen; um zu verhindern, daß die Bourgeoisie ihre härtesten und widerspruchslösesten Vertreter in den Kampf schicken kann.

Und tatsächlich gelingt der Gewerkschaft und der SPD ihr Tarifvertragsspiel nicht so richtig. Der Kampf bei Hoesch zeigt, daß die Abstimmung gegen den Vertrag mehr als eine bloß formale Opposition bedeutete. Gerade dieser Kampf spiegelt in seinem Heranreifen, in seinen Avantgarden, in seiner Organisation und auch in seiner (teilweisen) Niederlage noch alle Widersprüche und Charakteristiken der Bewegung von 1971 wider. Denn trotz dieser starken Kampfbereitschaft der Hoesch-Arbeiter gelingt es der Gewerkschaft noch einmal, zwar mit Schwierigkeiten, ihre betrügerische Vermittlung einzuschalten und aufzuzwingen. Noch einmal ist die Arbeiterinitiative nicht imstande, die gewerkschaftlichen Einholungsmanöver und deren ideologische Erpressung ganz zu brechen und selber — autonom — die Ebene der Auseinandersetzung und ihren Ablauf zu bestimmen.

In Wirklichkeit aber findet mit dem Hoesch-Streik zwar formell der Tarif„kampf“ sein Ende, politisch zeigt jedoch dieser Kampf gerade, daß es nicht mehr möglich ist, den Klassenkampf durch Verträge „abzuschließen“, weil die Arbeiterklasse die Kraft findet, aus diesem Käfig auszubrechen und den Weg der Eigeninitiative, der Autonomie, zu gehen.

Beim Hoesch-Streik war die zwangsweise Bindung an die Tarifrunde, die Tatsache, daß der Kampf praktisch „aus Prinzip“ (für die Anerkennung

der Gewerkschaftsbasis) geführt wurde und vor allem, daß der Hauptwiderspruch in der Gewerkschaft gesehen wurde, daran schuld, daß ein Großteil der Arbeiter (und vor allem jene aus der Abteilung, wo der Streik begonnen hatte) eigentlich nur beim Kampf zwischen Vertrauensleuten und Gewerkschaftsspitze zusehen durften. Trotzdem äußert sich schon in diesem Streik der Gegensatz zwischen dem Willen der Arbeiter, die den Kampf radikalisieren und neue Kampfformen einführen wollen, und der politischen Führung durch die Vertrauensleute.

Das Stabilitätsprogramm

Das Wirtschaftsprogramm der neuen Brandt-Regierung ist, ganz im Gegensatz zu den Befürchtungen eines Teils der Bourgeoisie, die Grundlage für eine neue Phase der Produktionsausdehnung. Der Kampf gegen die Inflation, von dem vor den Wahlen so viel die Rede war, entpuppt sich nun als das, was er eigentlich ist: **verschärfter Angriff auf den Arbeiterlohn und Drang zur Produktionssteigerung** („Wer mehr verdienen will, muß mehr arbeiten!“): auf dieser Grundlage schließt sich wiederum der vorübergehende Gegensatz zwischen Unternehmerfront und Sozialdemokratie.

Dieser Gesamtangriff auf allen Ebenen, bei dem sich Kapitalisten und Regierung mehr denn je einig sind, zwingt den Arbeiterkampf zu einer qualitativ höheren Antwort, die nun ausdrücklich auch auf der Ebene des Kampfes gegen die Arbeitsorganisation zum Ausdruck kommt. Bis dahin hatte die Klassenbewegung zwar auf immer neuen und höheren Ebenen den „Arbeitsfrieden“ gebrochen und der Arbeiterwiderstand gegen die kapitalistische Offensive hatte sich entwickelt, aber da sich wesentlich alles um den Lohn drehte und damit an die Verhandlungen gebunden war, die von der Gewerkschaft geführt wurden, konnte der Kampf die kapitalistische Verwendung der Inflation im Sinne eines Wiederaufschwungs der Produktion eigentlich nicht treffen. Diesbezüglich kann man sagen, daß der Kampf bei Hoesch zugleich der Höhepunkt und das Ende einer ganzen Phase darstellt.

Darin hat sich schon eine veränderte Arbeiterklasse gezeigt; die Kämpfe, die dann ab März einsetzen (zuerst bei Mannesmann), sind schon von immer höherer Autonomie und Radikalität gekennzeichnet, insofern sie nicht von inneren Konflikten der Gewerkschaft ausgehen.

5. *Die Entfaltung der Arbeiterautonomie*

Die neuen Klassenkämpfe von 1973

Was am **Mannesmann-Streik** von grundlegender Wichtigkeit ist, liegt darin: der Stahlarbeiter erneuert seine Kampftradition – auch mit all ihren Belastungen –, aber diesmal vermag er **Lohnziele** mit dem Kampf gegen die kapitalistische Umstrukturierung der Arbeit zu vereinigen: die Weigerung gegenüber der Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung bedeutet für die Arbeiter, sich zugleich gegen eine klare Kürzung des Reallohns und gegen eine weitere Spaltung zu wehren, vor allem aber gegen die Einführung eines neuen Ansporns zur weiteren Erhöhung der Produktion. Aus diesen Inhalten erwächst auch die Fähigkeit der Arbeiter, **neue und radikale Kampfformen** zu erfinden und anzuwenden (wie die Besetzung des Profilwalzwerks) und auch den gewerkschaftlichen Strukturen gegenüber ein anderes Verhältnis aufzubauen. Im Gegensatz zum Hoesch-Streik hat hier die Beziehung zwischen Kampf gegen den Unternehmer und Kampf gegen die Gewerkschaft ihre richtige Größenordnung wieder gefunden. Die Arbeiter sind die Herren ihres Kampfes, sie selber entscheiden, wie er fortzuführen ist, ohne sich die Ziele kürzen zu lassen, ohne in die Falle des Rassismus oder der Gewerkschaft (die den Kampf unterbrechen will, um inzwischen zu verhandeln) zu gehen. **Dieser Kampf bedeutet einen richtigen qualitativen Sprung für die ganze Streikbewegung** der ersten sechs Monate dieses Jahres; auch weil dieser Streik als erster entschieden außerhalb der Tarifrunde stattfindet und zeigt, daß man auch andere Momente der Auseinandersetzung, des Kampfes und der Ausnützung eines günstigen Kräfteverhältnisses finden kann.

Man kann das an den Kämpfen ermessen, die sich immer häufiger und mit **steigendem Rhythmus anderswo entwickeln**, auch bei der Erneuerung von Tarifverträgen anderer Arbeiterkategorien. So gibt es z. B. unter Chemiearbeitern, in Fabriken, wo früher nie gestreikt wurde, spontane Streiks: der Massendemonstrationszug zu den Direktionsbüros wird zur üblichen Praxis. Unter den Druckarbeitern erreicht die Radikalisierung ein noch höheres Niveau: obwohl es sich hier um einen Arbeitersektor mit hoher Berufsqualifizierung handelt, werden radikale Kampfformen – von der Besetzung der Druckereien bis zur Verhinderung des Erscheinens von Zeitungen – angewendet; das alles steht innerhalb der aufschäumenden Welle der Klassenbewegung.

Das Kräfteverhältnis, das durch die Ausweitung der Kampffront entstanden ist (auch bei VW findet ein starker Streik statt), **drängt die Unter-**

nehmertront zu einer Vorbeugetaktik gegenüber dem Lohnkampf. Denn für die Kapitalisten war es ja an sich nicht so wichtig, sofort nach Abschluß der Tarifrunde keine Erhöhungen herauszurücken, da die Profite und Aufträge durchaus zufriedenstellend verliefen, als vielmehr, **sie nicht aufgrund von Kämpfen herausrücken zu müssen.** So werden ab April in etwa 600 metallverarbeitenden Betrieben auf ausdrückliche Initiative der Kapitalisten prozentuale Lohnerhöhungen zugestanden, nach dem Grundsatz: „Lieber sofort etwas geben als unkontrollierbare Kämpfe riskieren, die die Produktion schwer treffen und mehr fordern.“ Diese taktische Entscheidung, die die Kehrseite der Stabilitätspolitik darstellt, führt schließlich zum Entschluß, im Stahlsektor die **Teuerungszulage** von 280 DM zu gewähren. Dabei geht es den Kapitalisten darum, eine Reglementierung, eine geordnete und zentrale Planung der Lohnforderungen innerhalb der Inflationsspirale einzuführen, um „wilde“ Kämpfe zu vermeiden und die Planbarkeit und den Arbeitsfrieden der kapitalistischen Produktion nicht durcheinanderzubringen; aber das Lohnprinzip der Teuerungszulage, das dadurch eingeführt wird, eignet sich die Arbeiterklasse mit ihren Kämpfen an und spielt es in durchaus unplanbarer Weise aus! **Die Kapitalisten versuchen wieder einmal, die Arbeiterklasse (zu inflatonierten Preisen diesmal) zu kaufen.** Der Reformismus und die Zugeständnisse an die Lohnforderungen, die die SPD-Regierung insgesamt gestatten kann, gehen schon nicht mehr über diese billigen Angebote hinaus. 280 DM sollen das Stillhalten bezahlen, sollen überzeugen, die Auseinandersetzung bis zur regelrecht fälligen, institutionellen Tarifrunde aufzuschieben.

Es zeichnet sich nun eine neue Phase in den Kämpfen ab, in denen die **Stahlarbeiter nicht mehr in der vordersten Linie stehen, sondern immer mehr** – angefangen bei John Deere in Mannheim (worin wir die erste politisch bedeutsame Etappe sehen) – **die dequalifizierten, meist eingewanderten Arbeiter der Fließbänder, vor allem aus dem ganzen Zyklus der Automobilherstellung, an ihre Stelle treten und das Hauptgewicht tragen.** Was an diesen Kämpfen vor allem auffällt, ist ihr **spontaner Massencharakter.** Die Arbeiter sind die wirklichen Subjekte ihres Kampfes, erkennen und entscheiden ihre Kampfziele, suchen nach neuen Kampfformen, stellen sich die Frage, wie man den Kampf ausweiten und auf alle ausbreiten könne. **Die neuen Massenavantgarden sind nicht bereit, ihre eigenen materiellen Bedürfnisse den Erfordernissen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung anzupassen,** was in diesem Fall hieße, die Profitrate wiederherzustellen, indem der Arbeiterlohn durch Inflation gekürzt wird, indem in den Fabriken härteste Arbeitszeiten und -rhythmen erzwungen werden, indem die Klassenspaltung und gewaltsame Neuzusammensetzung (Ein-

wanderung z. B.) bis ins letzte ausgespielt wird.

Zugleich weigern sie sich, ihre Klasseninteressen der Gewerkschaft oder der sozialdemokratischen Politik unterzuordnen oder auch nur anzuvertrauen, da alle beide mehr denn je als die Verteidiger und Garanten der Stabilität der Profite für die Kapitalisten dastehen.

Die Arbeiterautonomie in der BRD

Das also ist der Hintergrund, der langwierige Prozeß, in dem die Kämpfe und die Arbeiterkampfkraft herangereift sind, auf dem nun die ganze Welle der „wilden Streiks“ vom Sommer und Herbst 1973 zum Ausbruch kommt. Unserer Meinung nach **bedeuten diese Streiks einen entscheidenden qualitativen Sprung, damit erreicht die ganze Klassenbewegung in der BRD eine Ebene, auf der die Vermittlung nicht mehr möglich ist: die Ebene der Arbeiterautonomie. Autonomie, die sich gewiß noch nicht in der Gesamtheit der multinationalen Arbeiterklasse behauptet, aber die immer stärker wird und sich ausweitet, je mehr sich die Inhalte, die Organisationsformen, die politischen Errungenschaften der fortgeschrittensten Kämpfe unter den Massen verbreiten und klar wird, daß sich jetzt die Auseinandersetzung für die ganze Bewegung notwendig auf dieser neuen Ebene abspielt.**

Von John Deere zu Opel, zu Ford, zu den letzten Kämpfen der Stahlarbeiter und Bergleute: jede Etappe, jede Kampfepisode dieser intensiven Aufstiegsphase der Streikbewegung bedeutet die Aneignung von Zielen, von Klasseneinheit, Ablehnung der unternehmerischen oder gewerkschaftlichen Vermittlungstaktik – und richtet sich gegen die zentralen Werkzeuge der Planung der kapitalistischen Entwicklung.

Der kapitalistische Gesamtplan, der aus der 66er Krise hervorgegangen war, beginnt unter der Kampfkraft der Arbeiter zu wanken, die einen nach dem anderen seiner Programmpunkte angreift und in Frage stellt. Diese Behauptung mag nur dann verwegen klingen, wenn man über Sieg oder Niederlage eines Kampfes mit der Apothekerwaage und der genauen Berechnung des Verhältnisses zwischen anfänglichen Forderungen und erreichtem Endresultat entscheiden will. Diese Behauptung geht vor allem in die entgegengesetzte Richtung derer, die in der politischen Auswertung und Interpretation eines Kampfes immer bei der Beziehung zwischen Arbeiterklasse und Kapital Fabrik für Fabrik im einzelnen stehenbleiben, ohne das gesamte Ausmaß der Auseinandersetzung zu berücksichtigen und damit jeden einzelnen Streik und jede einzelne Initiative praktisch geson-

dert sehen, ohne daran zu denken, daß sie nicht bloß auf die direkten Teilnehmer wirken, sondern auf die ganze Klassenbewegung.

Der Fordkampf

Eine Behauptung wie diese wollen wir gerade dadurch am besten belegen, indem wir den Höhepunkt und meistbesprochenen Streik dieser Kampfphase untersuchen, nämlich **die Besetzung des Ford-Werkes in Köln.**

Dieser Kampf steht mitten in den Kämpfen, die sich aus der multinationalen Arbeiterklasse heraus entwickeln, aber darüber hinaus lassen sich hierin alle anderen Kämpfe in ihrer fortgeschrittensten und deutlichsten politischen Bedeutung zusammenfassen. **Eine so weittragende und zugleich so homogene Reihe von Arbeiterforderungen stellt ein hohes politisches Ergebnis dar, und der Ford-Streik sticht in seinem Ablauf durch die Radikalität und Gewalttätigkeit hervor, die ihn auch diesbezüglich zu einem Höhepunkt machen.**

John Deere, Karmann, Hella, Pierburg, AEG, Besetzung der Opel/Böckum – ein Streik nach dem anderen konfrontiert sich mit allen Ebenen der kapitalistischen Initiative. Von den Lohnforderungen zum Kampf gegen den Arbeitsrhythmus und die Intensivierung der Arbeitshetze, über die Forderung nach sechs Wochen bezahltem Urlaub und nach Bezahlung der Tage „wilden“ Streiks bis zum Kampf um „Straflosigkeit“ für die Streikenden und Freiheit von Repressalien (und damit praktische Ablehnung der faschistischen Betriebsgesetzgebung).

Bei Ford finden alle diese Ziele in einem Forderungsprogramm ihre Einheit – es handelt sich da eigentlich schon mehr um den Ansatz zu einem politischen Programm; und dementsprechend wächst und radikalisiert sich der Kampf auch in einer Weise, die sehr klar zeigt, **daß es um politische Inhalte geht, daß es irgendwie um die Macht geht: die Besetzung der Fabrik beweist das.**

Die türkischen Arbeitsemigranten sind dabei die Hauptakteure; sie, auf die man seit 1966 gesetzt hat, um Arbeitsfrieden und zugleich immer höhere Produktivität in den Fabriken durchzusetzen, erweisen sich als die treibende Kraft in einem **Streik, der in vielen Aspekten mehr einem Aufstand gleicht.** Und zwar ein Aufstand mit einem ganz bestimmten Ziel: es geht um die Fabrik, ihre Fließbänder, ihre Fabrikhierarchie, ihre Spielregeln und die Hüter ihrer Spielregeln, Gewerkschaft mit einbegriffen.

Die Arbeiter nehmen sich die Fabrik, sie blockieren und verwenden sie zur Stärkung des eigenen Kampfs, um ihre Anliegen und die Linien zwischen Freund und Feind zu klären, zum Diskutieren, auch zum Tanzen

und Singen – um gemeinsam ihre Einheit und ihre Kraft, ihre Geschichte, ihre Identität als Arbeiter und als Emigranten zu erkennen. Die plötzliche Entwurzelung von der Landwirtschaft ans Fließband und die Fremdheit in der Auswanderung wird wieder voll eingebracht: die heimischen Organisationsformen aus den Dörfern und Städten, auch die Kulturtradition der türkischen Landgegenden wird so zum Werkzeug, aus dem die Arbeiter im Nu die technische Organisation ihres Kampfes – wie etwa Streikposten, Wachturnusse und Organisationsaufgaben – schaffen.

Der Ford-Kampf ist natürlich bis ins Mark von dieser türkischen Komponente gekennzeichnet und erhält hieraus seine so außerordentlich reichen und schöpferischen Aspekte: darin inbegriffen die Wut und Gewalt, mit der konkret die kapitalistische Macht über die Fabrik in Frage gestellt wird; oder wenn man daran denkt, wie die Arbeiter die Fabrik benutzen und sie als Produktionsstätte negieren: sie wird während der drei begeisternden Tage der Besetzung immer mehr als der Ort entdeckt, an dem die Arbeiter nicht arbeiten, sondern sich organisieren und politische Fortschritte machen; ja, sogar als Ort, an dem man sich vergnügen kann und der sich durch ein Arbeiterfest zweckentfremden und entheiligen läßt.

Natürlich hängt das alles eng damit zusammen, daß eine so kompakte Masse von mehr als 10 000 Türken am Kampf teilnimmt: eine so starke und überwiegende Mehrheit einer Nationalität kann mitreißen und macht natürlich auch die Kommunikation und manchmal auch das politische Verständnis gegenüber den Arbeitern anderer Nationalitäten schwierig, vor allem mit den Deutschen. Aber auch wenn diese „türkische“ Kennzeichnung des Streiks sicher offensichtlich ist, wäre es doch grob oberflächlich und schematisch, wenn man darin nicht zugleich die **Bedeutung für die Klasseneinheit und den Ausdruck multinationaler gemeinsamer Anliegen und Ziele** sehen würde. Die **Wiederzusammensetzung der Arbeiterklasse**, ihre Einheit, ihre Fähigkeit, die **Multinationalität der Arbeiterklasse** aus einer von den Kapitalisten aufgezwungenen Situation der Schichtung und Spaltung zu einem Werkzeug des Arbeiterkampfes zu machen und sich mit aller nötigen Gewalt über die Spaltungsmechanismen hinwegzusetzen: dies alles läßt sich nur prozeßhaft begreifen. Und es wäre abstrakt und infantil zu glauben, dieser Prozeß ließe sich im Augenblick verwirklichen und wie auf einem Teller schön zubereitet servieren. „Hilfe, die Türken!“ – wie die bürgerliche Presse kreischt; aber diese Türken kommen samt ihrer Fähigkeit, ein **Kampfprogramm** zum Ausdruck zu bringen, **das zutiefst multinationalen Charakter hat**. Der Inhalt und die Ziele dieses Kampfes können dieses konkrete und für alle Arbeiter überzeugende Programm am besten deutlich machen.

1. „Eine Mark für alle“ ist die präzise und konsequente Fortentwicklung der Lohnforderungen, wie sie seit 1969 den Arbeiterkampf prägen. Damit äußert sich der Kampfwille der Arbeitsemigranten voll

und ganz auch auf dieser Ebene, von der manche meinten, daß die Emigranten daran nicht genügend interessiert wären. Auf dieses Ziel setzen die Ford-Arbeiter während des ganzen Kampfes bewußt, um die Einheit zwischen allen Nationalitäten und besonders mit den Deutschen zu schaffen. Zugleich zeigt sich darin, daß der Ford-Streik imstande ist, alle die Bedürfnisse, die sich mehr oder weniger deutlich geäußert hatten und die durch die Gewerkschaftsspielchen mehr oder minder verzerrt worden waren, nun zusammenzufassen und auf der höchsten Ebene für die ganze Bewegung als Richtlinie vorzuschlagen, und zwar nicht bloß im quantitativen Sinn, sondern vor allem als politische Richtlinie. Völlige Gleichgültigkeit und Fremdheit gegenüber jeder Erpressung mit irgendwelchen Stabilitätsprogrammen kommt darin zum Ausdruck. Das Bedürfnis der Arbeiter ist die Basis der Forderungen, ohne jegliche Vermittlung mit „gesamtwirtschaftlichen Rücksichten“. Die Entschiedenheit in der Vertretung einer egalitären Forderung ist eine weitere Bestätigung für den politischen Charakter dieses Kampfes (und nicht zufällig wird dieses Kampfziel als einziges in den fabrikinernen Umzügen immer wieder auf deutsch gerufen).

2. **Kampf gegen die unerträgliche Arbeitshetze, gegen die Fabrikhierarchie.** Darin liegt der unmittelbare Zündstoff dieses Kampfes, der Anlaß zum Durchbruch des Aufstandes der Fließbandarbeiter. Die Arbeiterinitiative nimmt dieses Anliegen ohne viele Vermittlungen und Verhandlungen in die Hand, indem einmal vor allem die Arbeit eingestellt und gestreikt wird, und indem sich die Arbeiter der Fabrik bemächtigen und sie blockieren, so daß sie nicht mehr funktionieren kann. Die Blockierung und die politische Verwendung der „Halle Y“ als Mittelpunkt der Fabrik, ihre Umwandlung in „Hotel Y“ als Mittelpunkt der Arbeiterorganisation, als Bezugspunkt für den ganzen Kampf, wird zum Symbol dieses radikalen Aufstandes. Sowohl in den Zielen als auch in den konkreten Taten liegt darin ein Qualitätssprung, eine direkte Auseinandersetzung auf dem so entscheidenden Boden der kapitalistischen Arbeitsorganisation und ihrer Verweigerung: der Ford-Streik faßt praktisch alle früheren stückhaften Ansätze und Versuche in dieser Richtung zusammen und stellt diese Ebene als eine allgemeine, für die ganze multinationale Arbeiterklasse grundlegend wichtige hin.
3. **6 Wochen bezahlten Urlaub:** eine Forderung, die unmittelbar mit vorausgehenden Kämpfen zusammenhängt (Karmann usw.) und die aus dem Kampf gegen die 500 Entlassungen wegen verspäteter Rückkehr aus dem Urlaub entsteht. Diese beiden Forderungen nach

Urlaub und Wiedereinstellung der Entlassenen sind nicht nur nach ihrem unmittelbaren Gehalt – der keiner Erklärung bedarf – zu verstehen, sondern vor allem als klare Antwort auf den unerbittlichen Mechanismus der „Flexibilität des Arbeitsmarktes“ in Deutschland. Die Arbeitsemigranten, die 6 Wochen Urlaub fordern, wollen einen Grundsatz durchsetzen: nämlich die Weigerung, den unmenschlichen Preis dafür zu zahlen, daß sie auswandern mußten, um Arbeit zu finden – ja, die Weigerung überhaupt anzuerkennen, daß man unvermeidlich auswandern muß, wenn man arbeiten – das heißt überleben – will. „Sie wollen, daß wir nach Deutschland arbeiten gehen? Gut, dann sollen sie uns endlich wenigstens einen Teil der Kosten dafür zurückgeben – dafür daß wir alles das mitmachen, uns gewaltsam aus unserem affektiven und kulturellen Milieu entwurzeln lassen, mit all dem, was das für uns bedeutet. Arbeiter in der BRD ja, solange es keine Alternative gibt, aber nicht für immer. Eineinhalb Monate im Jahr bleiben wir zuhause und sind keine Emigranten mehr.“ Der Wille zur Rückkehr, der Wille, nicht mehr auswandern zu müssen, findet im Kampf der Arbeiter für diese Forderung einen konkreten Ausdruck: die Kapitalisten müssen die Kosten für die Emigration bezahlen! (Und es ist auch kein Zufall, daß diese Forderung von den deutschen Ford-Arbeitern am wenigsten begriffen wurde, da ihnen offensichtlich völlig fremd und unverständlich war, was Emigration heißt.)

4. **Bezahlung der Streikstunden und Garantie gegen Entlassungen als Repressalie:** auch diese Forderungen sind unmittelbar begreiflich und politisch deutlich, aber in der politischen Situation der BRD erhalten sie eine ganz besondere Bedeutung. Auf diese Weise stellen die Arbeiter in der richtigen und konkreten Weise ihre Forderung nach Freiheit der politischen Betätigung, Freiheit zu kämpfen. Damit stellen sie sich direkt gegen die Anti-Streikgesetzgebung, gegen die Vorschrift, daß Streiks nur dann legal sind, wenn sie von der Gewerkschaft getragen werden (und dann sind sie alles eher als Streiks). Und vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist das eine sehr richtige und nachhaltige Art, das Problem des Kampfes um demokratische Freiheiten aufzuwerfen, in einem Land, in dem die Macht in den Fabriken seit 50 und mehr Jahren ausschließlich durch Erpressung und Repression ausgeübt wird.

Diese Kampfziele bilden insgesamt, in der Situation, in der sie aufgestellt wurden und wegen der einschneidenden politischen Bedeutung, die ihnen zukommt, eine richtiggehende Plattform für die ganze Klassenbewegung;

eine Plattform, die man nicht umhin kann, als **umstürzend und autonom** zu bezeichnen. So ist es auch klar, daß die Führung dieses Kampfes solchen Inhalten entsprechen muß. **Für solche Ziele und solche Inhalte gibt es, in ihrer Gesamtheit, keinen Platz innerhalb der gewerkschaftlichen Führung, Linie und Organisation.** Daher kommt auch der andere große Schritt, der im Fordkampf klarer als sonst gemacht wurde. **Die Gewerkschaft wird als außenstehend und feindlich abgelehnt;** es wird ihr nicht einmal zugestanden, die Verhandlungen auf der ihr eigenen Ebene zu führen. Im Kampf selber stellt die Gewerkschaft nichts dar, sie erweist sich im Gegenteil immer deutlicher als Feind (bis zum offenen Bündnis mit der Werksleitung) und so wird ihr eben auch die Möglichkeit genommen, sich auf ihrem traditionellen Boden der Verhandlungen zu bewegen. Es kommt sogar so weit, daß die Verhandlungen zwischen Streikkomitee und Betriebsrat erst aufgenommen werden, als dieser als Garantie gegen Verrat drei Geiseln in die Hände der kämpfenden Arbeiter gibt!

Es ist also deutlich geworden, daß wir über diesen Kampf und die darin zum Ausdruck gekommene Fähigkeit, eine minimale Führungsstruktur durch die Streikleitung aufzubauen, **ein wesentlich positives Urteil** abgeben, sowie über die Fähigkeit dieser **Streikleitung**, die wichtigsten politischen Führungsaufgaben, die sich in diesem Kampf stellten, auch wahrzunehmen. Natürlich hat die Streikleitung auch Fehler begangen, aber sie hat doch bewiesen, daß sie die zentralen politischen Anliegen dieses Kampfes verstanden hat und, was noch wichtiger ist, daß sie die Massen (allerdings nur im Kampf) dementsprechend zu organisieren gewußt hat.

Es handelt sich also um einen **autonomen Arbeiterkampf, an der vordersten Front:** das ist unsere Einschätzung des Fordstreiks, in dem wir den **Höhepunkt einer Entwicklung** sehen, die von langer Hand vorbereitet und herangereift war, die aber dann in den Ereignissen vom August eine ganz neue politische Kompaktheit und Entwicklungsfähigkeit hervorgebracht hat. Diese Beurteilung wird weitgehend durch die folgenden Ereignisse bestätigt.

Denn die **Ebene der Klassenauseinandersetzung, die sich bei Ford ergeben hat, bestimmt von nun an die ganze Bewegung** und wirkt sich sogar auf die niederen Ebenen der gewerkschaftlichen Institution aus. „Eine Mark für alle“ wird praktisch zur Forderung aller Arbeiterversammlungen in der Vorbereitung der Tarifforderungen. Sogar der Ruf nach 6 Wochen Urlaub wird in verschiedenen Situationen aufgenommen und unterstützt. Und der Manteltarifvertrag in Baden-Württemberg zeigt, daß die Auseinandersetzung über die Arbeitsorganisation und der Kampf gegen die Produktion nun endgültig zu den Errungenschaften der Bewegung ge-

hören. Auch die Zwangsbindung an die Tarifvertragstermine, die durch den Fordkampf endgültig in Frage gestellt war, wird nun sogar von immer mehr Vertrauensleuten angegriffen, die zum Beispiel auf 6 Monate befristete Verträge fordern. Alle Regeln des unternehmerisch-gewerkschaftlichen Spiels sind in Krise. **Die Ebene des Zusammenstoßes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalismus, die durch den Fordkampf determiniert ist, erweist sich für diese Phase als die fortgeschrittenste: Verstärkung und Ausbreitung der Klassenautonomie für die ganze Bewegung kann von hier aus vorrücken. Deshalb weisen wir auch all jene Interpretationen zurück, die im Fordstreik eine Niederlage sehen.**

1. Denn der Fordstreik vermag durch Taten — wie gesehen — jene politischen Inhalte auszudrücken, die über die Widersprüche hinausgehen, in denen bis dahin die autonome Initiative und Kampfkraft befangen geblieben waren (siehe z. B. Hoesch-Streik).
2. Vom Fordstreik ausgehend kann der politische Kampf von einer höheren Ebene *innerhalb* der Klassenbewegung (nicht in den Köpfen der Genossen oder der revolutionären Gruppen und Organisationen) weitergehen; von der Ebene der Arbeiterautonomie.
3. Auch in der Bewertung des gewaltsamen Endes der Ford-Besetzung und des Streiks scheint es uns **hundertmal wichtiger hervorzuheben, daß der von mehreren Seiten vorangetriebene Versuch, die deutschen Arbeiter aktiv gegen die Arbeitsemigranten „einzusetzen“ und zu hetzen, schiefgegangen ist, anstatt traurig zu konstatieren, daß der bürgerliche Staat immer noch imstande ist, den Arbeiterkampf zu unterdrücken, und darüber zu weinen.** Die Tatsache, daß bei Ford der Staat die Initiative in Eigenregie übernehmen und offen herausrücken, ja sogar seine Bullen als Arbeiter verkleiden mußte, ist ungeheuer wichtig, weil sie zeigt, daß die Klassenspaltung unter den Arbeitern mißlungen ist.
4. Wir glauben, daß das Kräfteverhältnis und die Geschichte der Klassenbeziehungen in der BRD eine ungemein große und homogene **Fähigkeit des Staates entwickelt haben, zynisch und gewaltsam gegen die Arbeiter auch die härteste Repression einzusetzen.** Wenn nun diese Repression aktiv wird, dann ist das ein notwendiges Durchgangsstadium, mit dem sich die Bewegung unumgänglicherweise auseinandersetzen und konfrontieren muß, um darüber hinwegzukommen und auch auf dieser Ebene stark zu werden. Es geht deswegen nicht darum, die — übrigens vorauszusehende — Kraft des Staates, in dieser ersten Phase die Bewegung immer wieder vorübergehend aufzuhalten, großzuschreiben und aufzubauschen. Es ist dage-

gen viel wichtiger, die Größe und Vielfalt einer Bewegung zu sehen und zu betonen, die – wie bei Ford – den Mut und die Kraft findet, sich gegen dieses Repressionspotential zu wehren.

5. Außerdem ist bei Ford vielleicht zum ersten Mal, ein Jahr nach dem Olympiade-Massaker in München, ein großes rassistisches Manöver, das die Bourgeoisie auf die Ford-Ereignisse aufgebaut hatte, nicht gelungen. Die multinationale Arbeiterklasse hat faktisch die Bedeutung des Fordkampfes begriffen und sich zu eigen gemacht oder zumindest mit Zustimmung aufgenommen. Das zeigen die unmittelbar nachfolgenden Kämpfe. Das Problem der Nationalitätentrennung zwischen Türken und Deutschen mag bei Ford vielleicht existieren (aber **nach** der Repression, nicht vorher), aber dieses Problem muß **innerhalb** einer Bewegung gesehen und aufgegriffen werden, die täglich mehr zeigt, daß sie durch die Kämpfe imstande ist, auch jene Trennungen als praktisches Problem einzubringen und zu überwinden, die vielleicht in einzelnen Situationen noch andauern.

Bei Ford war es also keine Niederlage, sondern der Stillstand und die momentane Blockierung einer Kampfbewegung, die aber der Bewegung insgesamt soviel Kraft und politische Klarheit zu geben verstand, daß sie beispielgebend bleibt.

Der Manteltarifvertrag in Baden-Württemberg

Den „wilden Streiks“, dem „wilden“, unregelmäßigen Kampf einen nach allen Spielregeln geführten Streik entgegenzustellen – samt dem schönen Verhandlungsmenuett, wo einmal abgebrochen und dann wieder aufgenommen und schließlich, wenn's gar nicht anders geht, ein ritueller Streik abgewickelt wird –: das war die politische Verwendung, die die Gewerkschaft dem Wiederaufgreifen des „Manteltarifs“ zuschrieb. Aber der Inhalt dieser Verhandlungen zeugt von ganz anderen Sorgen und beweist, wie weit die Widersprüche geführt haben, die mit den Sommerstreiks ins Rollen gekommen sind. Es ist der **Versuch, das bisher allein von der autonomen Arbeiterinitiative behauptete Feld des Kampfes gegen die kapitalistische Organisation wieder auf den Boden der Verhandlungen und der gewerkschaftlichen Vermittlung zurückzuführen.**

Es wird wieder um den Akkord verhandelt, um die Pausen usw.: die Verhandlungen enden mit einem wesentlich „verbilligten“ Ausverkaufsabschluß, der aber immerhin einen Fortschritt bedeutet (obwohl wesentlich mehr möglich gewesen wäre – ganz zu schweigen von dem, was **nötig**

gewesen wäre) und der nach der Farce eines endlich „legalen“ Streiks erreicht wird, bei dem es ausschließlich darum geht, daß sich die Arbeiterbasis ihre Spannung irgendwie austobt, unter peinlichster Vermeidung jeder „Gefahr“ der Radikalisierung (während des ganzen Streiks z. B. keine Kundgebung oder dgl.). Für die Gewerkschaft ist es jetzt schwierig geworden, mit dem Feuer zu spielen, vor allem auf einem Terrain wie jenem der Arbeitsorganisation, auch weil **die durch die Kämpfe eröffneten Widersprüche bis in die Gewerkschaftsbasis Spannungen und Gegensätze hineinragen** (auf die die Gewerkschaft durch Repression und Ausschlüsse reagiert). Eine ähnliche Situation ergibt sich gegenüber den Ausländern, wo durch verstärkten Einsatz „integrierbarer“ ausländischer Gewerkschaftsfunktionäre versucht wird, den durch die Kämpfe besonders offen gewordenen Abstand zwischen Gewerkschaftspolitik und Anliegen der Arbeitsemigranten – in dem sich Gefahr zur Radikalisierung auch gegen die Gewerkschaft birgt – irgendwie aufzufüllen oder zumindest zu überdecken.

In Baden-Württemberg wird der Manteltarifvertrag der Metallarbeiter im wesentlichen akzeptiert: das zeigt einerseits, wie die Gewerkschaft auf ihre Art auf den Druck der Arbeiterkämpfe antworten und sie einholen will – vor allem als Antwort auf den Ford-Kampf, was z. B. sogar der italienischen revisionistischen Presse aufgefallen ist – und wie andererseits **der Spielraum und die Arbeiterbedürfnisse, die sich bei Ford eröffnet haben, noch wesentlich offen und ohne befriedigende Antwort bleiben.** Mangels einer Alternative kann sich die Kollaborationslösung der Gewerkschaft durchsetzen.

Die Kämpfe um die Teuerungszulage; Stahl- und Bergwerksarbeiter im Saarland; der Kampf bei Mannesmann

Nach dem Fordstreik und gleichzeitig mit den Verhandlungen um den Manteltarif **weitete sich die Bewegung um die Teuerungszulage weiter aus** (wobei wir hier nur die wichtigsten Etappen berühren).

Das ist der klarste Beweis dafür, daß die Tarifvertragsbindung als Schrittmesser für die Klassenbewegung, als Termin für die Verteidigung der Arbeiterbedürfnisse nicht mehr funktioniert. Im Gegenteil, je näher es dem Vertrag geht, desto mehr stärkt sich in den Arbeitern der Wille, mit einer möglichst starken und hohen Ausgangsbasis dahinzugelangen. Damit soll zugleich mehr Geld erreicht und durchgesetzt werden, daß der Lohn nicht von den Verträgen, sondern von den realen Arbeiterbedürfnissen abhängen muß. So werden die Tarifverträge zwar eine Gelegenheit – unter ande-

ren —, um Lohnerhöhungen zu kämpfen, und ganz bestimmt eine zentrale Gelegenheit, weil sie die Arbeiter vieler Fabriken vereinheitlicht und somit eine Ausweitung erlaubt. Aber wenn die Inflation und Teuerung zunimmt, muß auch der Lohn zunehmen: ein einfaches und klares Arbeiterprinzip, das — Stabilität oder nicht — immer mehr zum Gemeingut wird.

Schon bei den Septemberverhandlungen in Krefeld wird klar, wie schwer es für die Gewerkschaft und die Kapitalisten wird, eine Neuregelung der fälligen Tarifverhandlungen zu finden, bei der die Gewerkschaft nicht ständig überholt und aus dem Spiel gedrängt würde. Es braucht eine neue Strategie, um die Rollenverteilung unter den „Sozialpartnern“ neu zu regeln. Dabei sind die Widersprüche zwischen Unternehmern (die starr den Stabilitätsfrieden und die Vertragstermine verteidigen wollen) und Gewerkschaft (die irgendwie versuchen muß, der Spannung unter den Arbeitern einen kontrollierbaren Ausweg zu schaffen) gar nicht so unbedeutend, wie z. B. auch die Münchner Tagung über Aussperrungsrecht zeigt.

Sobald durch die Entscheidung, den Stahltarifvertrag vorzuverlegen, ein grundsätzliches Abkommen zwischen Gewerkschaft und Unternehmern erreicht ist, wird das Spiel wiederum durch den Arbeiterkampf über den Haufen geworfen. Zuerst **erzwingen die Stahlarbeiter aus dem Saargebiet mit klarer politischer Entscheidung die Fortzahlung der Teuerungszulage. Wenn die Kapitalisten die Arbeiter durch Teuerung angreifen wollen, wissen die Arbeiter darauf zu antworten, indem sie den gleichen Mechanismus auf die Kapitalisten zurückwerfen.**

Dann sind die Bergleute dran, und es ist wirklich bezeichnend, daß dieser so tiefgreifend von Rationalisierungen jeder Art betroffene Sektor der traditionellen deutschen Arbeiterklasse den Weg des autonomen Kampfes zu gehen weiß. Ein Vertrag, der erst seit drei Monaten in Kraft ist, wird von den kämpfenden Arbeitern öffentlich als wertloses Stück Papier bezeichnet, als „nix Komma null“. Und verlangt wird nicht nur die Teuerungszulage, sondern auch eine ordentliche Erhöhung des Monatslohns; damit wird klar gesagt, daß die einmaligen Zuwendungen schon gut gehen, aber nicht genügen und daß gleiche Lohnerhöhungen für alle jetzt ein allgemein anerkanntes Kampfziel darstellen (außer für die Gewerkschaft).

Und **die Mannesmann-Arbeiter** schließlich wagen die Herausforderung, selbständig für die Teuerungszulage genau zwei Tage vor Beginn der Verhandlungen um ihren Tarifvertrag zu streiken! Das Zusammentreffen ist so deutlich und läßt eine so klare politische Einschätzung der Funktion der Verträge durch die Streikenden erkennen, daß jeder Kommentar sich erübrigt.

Die Reaktion der Kapitalisten gegen die Saar-Bergleute und die Mannesmann-Arbeiter ist deshalb auch direkt proportional zur Radikalität dieser Kämpfe. Der „wilde“ Streik wird zum Hauptfeind der „Sozialpartner“ und manchmal ist es nicht leicht, zwischen den beiden zu unterscheiden, wer die Gewerkschaft und wer der Unternehmer ist (das gilt wegen spezifischer innerer Widersprüche bei Mannesmann nicht).

Der kurze Überblick über die wichtigsten Kämpfe nach dem Ford-Streik zeigt, wie unmittelbar wichtig heute die Verbindung zwischen verschiedenen Kampfsituationen ist, und wie sehr damit die allgemeinen politischen Aussichten der Bewegung zusammenhängen (die harte und gewaltsame staatlich gelenkte Repression der Streiks bei Ford, Rheinstahl und Philips müßte außerdem jedem klarmachen, wie sehr schon in dieser Phase der Bewegung die Rolle des Staates, der Regierung und damit, heute, der SPD direkt und unmittelbar auf die Klassenbeziehungen – bis auf Fabrikebene – hineinspielt und bestimmend ist). Wegen der „Krise“ ist die Diskussion um die Streikbewegung etwas abgeflaut. Um so wichtiger scheint es uns, eine gewisse Bilanz daraus zu ziehen und auf dieser Ebene auch die Diskussion über die Auseinandersetzung mit der „Krise“ anzugehen.

6. *Die Basis der Bewegung*

Der soziale Friede ist gebrochen

Die Kämpfe dieser Monate, durch so hohe Spontaneität und Radikalität gekennzeichnet haben einen **Massenpolitisierungsprozeß** in Gang gesetzt, gerade indem die Arbeiter nicht nur den ganzen **Repressionsapparat der Fabrik** gegen ihre Bedürfnisse und Kämpfe eingesetzt sahen, sondern gleichzeitig auch die **Regierung** und den Repressionsapparat des Staates. Die **sozialdemokratische Partei**, die eigentlich ihren „Regierungsauftrag“ vor allem von den Arbeiterstimmen erhalten hatte und die sich nicht mehr als Vertrauen einflößende, reformistische Kraft maskieren konnte, hat ihre Karten nun voll aufgedeckt.

Auf der anderen Seite **haben die Arbeiter ihre Kraft entdeckt**, ihre Fähigkeit, Mittelpunkt der Politik des Landes zu sein. In den Fabriken mit hohem Prozentsatz an Ausländern, **haben diese eingewanderten Arbeiter feststellen können, daß Kämpfen möglich ist und daß der Kampf siegreich sein kann**. Die deutschen Arbeiter konnten feststellen, daß es möglich ist, **gemeinsam mit den eingewanderten Arbeitern zu kämpfen**; daß die Arbeitsemigranten nicht nur keine Streikbrecher sind, sondern daß ihre Teil-

nahme eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Kämpfe ist. Die ausländischen Arbeiter, die vor allem in den Fabriken der Automobilindustrie in der ersten Reihe der Bewegung standen, haben begonnen, ihre Stärke auszudrücken, auch wenn in jenen Fabriken, wo sie am nachhaltigsten gekämpft haben, die deutsche Arbeiterklasse nicht immer voll mitgezogen hat. Sie haben so massenhaft und intensiv gekämpft, weil einerseits ihre materielle Lebensgrundlage sich ständig verschlechtert: wer sich heute durch Zweitarbeit und Überstunden kaputtmacht, kann sich doch nicht mehr genügend ersparen; andererseits hat sich in der Zeit nach den Wahlen die Atmosphäre in den Fabriken verändert, die Kampferfahrungen des Winters sind Gemeingut geworden und auch außerhalb der Fabriken hat die ständige Teuerung und die durch sie entstandene Spannung und der Protest gegen sie ein anderes Klima geschaffen.

Vor allem ist nun in **breitem und einschneidendem Ausmaß jener Sozialfrieden Deutschlands gebrochen**, der zugleich für das kapitalistische Europa vorbildlich schien und wie ein Bleigewicht auf den Kämpfen der Arbeiterklasse anderer Länder lastete. Dieser Wiederaufschwung der Arbeiterkämpfe in Deutschland – in einer Phase der Zuspitzung der internationalen kapitalistischen Widersprüche – ist um so höher zu werten, wenn man an die schwierige Tradition der deutschen Arbeiterklasse und an das ungeheuere arbeiterfeindliche Potential denkt, das die Bourgeoisie in Deutschland seit dem Wiederaufbau nach dem Krieg bis heute wiederum aufgerüstet hat: wenn dieses Repressionspotential (von den Gesetzen bis zur bewaffneten Staatsmacht, dem Werkschutz bis zur Klassenspaltung usw.) bisher vorwiegend präventiv gegen den Klassenkampf funktioniert und sich hierin bestens „bewährt“ hat, muß es nun in Konfliktsituationen offen und massenhaft eingesetzt werden.

An dieser Wirklichkeit muß sich heute die Arbeiterautonomie in Deutschland messen; in **diesem ökonomisch-politisch-ideologisch-militärischen Gerüst hat die Bewegung von 1973 einen großen Riß aufgetan**, sie ist **entschieden aus seinen Spielregeln und seiner Logik ausgebrochen** – auch wo diese Logik sich in ihrer sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Version äußerte.

Die Hauptakteure der Kämpfe

Wir haben von deutschen und eingewanderten Arbeitern gesprochen: damit wollen wir nicht ungebührlich vereinfachen oder verallgemeinern, und wir übersehen auch nicht, daß sich zahlenmäßig nur ein Teil der gesamten

multinationalen Arbeiterklasse der BRD in den letzten Monaten politisch geäußert hat: aber wir glauben, daß **die Arbeiter, die an diesen Kämpfen teilgenommen haben, heute die Massenavantgarde einer viel weiteren Bewegung darstellen**, die sich — angefangen von den nun anstehenden Tarifverträgen — auf immer breitere Arbeiterschichten erstrecken wird (natürlich nicht immer in denselben Formen; es ist noch von den Auswirkungen der Krise zu sprechen). Schematisch vereinfacht aber glauben wir, daß man über **die politisch relevanten Komponenten der multinationalen Arbeiterklasse**, die angefangen haben, politisch neue Inhalte auszudrücken, folgendes sagen kann:

Die deutschen Arbeiter mit Kampf- und Organisationstradition, die in diesen Kämpfen aktiv geworden sind, haben den Anstoß zum Handeln und ihren neuen Spielraum dann gefunden, als **der Widerspruch zwischen Arbeiterbedürfnissen und Gewerkschaftslinie zu groß** geworden ist. Der gewerkschaftliche Ausverkauf beim Abschluß des Metallarbeitertarifvertrags war für diese Komponente der Arbeiterklasse der Anlaß, sich „freizumachen“: von der Grundsatzauseinandersetzung mit der Gewerkschaftsleitung (wie bei Hoesch) bis zum klaren Bewußtsein, die eigenen Klasseninteressen nicht den Stabilitätsplänen von Regierung und Kapitalisten unterordnen zu wollen und jedenfalls gegenüber den eigenen Errungenschaften (besonders in Bezug auf Lohn) nicht mehr zurückzuweichen.

Innerhalb dieses Teils der Arbeiterklasse spielen die Vertrauensleute eine wichtige und zugleich widersprüchliche Rolle und überhaupt jener **linke Arbeiterflügel**, der den Zusammenstoß mit der Gewerkschaftshierarchie bejaht und auch provoziert, ohne jedoch eine radikale Alternative aufzuweisen: erreicht werden soll damit eine Stärkung der Linken innerhalb der Gewerkschaft und die Ausschaltung jener Gewerkschaftsführer und -funktionäre, die am meisten zum Kapital halten. **Dieser linke Arbeiterflügel** (wir sprechen nicht von einer Gewerkschaftslinken, weil es sich hierbei nur selten um Funktionsträger höherer Ebenen in der Gewerkschaft handelt; die Widersprüche äußern sich alle an der Basis und es gibt in Deutschland keine vertikale Spaltung in der Gewerkschaft) **besteht nicht nur aus Vertrauensleuten** — die aber immerhin den Hauptteil darstellen — sondern auch aus anderen politisierten Arbeitern, manchmal auch aus Mitgliedern gewerkschaftsoppositioneller Gruppen.

Dieser linke Arbeiterflügel sieht noch den Vertrauensleute-Körper als Mittelpunkt seiner Kämpfe, manchmal sogar den Betriebsrat, und **gibt deshalb diesen Strukturen gegenüber den Arbeitermassen den Vorrang**; die Arbeiter direkt werden von solchen „linken Arbeitern“ mehr als Hilfstruppen in diesen gewerkschaftsinternen Kämpfen gesehen und daraufhin mo-

bilisiert. **Aber sie müssen immer mehr mit den Arbeiterzielen und -Anliegen rechnen** – und manchmal auch mit Organisationsansätzen –, **die weit über diesen Rahmen hinausgehen**. Dieser linke Arbeiterflügel war immerhin imstande, die Forderung nach **linearen Erhöhungen** voranzutreiben, was das Ende jener korporativen Ideologie bedeutet, die in der deutschen Arbeiterklasse so tief Fuß gefaßt hat.

Die Einstellung dieses linken Arbeiterflügels gegenüber den ausländischen Arbeitern wird manchmal vom Unverständnis gegenüber deren Problematik und deren Kampfformen geprägt, manchmal auch von einer gewissen Verachtung („sie sind unreif und unorganisiert“), andererseits aber erkennt man die wesentliche Wichtigkeit ihrer Beteiligung für das Gelingen der Kämpfe an.

Bisher hat sich diese Komponente der Arbeiterklasse vor allem in Fabriken geäußert, in denen die Arbeitsorganisation parzelliert ist, die Ausländer entschieden in der Minderheit und in viele Nationalitäten getrennt sind, wo die Kommunikationsstrukturen zwischen den Abteilungen so schlecht sind, daß die Rolle der Vertrauensleute in jedem Fall, positiv und negativ, zentral wird. Die Basis dieses linken Arbeiterflügels besteht aus **deutschen Arbeitern mit einem Überrest an Berufsqualifizierung** und dementsprechender Arbeitsleistung, wie sie sich vor allem in der Stahlindustrie und im Ruhrgebiet finden (z. T. ehemalige Bergleute). Bei Hoesch hat z. B. dieser linke Arbeiterflügel den Kampf geführt – und unterdrückt; ausgegangen war der Streik aber von einer dequalifizierten Abteilung, wo es diese Art „linker deutscher Arbeiter (oder gar Facharbeiter) praktisch nicht gab. Ein anderes Beispiel für diesen linken Arbeiterflügel kann man bei Mannesmann finden, wo das Bewußtsein der eigenen Unersetzlichkeit im Produktionsprozeß genau die stärkste Waffe jener Arbeiter war, die das Walzwerk besetzten.

Die Diskussion unter diesen Arbeitern spiegelt die **Krise der sozialdemokratischen Ideologie** wider und das **Suchen nach allgemeinen politischen Bezugspunkten**; das Bedürfnis nach politischer Organisation ist hoch; einige dieser Arbeiter finden sich in Parteien oder Gruppen der organisierten Linken außerhalb der im Parlament vertretenen Kräfte.

Die ausländischen Arbeiter: Über die Charakteristiken dieser Komponente der Arbeiterklasse haben wir schon einiges gesagt und vieles ist jedem Genossen bereits bekannt. Die Ausländer, die bisher aktiv geworden und sich als Avantgarde ihrer Fabrik und der ganzen Klassenbewegung erwiesen haben, sind eben jene **dequalifizierten Arbeiter vom Fließband** (vor allem in der Automobilindustrie), **besonders in Fabriken mit hoher Ausländerkonzentration** (z. B. bei Hella oder Ford, mehr als 50 %) und

vorzugsweise dort, wo *eine* Nationalität mehrheitlich vorherrscht und damit auch leichter imstande ist, die anderen an sich zu binden. Die **Lohnforderungen**, die im Mittelpunkt dieser Kämpfe standen, entstehen als eine **Konkretisierung einer viel weiter reichenden Rebellion gegen die eigene Lage** der Unterordnung und Diskriminierung, gegen die eigene Emigrantensituation.

Diese Arbeiter vereinigen daher auch **mit den Lohnforderungen andere Ziele** (z. B. Urlaub), und zugleich ist ihr Lohnkampf der Kampf darum, daß den vielen Opfern der Emigration dann wenigstens auch ein entsprechender Vorteil folgt, den aber gerade die Teuerung in der BRD und in den Herkunftsländern trotz günstiger Wechselkurse immer mehr aufzufressen droht.

Politisch bedeutsam scheint uns an der Beteiligung der Ausländer an den Kämpfen vor allem **die politische Ablehnung der Emigration, des Prinzips von der „Flexibilität des Arbeitsmarktes“** — das ja ganz in den Händen der Kapitalisten liegt! —, innerhalb dessen der Arbeitsemigrant einfach eine kleine Variante darstellt, die in allem und jedem den Erfordernissen des Systems zu entsprechen hat: wir haben gesehen, wie vor allem der Fordkampf einen frontalen Angriff auf diese „Verwendung“ zum Ausdruck bringt.

Die Frauen: Innerhalb dessen, was wir den „Aufstand“ der Ausländer nennen können, haben **die ausländischen Frauen eine ganz besondere Rolle** gespielt: sie waren nicht nur unter den Avantgarden der einzelnen Streiks, sondern stellen heute **objektiv die Avantgarde des ganzen Frauenproletariats in der BRD** dar, wo die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen noch so bedeutend sind. Der Kampf gegen die Lohndiskriminierung und um die Abschaffung der niedrigsten Lohngruppen (in denen sich vor allem die ausländischen Frauen zum Großteil befinden) zeigt, daß **die Frauen** — etwa ein Drittel der gesamten Arbeiterklasse der BRD — sich immer weniger als **Bremse und Trennungsfaktor in den Lohnkämpfen der ganzen Arbeiterklasse** ausspielen lassen.

Massenavantgarden der Bewegung

Wir haben also gesagt, daß wir die Arbeiter, die an dieser Phase der Streikbewegung beteiligt waren, als **Massenavantgarde der Klassenbewegung insgesamt** ansehen, aber unter ihnen lassen sich bereits präzise **Arbeitergruppierungen** ausmachen, die die Führung der Kämpfe, wenn auch noch oft in primitiver und nur ansatzweise organisierter Form, innehatten. Es handelt

sich noch nicht um konsolidierte oder klar gefügte Organisationsstrukturen, und es ist auch – soweit wir wissen – noch keine allgemeine Erscheinung, obwohl wir vermuten, daß die Bewegung diesbezüglich immerhin mehr ausgedrückt hat, als man gemeinhin weiß und annimmt. In den Fabriken, die sich durch das Vorherrschen der Massenarbeiter der Fließbänder – vor allem in der Automobilindustrie – und einen hohen Prozentsatz von Ausländern kennzeichnen, haben in vielen Situationen die aktivsten und am stärksten politisierten Arbeiter spontan **Arbeiterkomitees** gebildet, die unmittelbar zum Zweck der Vorbereitung und Führung eines Kampfes dienten und in denen z. B. das Problem der Beziehung zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern oder des Verhältnisses zu den organisierten Strukturen der deutschen Arbeiter (Vertrauensleute, Betriebsrat, manchmal auch politische Gruppen) durchaus auf der Tagesordnung steht und damit also zentrale Fragen des Arbeiterkampfes in Deutschland heute gesehen und angegangen werden. In den Fabriken, in denen hingegen die deutschen Arbeiter mit einer bestimmten Kampftradition überwiegen, sind es eher linke Vertrauensleute oder jedenfalls Arbeiter mit langjähriger politischer Erfahrung, die sich das Problem der Organisation und der politischen Führung der Kämpfe und der Bewegung überhaupt stellen. Dabei kann es leichter vorkommen, daß diese Arbeiter – sei es mangels anderer Bezugspunkte, sei es aus einer „traditionellen“ (d. h. dieser politischen Erfahrung innewohnenden) Unterbewertung der Massen heraus – in der Gewerkschaft und in den Strukturen der Vertrauensleute den bevorzugten Ort für ihre Auseinandersetzung sehen.

7. Zur Diskussion über die politischen Aufgaben in der Klassenbewegung

Wenn man aus der Einschätzung der Arbeiterkämpfe von 1973 politische Richtlinien ableiten will – und dazu soll ja dieser Diskussionsvorschlag ein Ansatz sein – dann genügt es nicht einfach festzustellen, daß die Arbeiterbewegung zugenommen hat, daß sie sich von der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Vermittlung emanzipiert hat, daß sie die Kampfkraft eines multinationalen Proletariats zum Ausdruck gebracht hat. Aber es wäre auch falsch, diesen Kampfzyklus als irgendeine beliebige Etappe anzusehen: wenn es zweifellos zutrifft, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland nicht 1973 entstanden ist, so hat sie doch in diesen Kämpfen eine neue Qualität, neue und entscheidende Inhalte ausgedrückt. 1973 hat sich in Deutschland die Arbeiterautonomie in einer Art und Breite ge-

äußert, die es bisher in der BRD nicht gegeben hat und die die deutsche Arbeiterbewegung an die fortgeschrittensten Tendenzen und Inhalte des Klassenkampfes in Europa anschließen. Diese Neuheit muß voll erfaßt werden und wirkt sich für die Zukunft des Klassenkampfes des europäischen Proletariats entscheidend aus.

Die Krise

Heute jedoch sieht sich die Bewegung einem **Klassenfeind** gegenüber, der ebenfalls - auf internationaler Ebene - einen qualitativen Sprung grundlegender Bedeutung vollzogen oder jedenfalls in Gang gesetzt hat: die Krise und die Art, wie die Kapitalisten sie ausspielen, verlegt heute den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapital auf eine neue und fortgeschrittenere Ebene, die bestimmt auch für den Klassenkampf schwieriger und anspruchsvoller ist. Innerhalb der Widersprüche im Kapitalismus, die noch zunehmen werden und von denen bereits die Rede war, spielt sich heute wohl der **organischste Versuch** ab, auf die **Arbeiterautonomie zu antworten und sie zu brechen**, und zugleich die innerkapitalistischen Widersprüche zu überwinden. Mehr denn je entzieht sich damit dem Reformismus - sowohl in seiner eindeutig kapitalistischen Ausgabe als auch in der Version der sozialdemokratischen und revisionistischen Arbeiterbewegung - **der Boden unter den Füßen**: der Spielraum für jene Zugeständnisse, welche die Arbeiterklasse mit den Erfordernissen der kapitalistischen Entwicklung versöhnen und sie dazu bringen sollten, auf ihr grundlegendstes politisches Interesse - nämlich das an der proletarischen Revolution - zu verzichten, wird immer kleiner und verschwindet praktisch zur Gänze.

Die Krise setzt an die Stelle der Versuche zur friedlichen und teilweise kompensierten Integration der Arbeiterklasse einen schweren und vielseitigen Angriff gegen die Arbeiterklasse, dessen quantitative und qualitative Aspekte noch nicht ganz abzusehen sind, aber von dem man jedenfalls jetzt schon sagen kann, daß er von enormer Tragweite ist. Die Maßnahmen der verschiedenen Regierungen, allen voran der **Ausländerstopp** und dahinter praktisch ein nicht offen erklärter **Einstellungsstopp** auch gegenüber der einheimischen Arbeiterklasse, lassen sehr wohl erkennen, welche Folgen die Krise in der Absicht der Bourgeoisie und ihrer staatlichen Geschäftsführer haben soll; während noch nicht in allem klar ist, welche Kapitalisten selbst von der Krise getroffen und welche dadurch gefördert werden, ist jedenfalls schon klar, daß die Krise unmittelbar und vor allem gegen die Proletarier ausgespielt werden soll. Die „Rezession“, diese unge-

heute Kombination zwischen Lohnraub (Inflation) und Arbeitslosigkeit (Deflation usw.), mit ihren Folgen von Kurzarbeit, Entlassungsdrohung, u. U. – für Ausländer – Abschiebung nach Hause – alles das möchte die Bourgeoisie verwenden, um eine kapitalistische Entwicklung wieder in Gang zu setzen, die in diesen Jahren durch den Klassenkampf und ihre eigenen Widersprüche schwer angeschlagen wurde.

Die Auswirkungen, die diesmal durch die Krise in Bezug auf die Schwächung oder gar Ausschaltung der Kampfkraft der Arbeiter und ihrer materiellen Lebensgrundlagen und bezüglich ihrer Neuzusammensetzung (auch durch Proletarisierung neuer Schichten) erzielt werden sollen und die auch einen entsprechenden technologischen Sprung miteinbeziehen, gehen weit über jene von 1966/67 hinaus. Zugleich soll die **Verschleierungskampagne**, durch die die Krise zu einem Anlaß nationalen Notstands und klassenverbindender Solidarität gemacht werden soll, den Proletariern Sand in die Augen streuen, damit sie all diese Auswirkungen und die Teuerung, die Verstärkung und den Ausbau der Staatsgewalt, die gewaltsame Umstrukturierung des „Arbeitsmarktes“ nicht sehen und sich – in allen betroffenen Ländern – zu einem allgemeinen Stillhalteabkommen bewegen lassen.

Die Kapitalisten in der BRD setzen sehr stark auf diese Auswirkungen, um jene Macht zu zerstören, die in den Kämpfen von 1973 gewachsen ist und um *das* wieder zu **spalten, was die Kampfbewegung vereinigt hatte** (Deutsche und Ausländer, männliches und weibliches Proletariat, große und kleine Betriebe usw.): die Arbeiterklasse soll nicht nur geschwächt, sondern möglichst in die Defensive gedrängt werden. Die chauvinistischen Tendenzen, die schon da und dort in der offiziellen Arbeiterbewegung auftauchen und sich wohl in der nächsten Zeit noch verstärken werden, gehen Hand in Hand mit dem Angriff der Kapitalisten.

Insgesamt ist es also klar, daß es angesichts der Krise mehr denn je darum geht, im Klassenkampf die Machtverhältnisse und die Strategie **global zu sehen**: nicht Betrieb für Betrieb und auch nicht bloß auf ein Land beschränkt, sondern immer mehr auch auf europäischer Ebene, wenn es gelingen soll, die Krise nicht einseitig zu einem Machtinstrument der Kapitalisten zu machen, sondern daraus ein Terrain zu einer neuen Stufe der Klassenauseinandersetzung zu machen. Daher auch die Wichtigkeit von gemeinsamen und vereinheitlichenden Kampfzielen der Proletarier aller Länder, die von der Krise betroffen sind.

Vor allem aber erfordert die Krise mehr denn je **gesamtheitliches und politisches Kampfverhalten**: die Arbeiterklasse steht heute auf einem Boden, der sich von den „normalen“ Voraussetzungen des Klassenkampfes

teilweise unterscheidet; der Klassenfeind geht heute mehr denn je über den einzelnen Kapitalisten und Unternehmer hinaus und darauf müssen sich die Kämpfe in ihren Zielen und Kampfformen einstellen; noch mehr als der subjektive Wille der Hauptträger oder Avantgarden ist es **die objektive Lage, die heute den Arbeiterkampf so stark „politisiert“**: diese objektive Voraussetzung gilt es zu erfassen und daraus eine bewußte politische Entscheidung zu machen.

Das bedeutet u. E., daß es heute höchst dringend ist – und die diesbezügliche Debatte ist noch sehr offen – ein **proletarisches Programm auszumachen, d. h. die einheitliche Definierung von Bedürfnissen und Zielen, auf dessen Grundlage die Vereinheitlichung des Proletariats möglich ist**. Nicht ein abstraktes Programm, sondern die Gesamtheit jener Ziele, die heute die aus den Kämpfen hervorgegangenen Bedürfnisse zum Ausdruck bringen und die zugleich über den unmittelbaren Augenblick hinausgehen, ohne jedoch schon das Programm für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu sein. Ein Programm, das fähig sein muß, im Bewußtsein der Proletarier die Richtlinien für diese Phase des Kampfes zu geben, in der es das Kapital mit einer Arbeiterklasse zu tun hat, die sich der kapitalistischen Entwicklung und ihrer Logik verweigert (bzw. damit unvereinbare Forderungen stellt) und wo gerade die kapitalistische Verwendung der Krise nach den Absichten des Kapitals diese für den Kapitalismus tödliche Krankheit ausrotten sollte.

In diesem Sinne glauben wir, daß es heute vor allem darum geht, in der Arbeiterbewegung **bestimmten politischen Inhalten Eingang zu verschaffen und nicht organisatorische Ersatzentscheidungen an die erste Stelle zu setzen**; nur um diese Inhalte herum kann sich eine feste und stabile Klassenavantgarde bilden; nach unserem Dafürhalten ist die Partei als Ausdruck eines Programms, eines proletarischen Programms aufzubauen, und wir behaupten, daß sich die Inhalte dieses Programms nur ausmachen lassen, wenn die **Arbeiterbedürfnisse** – von den materiellen zu den politischen – in den Mittelpunkt gestellt werden, wie sie die Arbeiterautonomie nach und nach herausentwickelt und zum Ausdruck gebracht hat.

Die Arbeiterautonomie

Was ist also heute, in dieser Phase des revolutionären Prozesses, **die Arbeiterautonomie**, was kennzeichnet sie entscheidend? Vor allem die ausdrückliche und radikale **Ablehnung der Lohnarbeit** und der ganzen Gesetzlichkeit, die dahinter steht. Die **Fremdheit der Arbeiter gegenüber der**

kapitalistisch ausgebeuteten Lohnarbeit wird bewußt und programmatisch zum politischen Anliegen. Die Schädigung der Produktion; die Abschaffung der materiellen Anreize, durch die die Arbeiter an der Steigerung der Produktivität mitbeteiligt werden sollen (siehe in der BRD sogar die Erfindung der „Vermögensbildung“!); die Ablehnung der ökonomischen und arbeitsrechtlichen Spaltungen unter den Arbeitern; die Ablehnung schädlicher Arbeitsrhythmen, -bedingungen, -zeiten und -schichten usw. — diese Inhalte haben heute auch in Westdeutschland in vielen und wichtigen Fabriken Verbreitung gefunden. In den fortgeschrittensten Kämpfen, die die Streikwelle 1973 geprägt haben, sind diese Inhalte zu aktiven Forderungen und zur aktiven Praxis der Arbeiter geworden.

Man kann da nicht mehr zwischen der Fähigkeit des Arbeiterkampfes, die wirtschaftlichen Grundlagen des Systems zu schädigen und zu untergraben und den kapitalistischen Entwicklungsmechanismus zu durchbrechen einerseits und dem Bewußtseinsprozeß andererseits unterscheiden, der sich dadurch in den Massen entwickelt und zur Erkenntnis führt, daß es notwendig ist, die kapitalistische Herrschaft umzustößen und den Kommunismus aufzubauen: nur wer die Realität des Klassenkampfes heute übergeht, kann an einer solchen Trennung festhalten.

So läßt sich der Klassenkampf nicht mehr innerhalb der Spielregeln der kapitalistischen Entwicklung als Anreiz zu neuen Fortschritten ausnützen, sondern wird vielmehr zum unüberwindlichen Hindernis für diese Entwicklung selbst. Der Mechanismus der kapitalistischen Akkumulation gerät ins Stocken und mit ihm die Pläne des Kapitals, dessen einziges oder jedenfalls zentrales Problem immer mehr das eine wird: auf die Arbeiteroffensive eine Antwort zu finden und sie zurückzudrängen. So hören die Kapitalisten auf, ihr Verhalten autonom zu planen, weil die Arbeiterklasse ihnen ihre autonome Initiative aufzwingt.

Die autonomen Arbeiter

Die Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses hat bekanntlich zu einer neuen Zusammensetzung und neuen Existenzbedingungen der Arbeiterklasse geführt: große Massenfabriken, weitgehend dequalifizierte Arbeiter ohne Bindung an einen bestimmten „Beruf“, Konzentration der Produktion in Metropolen und damit hohe Mobilität der Arbeiterklasse (massenhafte Verlagerungen von einem Ort zum anderen, von einem Produktionszweig zum anderen usw.): all das gibt der Arbeiterklasse insgesamt ein neues Gesicht, auch in jenen Schichten, die noch nicht direkt davon

erfaßt sind. Diese „**Massenarbeiter**“, auf die sich die kapitalistische Entwicklung dieser Jahre am meisten stützte und die ebenfalls deren schwerwiegendste Auswirkungen am meisten zu spüren bekommen (Bandarbeit, Arbeitsrhythmen, Niedriglohn, Gesundheitsschädlichkeit, massakrierende und rein mechanisch wiederholende Arbeit, soziale Entwurzelung usw.), leben und produzieren in einem Zustand der **totalen und radikalen Enteignung** auf allen Ebenen, sowohl in den Fabriken als außerhalb; **die Entfremdung gegenüber der geleisteten Arbeit ist total** (zum Unterschied von vielen qualifizierten Arbeitern, die sich noch irgendwie mit ihrer Arbeit identifizieren mögen); jede etwa schöpferische Initiative dieser Arbeiter wird notwendig ausgeschlossen oder unterdrückt; die Ausbeutung, der sie unterworfen sind, läßt sich nicht einmal verschleiern und es gibt auch keine Aussichten auf gesellschaftlichen Aufstieg, die sie vielleicht spalten und irgendwie wieder einbringen könnten. **Diese Arbeiter**, die häufig außerhalb jeder individuellen oder kollektiven Arbeitertradition stehen, **sind das radikalste und brutalste Ergebnis des Kapitalismus heute und zugleich** – wie immer in der Geschichte der Ausbeuter und Ausgebeuteten – **seine ärgsten Feinde**: ihre Bedürfnisse sind denen der Kapitalisten so radikal entgegengesetzt, **daß diese Arbeiter heute objektiv im Brennpunkt des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital stehen**; und tatsächlich finden wir diese Arbeiter an der Spitze der wichtigsten Arbeiterkämpfe der letzten Jahre in Europa.

Sie haben kämpfen gelernt, um jene Mechanismen zu zerstören, die die Kapitalisten anwenden, um sie zu trennen und zu kontrollieren; sie haben jenseits jedes Einzelziels eine neue Qualität des Klassenkampfs zum Ausdruck gebracht: Kampf gegen die Fabrikhierarchie und die Produktionsdisziplin; gegen die Meister und leitenden Funktionäre und deren Kontrolle über die Produktion und Macht über die Arbeiter; Kampf gegen die Produktion und ihre Gesetzlichkeit, nämlich die Weigerung, ein Teil der Maschinerie zu sein, die für den Kapitalisten produziert; Wiederbelebung der Arbeitersolidarität in hundert Formen, von den fabrikinernen Umzügen und Versammlungen bis zu den verschiedensten Schachbréttstreiks und ähnlichen, die eine solidarische Arbeiterdisziplin voraussetzen; Kampf gegen alle Formen von Abwiegung und Vermittlung – in diesen und zahllosen anderen Kämpfen entdecken die Arbeiter, daß sich die Macht der Kapitalisten im Grunde auf ihre Zustimmung stützt; darauf, daß die Arbeiter aus Angst, aus Unwissenheit oder Interesselosigkeit bisher etwas als normal und notwendig akzeptiert haben, was zu zerstören sie **hingegen fähig und stark genug sind**. Das ist eine wichtige und bleibende Errungenschaft, die die Kampfkraft der Arbeiter trotz und jenseits jeder einzelnen Niederlage, die es im Kampf zwischen Proletariern und Kapitali-

sten geben kann, stärkt und vorantreibt. Denn Egalitarismus, Kampf gegen Kategorien und Lohnstufen, gegen Anreize und Prämien und dgl. mehr greifen den Ausbeutungsmechanismus in seinem Herzen an.

Arbeiterautonomie heißt also, die Interessen der Arbeiterklasse als denen der Kapitalisten radikal entgegengesetzt, nicht bloß verschieden, zu begreifen; als antagonistisch und unversöhnlich; das bedeutet, sich nicht um die Bedürfnisse der kapitalistischen Produktion zu kümmern („Das geht die Bosse an, nicht uns!“) und dagegen anzukämpfen, da sie sich dem proletarischen Bedürfnis nach kollektiver Befreiung, nach Einheit, nach Kommunismus entgegenstellen; das bedeutet, die eigene strategische Linie nicht darin zu suchen, daß die Ausbeutung annehmbarer und weniger schmerzhaft gemacht wird, sondern abgelehnt und bekämpft wird, da die Interessen der Kapitalisten als fremd und feindlich erkannt werden. Es heißt, zugleich mit der Ausbeutung auch den ganzen Überbau abzulehnen, den die Ausbeuterklasse dem Proletariat aufzwingt, von ihrem Staat zu ihren Gesetzen, von ihren Werten bis zu ihrer Art, das Leben der Proletarier zu organisieren. Arbeiterautonomie heißt im besonderen auch, jene Denkweise zurückzuweisen, die von der herrschenden Klasse auferlegt wird und die auf die verschiedenste Art die Ausgebeuteten mit der Ausbeutung und den Ausbeutern zu versöhnen sucht: nämlich jede klassenversöhnlerische Ideologie, wie immer sie auch auftreten mag.

Arbeiterautonomie gegen Revisionismus

Auch die **Ablehnung des Revisionismus ist nicht vor allem oder nur ein theoretisches Problem**, etwa der dogmatisch-doktrinären Abgrenzung oder irgendwelcher Reinheit der Lehre, sondern muß auf ihre materielle Wurzel zurückgeführt werden.

Jenseits der unzähligen Definitionen des Revisionismus wollen wir sein eigentliches Wesen zentral erfassen: **die revisionistische Ideologie heißt, im Grunde, die Produktionsrationalität des Kapitalismus zu akzeptieren**, sie absolut zu setzen und damit als unabänderlich anzusehen; nicht also darin ein historisch bestimmtes Element und Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise als einer geschichtlich gewordenen und somit auch vorübergehenden zu sehen. Diese Rationalität der kapitalistischen Produktion zu akzeptieren und absolut zu setzen, steht an der Basis jeder revisionistischen Einstellung und Linie, auch was die allgemeinere Art betrifft, die Gesellschaft, den Staat, die Kultur usw. zu verstehen. Im Grunde heißt das nichts anderes, als die gesellschaftliche Teilung der Arbeit im wesentli-

chen zu akzeptieren, so wie sie der Kapitalismus auferlegt, und damit auch die Klassentrennung und den ganzen Überbau, der sich darauf stützt. Der Revisionismus akzeptiert die Ungleichheit als absolute Notwendigkeit für die produktive Entwicklung und macht daraus ein Prinzip, das auch über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinaus dazu erhoben wird, so als wäre es neutral. In diesem Sinn sind die neuen Inhalte, die Werte, die im Kampf für den Kommunismus entwickelt werden, die direkte Negation der Ideale und der Werte der revisionistischen Konzeption; und es sind nicht Werte, die aus einer abstrakten Vorstellung der idealen Zukunftsgesellschaft entworfen werden, sondern – gerade entgegengesetzt dem, was der Revisionismus tut – jene Werte, die die Arbeiterklasse durch ihren Kampf zum Ausdruck bringt, durch ihre Opposition zur kapitalistische Produktionsweise: **diese Werte begründen das Klassenbewußtsein.**

Klassenbewußtsein geht also nicht vom Egalitarismus als von einem kommunistischen Prinzip aus, das in den Arbeiterkampf hineingetragen werden muß, sondern vom Egalitarismus als deutlichem und präzisiertem Inhalt des Arbeiterkampfes gegen die kapitalistische Produktionsweise. Die Ablehnung der Arbeitsteilung, die Ablehnung der gesellschaftlichen Hierarchie, die Ablehnung des Autoritarismus, der Grundsatz des Egalitarismus stellen den Kern- und Angelpunkt des Klassenbewußtseins, der Klassenautonomie dar, gerade insofern sie nicht aus einem idealen und utopischen Projekt entstehen, sondern aus der konkreten Realität des Kampfes zwischen Arbeiterklasse und kapitalistischer Produktionsweise.

Während die gesellschaftliche, materielle Basis der revisionistischen Ideologie eine Arbeiterklasse mit einer bestimmten beruflichen Qualifikation, einer bestimmten Beziehung zur Produktion und zum Produktionsverhältnis, einem bestimmten Produktionsbewußtsein (Arbeiter als Produzent, usw.) war und ist, setzt sich die „neue“ Arbeiterklasse, die sich aus der kapitalistischen Entwicklung und den Arbeiterkämpfen der 60er Jahre abzeichnet, anders zusammen: in ihr herrscht totale Fremdheit zwischen Arbeiter und Lohnarbeit, und zwar allgemein; ihre Bindung an die kapitalistische Produktion besteht eigentlich wirklich nur noch aus dem Lohnzwang.

Um diese Schichten der Arbeiterklasse, die heute auch quantitativ die größte Relevanz besitzen, und um ihre Bedürfnisse herum vereinigt sich das Proletariat und kann es die politische Führung für seinen Kampf finden. Wie sich in Italien 1969 mit dem radikalen, autonomen Kampf der Fiat-Arbeiter im Mittelpunkt – an der Spitze waren dabei die eingewanderten Süditaliener, die dequalifizierten Bandarbeiter – eine ungemein akute Phase des Klassenkampfes ausgebreitet und politisch ausgeweitet hat (eben

jener „heiße Herbst“, der Arbeitern und Kapitalisten heute noch in den Knochen liegt) und wie in der BRD der Ford-Streik 1973 notwendig den Bezugspunkt darstellt, so kann man allgemein sagen, daß sich die Arbeiterautonomie von den Inhalten, die diese Arbeiter zum Ausdruck bringen, heraus entwickelt und aufbaut: **sie sind es, die mit dem Kapitalismus tatsächlich gar nichts gemein haben und sein radikaler Widersacher sind**; ihr Kampf und ihre Bedürfnisse laufen nicht Gefahr, korporative Privilegien anzustreben (d. h. praktisch, einen Kompromiß mit den Kapitalisten im Tausch gegen bestimmte Vorteile für die eigene Berufsgruppe anzunehmen).

Diese Schichten der Arbeiterklasse waren es, die bisher die Arbeiterautonomie am meisten und radikalsten zum Ausdruck gebracht haben, weil sie von den Interessen der Kapitalisten so radikal fremd sind, daß sie auch den anderen gegenüber die objektive Avantgarde sind.

Von der Arbeiterautonomie zur Arbeitermacht

Die Arbeiterautonomie stellt sich also radikal gegen die kapitalistische Produktionsweise als solche und nicht bloß gegen einige ihrer Aspekte oder sog. „Verirrungen“ (die, als Verirrungen, ja korrigierbar wären). Kämpfen für weniger Arbeit, mehr Geld, gegen Mühe, Gefahr, Gesundheitsschädlichkeit usw. heißt, einen Arbeiterstandpunkt einzunehmen, der den Kapitalisten völlig entgegengesetzt ist: da gibt es keinen Platz für eine künstliche Trennung zwischen ökonomischem und politischem Kampf, denn **der autonome Arbeiterkampf** und die Verweigerung der Lohnarbeit und des darauf gegründeten Systems ist an sich politisch, **drückt politische Inhalte aus** und prägt die kommunistischen Werte von heute (die für den Kampf, nicht so sehr die für die „Einrichtung“ der kommunistischen Gesellschaft). Wenn der Klassenkampf in all seinen Formen – vom organisierten Druck der Arbeiterklasse bis zur offenen Auseinandersetzung mit den Kapitalisten und ihren Institutionen – nicht mehr als Anreiz der kapitalistischen Entwicklung, der Rationalisierung des Kapitals und der Suche nach neuen und „fortgeschritteneren“ Ausbeutungsarten genutzt werden kann, dann sprechen wir von Arbeiterautonomie; wie könnte man da sagen, daß es sich um bloß ökonomischen Kampf handelt?

Sicherlich **wächst der Arbeiterangriff auf die kapitalistische Produktionsweise** (dem die Kapitalisten und Gewerkschaften mit stets neuen Vorschlägen zur „Humanisierung der Arbeit“ usw. entgegentreten) **aus der Fabrik heraus**; dort ist der Schwerpunkt der Ausbeutung und des Wider-

spruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital. **Aber dieser Angriff will mehr und geht über die Fabrik hinaus.** Wenn man bei der reinen Verherrlichung dieser autonomen Inhalte stehenbliebe, ohne zu sehen – und dahingehend zu arbeiten, damit es dazu kommt! –, daß jenseits jedes Teilerfolgs und jeder Forderung (die für sich allein genommen ja noch immer irgendwo mit dem System vereinbar wäre) sich die Frage nach der Macht stellt, dann wäre jedes Gerede gegen die gesellschaftliche Teilung der Arbeit reine Utopie.

Um ihre Bedürfnisse wirklich realisieren zu können, müssen die Proletarier die Macht ergreifen, ihre Diktatur ausüben, das heißt über alles und alle entscheiden. **Es gibt keinen Kampf gegen die Arbeitsteilung, ohne um die Macht zu kämpfen und gegen jene, die die Arbeitsteilung erfunden und Interesse an ihrer Beibehaltung haben.** In diesem Kampf gibt es keinen Gradualismus, sondern nur ein fortschreitendes und zunehmendes Bewußtsein davon, wie groß der Abgrund ist, der zwischen den sich aus der Stärke und Einheit des Proletariats ergebenden Möglichkeiten und der Art liegt, in der das Kapital die Energien der Ausgebeuteten für sich in Anspruch nimmt: darin vollzieht sich die zunehmende Entdeckung der Klasseninteressen.

Daher sieht sich die Arbeiterautonomie sehr bald mit allen Instrumenten der kapitalistischen Macht konfrontiert, und zwar auch außerhalb der Fabrik von Polizei und Gerichten bis zu faschistischen Schlägertrupps (nicht zufällig hat die Arbeiterautonomie in Italien z. B. große Fortschritte durch den antifaschistischen Kampf, die Auseinandersetzung mit der Polizei usw. gemacht; auf dieser Basis haben sich u. a. auch Arbeiter mit revisionistischer Tradition an den Kampf der Avantgarden angeschlossen, die manchmal vorher dem autonomen Kampf gegenüber fern oder außenstehend waren).

Sich mit der organisierten Gesamtheit der Kapitalisten, mit ihrem Staat, ihrer Ideologie (die nunmehr ja praktisch hauptsächlich vom Staat verwaltet wird) auseinanderzusetzen, ist ein notwendiger Schritt, um die Hegemonie der Arbeiterklasse von der Fabrik ausgehend, und die zentrale Wichtigkeit und allgemeine Bedeutung ihrer Interessen für alle gesellschaftlichen Bereiche durchzusetzen. Dazu ist Organisation und revolutionäre Führung nötig: und deren Bestand und Charakter hängt sehr weitgehend vom Stand der Klassenbewegung ab; sie kann nur auf deren Grundlage in richtiger Weise aufgebaut werden.

Probleme der Klassenbewegung in der BRD

In Westdeutschland scheint es uns in dieser Phase der Klassenbewegung wesentlich,

- die **Arbeiterautonomie** als den höchsten und umfassendsten Ausdruck der Inhalte des Klassenkampfes in den **Mittelpunkt** der politischen und strategischen Diskussion zu stellen;
- die **politische Aufbauarbeit auf eine richtige Klassenanalyse zu stützen**, die jenseits traditioneller Raster fähig sein muß, die wesentlichen Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse **von heute** und den Kapitalisten zu sehen (um nicht etwa in völlig überholte und letztlich zum Revisionismus führende Überschätzungen und Verherrlichungen des Arbeiters als Produzenten zu verfallen und dementsprechende Parteimodelle zu vertreten oder z. B. das Problem der Mittelschichten in der herkömmlichen Art der Bündnispolitik aufzugreifen, usw.): dabei ist es notwendig, **jene Arbeiterschichten auszumachen, die konkret in den Kämpfen ihr politisches, autonomes Kampfpotential gezeigt haben**;
- fähig zu sein, **ein proletarisches Programm** auszumachen und aufzubauen, das heute noch nicht jenes Programm zur Machtergreifung sein kann, das die revolutionäre Partei kennzeichnet, sondern vorerst noch nur auf diese Phase bezogen sein kann (weil der gegenwärtige Stand der Bewegung, der strategischen Analyse und der politischen Organisation mehr nicht erlaubt): das bedeutet, **die höchsten und wichtigsten Inhalte der Kämpfe zu erkennen und hervorzuheben** und deren Tragweite weiterzuentwickeln, und zwar in Bezug auf alle anstehenden Probleme und Anlässe des Klassenkampfes (angefangen bei den zahlreichen Tarifverträgen, die andernfalls Gefahr laufen, jeweils sektorale Momente statt Klassenauseinandersetzungen zu bleiben);
- **aus der Zentralität der Arbeiterklasse** und ihrer Kämpfe und den hieraus entwickelten autonomen Klasseninhalten einen (auch immer mehr organisierten) **Bezugspunkt für alle jene anderen Kampfbewegungen und Sozialschichten** (z. B. Häuserkämpfe, demokratische und gegen Berufsverbote gerichtete Kämpfe usw.; Lehrlinge, Schüler, Studenten, usw.) zu machen, die es in der westdeutschen Wirklichkeit bereits gibt, denen aber der inhaltliche und organisatorische Zusammenhang mit der Arbeiterklasse und ihren Kämpfen noch weitgehend fehlt.

Sich mit der Krise auseinanderzusetzen und den politischen Kampf dementsprechend auszurichten, kann nicht alternativ dazu verstanden werden, das politische Erbe aus dem großen Kampfzyklus von 1973 weiterzuentwickeln; denn gerade in dem Augenblick, in dem die Kapitalisten auch ir

Deutschland in so breitem Ausmaß gemerkt haben, wie schwer oder unmöglich es ist, die Arbeiter – oder eigentlich besser: die Arbeitskraft, auf allen Ebenen, auch außerhalb des direkten Produktionsprozesses, z. B. in den Universitäten oder Wohnvierteln – zu beherrschen und zu regieren, sollte die Krise hier wie in ganz Europa jene umfassende Verweigerung der Arbeiterklasse brechen, die auf allen Ebenen die Herrschaftsgewalt der Kapitalisten bedroht.

Und wenn es heute etwas gibt, das darauf vertrauen läßt, daß es trotz Krise nicht gelingen wird, die Arbeiterklasse auf die Knie zu zwingen, obwohl vom Rassismus bis zur Erpressung durch Arbeitslosigkeit alles ausgespielt wird, dann ist es gerade **das Erbe dieser Kämpfe, die das Proletariat auf aktive und kämpferische Weise geeinigt haben**; dazu kommen die vielen objektiven Momente der Vereinheitlichung: die Verschlechterung der Lebensbedingungen fordert ja immer mehr den Kampf oft geradezu als Überlebensbedingung heraus (denken wir etwa an die Arbeitsemigranten, die abgeschoben werden und zuhause die Krise verzehnfacht vorfinden).

Wir glauben und haben (vor allem in Italien) erfahren, daß es schwer ist, die Arbeiterklasse an die „kapitalistische Normalität“ zurückzugewöhnen, wenn sie einmal begonnen hat, sich an den autonomen Klassenkampf zu gewöhnen: dies um so mehr, je weiter und einheitlicher die Kämpfe um dieselben Ziele auch in den verschiedenen anderen Ländern Europas verbreitet sind und je mehr die materielle, objektive Vereinigung des Proletariats durch die Krise auch zur subjektiven und aktiven Vereinigung im Kampf dagegen wird.

Die Arbeiter haben das Bedürfnis nach „Politik“ und Organisation

Eine der größten und wichtigsten Neuigkeiten der 1973er Kämpfe ist u. E., daß auf Massenebene **das Bedürfnis nach „Politik“, nach Organisation, nach einer Perspektive kommunistischer Strategie in der BRD durchgebrochen ist**. Ein verbreitetes und weithin bemerkbares Bedürfnis nach Koordination, Information, politischer Vertiefung, umfassenderen Richtlinien für die Kämpfe und über sie hinaus – aber auch **das erklärte Bedürfnis nach politischer Organisation und Führung ist deutlich geworden**. Der Stand des Klassenkampfes und das erste Aufbrechen der Arbeiterautonomie setzt heute das Problem und die **historische Notwendigkeit eines revolutionären politischen Subjekts** auf die Tagesordnung; es geht darum, den Avantgarde dieser Kämpfe einen Anhalts- und Bezugspunkt geben zu können, der imstande sein muß, der Arbeiterautonomie mit angemessenen Instrumenten und Anstößen zum Ausdruck zu verhelfen, damit sie sich weiterentwickeln kann; es geht darum, in der Perspektive der politischen Entwicklung der verschiedenen proletarischen Schichten (Lehrlinge, Schüler, Stu-

dentent . . .) ausgehend vom Arbeiterkampf als Mittelpunkt eine Orientierung zu geben; es geht darum, die Ansätze zur Einheit der multinationalen Arbeiterklasse zu sehen und hervorzuheben, zu entwickeln, auszuweiten. Es geht darum, sich die historische und theoretische Erfahrung der Arbeiterklasse wieder anzueignen und mit den gegenwärtigen fortgeschrittensten Erfahrungen des europäischen Proletariats zu vermitteln.

Zwischen diesem politischen Bedürfnis und der Präsenz der organisierten Linken (so allgemein dieser Begriff in erster Annäherung ist) **in der BRD besteht heute ein deutlicher und breiter Abstand.** Allerdings hat sich in diesem letzten Kampfzyklus eine organisierte Präsenz politischer Kräfte – sowohl revolutionärer wie revisionistischer Prägung – gezeigt. Diese hat sich zwar mehr als auf die Kämpfe selbst (in denen sie aber immerhin ihre Spuren da und dort hinterlassen hat) auf die entsprechenden Gruppen und Organisationen ausgewirkt, insofern dadurch z. B. ein wichtiger Diskussionsprozeß angebahnt wurde und es um Konfrontierung und Verifizierung der Verbindung mit und Verankerung in der Arbeiterklasse und Erörterung der strategischen Aussichten ging und noch geht. Zu diesem Diskussionsprozeß möchten wir beitragen, natürlich innerhalb der Grenzen, die einer Organisation gesetzt sind, die vor allem im Klassenkampf in Italien und nur sehr am Rande in der BRD verankert ist. Wir halten nämlich eine Auseinandersetzung zwischen den europäischen revolutionären Kräften, insoweit sie effektive Bindungen zu den Massen haben und innerhalb der Bewegung stehen, für wichtig und notwendig.

Es scheint uns, daß bisher keine organisierte politische Kraft im Kampfzyklus von 1973 die Fähigkeit zu einer wirksamen und tatsächlichen Verallgemeinerung und Ausweitung der Kämpfe und Verbreitung ihrer Inhalte aufgewiesen hat (was z. B. zum Zeitpunkt des Fordstreiks und nachher ungemein wichtig gewesen wäre); so wie uns auch scheint, daß keine organisierte politische Kraft heute von sich behaupten kann, das politische Erbe dieser Kämpfe voll aufgenommen zu haben und weiterzuentwickeln, und zwar weder in Hinblick auf die Avantgarden (Kader), noch in Hinblick auf die Inhalte. Aber dennoch hat eine Reihe von Arbeitern – z. T. langjährige politische Kader, z. T. potentielle Kader – oft auch vorübergehend und mit mancher Enttäuschung Eintritt in politische Gruppen oder Organisationen gesucht und im ganzen kann man sagen, daß nicht nur rein voluntaristische Beziehungen von Organisationen und Gruppen zur Arbeiterklasse und umgekehrt entstanden sind.

Ein Beweis dafür ist, daß man heute in der BRD wieder ausdrücklich über eine kommunistische und revolutionäre Perspektive reden kann und muß: wenn man bedenkt, welchen Bruch und welche Klärung das bedeutet, dann darf man es nicht unterschätzen und muß sehr wohl achtgeben, daß dieses Ergebnis nicht durch rein ideologisches oder fraktionistisches Sektierertum zunichtegemacht wird.

Es scheint uns aufschlußreich und wichtig, daß sich heute in der BRD nunmehr einige erkennbare politische Linien abzeichnen – von denen einige erklärtermaßen die Tendenz zur nationalen Organisation vertreten – und sich damit ein stark zersplitterter politischer Rahmen wenigstens teilweise vereinfacht und klärt.

Aufgrund unserer politischen Erfahrungen in Italien vermuten wir, daß stückhafte oder falsche Antworten auf das von der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebrachte politische Bedürfnis sich notwendig entwickeln und ebenso notwendig einen schwierigen, langwierigen und dialektischen Klärungsprozeß durchmachen müssen und werden. Was aber heute in gewissem Sinne neu ist und dieser politischen Konfrontation konkrete Züge gibt, ist die Tatsache, daß heute aus dem Arbeiterkampf in Deutschland selber Maßstäbe und Ansatzpunkte kommen, mit denen es sich auseinanderzusetzen gilt und von denen auszugehen ist.

Tendenzen zur Organisation

Bevor wir auf politische Strömungen eingehen, die sich mehr oder weniger deutlich als anti- oder jedenfalls nichtrevisionistisch verstehen, muß kurz etwas über die DKP gesagt werden. In dieser Partei hat während und nach den Kämpfen eine nicht zu unterschätzende Anzahl von (bei weitem nicht immer reformistisch orientierten!) Arbeitern einen Bezugspunkt gesucht und sucht ihn weiterhin, als Antwort auf die eigenen politischen und organisatorischen Bedürfnisse; dies zu berücksichtigen, scheint uns wichtig – etwa in dem Sinn, daß die politische Auseinandersetzung mit vielen dieser Arbeiter sehr notwendig ist und vielfach fruchtbar sein kann – denn man darf darin nicht schlechthin eine bestimmte und klare politische Entscheidung für den Revisionismus sehen, sondern viel eher ein Anzeichen für das Fehlen einer überzeugenden revolutionären Alternative, und nicht selten eine vorläufige und taktische Entscheidung. Die DKP unterstützt im allgemeinen die Kämpfe, auch die autonomen, in einem gewissen Maß, wenn auch mit vielen (manchmal geradezu konterrevolutionären) Einschränkungen und im großen und ganzen nur taktisch. Aber obwohl sie der Arbeiterklasse eine umfassende und bundesweite strategische und organisatorische Perspektive anzubieten hat, die sich u. a. heute auf die einzige linke Tageszeitung in Westdeutschland stützen kann, scheint sie uns nicht dazu bestimmt, in Deutschland zu einem allgemeinen und breit anerkannten Bezugspunkt für die Arbeiterklasse zu werden (auch nicht auf reformistischer Ebene) – es sei denn vielleicht im europäischen Rahmen durch das Gewicht anderer westeuropäischer KPen, aber auch dann nicht vorherrschend. Während die reformistische Position bereits fest von der SPD gehalten wird – an deren linkem Flügel, vor allem unter den Jusos, der

Klassenkampf bestimmte Spuren hinterläßt und einen gewissen Druck erzeugt, die Partei „wieder“ auf einen zwar reformistischen, aber doch Klassenkurs zu bringen – dürfte das enge Verhältnis des westdeutschen Revisionismus zu dem der DDR und darüber hinaus zur UdSSR der DKP die Aussicht auf einen bestimmenden Einfluß innerhalb der deutschen Arbeiterklasse verbauen – außer wenn die SPD ihre organisatorischen und politischen Bindungen zur Arbeiterklasse gänzlich aufgibt.

Unter den politischen Kräften, die sich als Bezugspunkt für jenes politische Bedürfnis aus der Arbeiterklasse und ihren Kämpfen anbieten wollen (und es in gewissem Maße auch sind) – ohne daß sie u. E. derzeit beanspruchen könnten, deren direkter Ausdruck zu sein – befinden sich einige Gruppen, die es sich in dieser Phase erklärtermaßen nicht zum Ziel setzen, Avantgarde und Führung des Proletariats zu sein, während andere – im großen und ganzen marxistisch-leninistischer Ausrichtung – sich nach ihrem Selbstverständnis als solche oder auf dem Weg dazu erklären.

Unter den ersteren befinden sich **„spontaneistische“ Gruppen und Genossen**, die aus dem Bezug auf die Klassenkämpfe der letzten Jahre in Europa die Notwendigkeit der direkten politischen Massenarbeit und das Eingehen auf die unmittelbaren – wenn auch vielleicht manchmal unpolitisch geäußerten – Arbeiterbedürfnisse erfaßt haben; die, wenigstens theoretisch, begriffen haben, wie wichtig es ist, in der neuen (und in Deutschland multinationalen) Klassenzusammensetzung des Proletariats und in der Verbreitung des „Massenarbeiters“ das entscheidende Element für die neue Qualität der Arbeiterkämpfe zu sehen; die – wenigstens theoretisch und manchmal recht wenig dialektisch – die zentrale Bedeutung der Arbeiterautonomie anerkennen (vielleicht auch weil sie unmittelbarere Kenntnis von den Klassenkämpfen der letzten Jahre in Italien haben); – die also, insgesamt, die autonomen Züge der Bewegung, wie sie sich in den fortgeschrittensten Kämpfen dieser Jahre geäußert haben, hervorheben, aber sie – nach unserer Meinung – aus dem dialektischen Reifungsprozeß des Klassenkampfes in Deutschland immer wieder herausreißen. So kann es zu einer idealistischen und voluntaristischen Sicht (und Praxis) kommen, in der man – vielleicht auch implizit – letztlich darauf ausgeht, in der Arbeiterbewegung mehr die antiautoritären Züge der Jugend- und Protestbewegung dieser Jahre zu suchen und sich dadurch häufig auf Randgruppen zu konzentrieren riskiert. So kann auch bei aller grundsätzlich richtigen Erkenntnis von der Multinationalität des Proletariats in der BRD eine entschiedene Unterbewertung der Wichtigkeit und des revolutionären politischen Potentials der einheimischen deutschen Arbeiterklasse die Folge sein, wie etwa, wenn man schematisch und zugleich subtil zwischen revolu-

tionären Inhalten (als deren Träger wesentlich die eingewanderten Arbeiter z. B. aufgrund ihrer Kämpfe gegen die Arbeitsorganisation definiert werden) und letztlich „radikalreformistischen“ Ausdrucksformen unterscheidet, worunter z. B. der Lohnkampf der deutschen Arbeiter eingestuft wird und bei denen man leicht übersieht, daß ihr Vorstoß zur Klassenautonomie bestimmt auch über die Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaftsbasis geht.

Betriebsarbeit ohne den Willen und die Fähigkeit zur Verallgemeinerung, Ausweitung und Vereinigung mit dem Klassenkampf insgesamt und auf allen Ebenen, gepaart mit der Ablehnung, am Aufbau einer umfassenden politischen Avantgarde zu arbeiten, führt unvermeidlich zum Spontaneismus, mag dies auch noch so sehr aus der im Grunde richtigen Ablehnung des Bürokratismus kommen bzw. als Reaktion auf dogmatische Entstellungen und Verkürzungen des Marxismus und Leninismus vertreten werden, die dann in solchen Genossen leicht zur Ablehnung der Theorie, der Strategie, der Organisation überhaupt wird. Darüber können auch keine gelegentlichen und empirischen Organisationsansätze oder Begriffe wie Militanz, Radikalität, Spontaneität, Multinationalität usw. hinwegtäuschen. Denn diese Dinge mögen alle ihre Richtigkeit und Wichtigkeit haben, aber es kann jedenfalls nicht genügen, sie bloß festzustellen oder zu verherrlichen, ohne zu einem politischen Programm vorzustoßen.

Die praktische Relevanz dieser Gruppen in der Massenarbeit ist eher gering, wenn man an die Mittelpunkte des Klassenkampfes in dieser Zeit denkt: wir glauben aber, daß Reflexionsprozesse und auch Konsequenzen daraus in diesen Gruppen gerade aufgrund einer kritischen Wertung dieser ganzen Phase nicht auszuschließen sind.

Es gibt ferner eine Vielzahl von Betriebsgruppen, gewerkschaftlichen oder quasi-gewerkschaftlichen Gruppierungen und Einzelgenossen der sog. nicht-dogmatischen Linken (vielfach auch Studenten und Lehrer), die sich in diesen Jahren um Koordinierung, Informationsverbreitung über den Klassenkampf, Diskussion der Perspektiven usw. bemüht haben – mit dem Ziel, die Basisarbeit in den Betrieben anzuregen und besonders der Gewerkschaftsbasis einen bestimmten Rückhalt zu geben. Die Ausrichtung dieser Arbeit versteht sich als „antikapitalistisch“ (meist ohne sich ausdrücklich als revolutionär zu definieren) und auch hier ist der Bezug auf die „neuen“ Kämpfe der letzten Jahre irgendwie im Vordergrund; allerdings beschränken sich u. E. solche Genossen und Gruppen eher auf die Feststellung und Registrierung neuer Erfahrungen als eine treibende und vorwärtstrebende Kraft im Klassenkampf zu sein. So wird auch in den Kämpfen kein klar revolutionärer Inhalt gesehen und was sich in diesen

Kämpfen an Autonomie äußert, wird nicht erfaßt, verallgemeinert und zur Grundlage der Frage nach der revolutionären Strategie gemacht. Es sieht eher so aus, als sei man der Meinung, auch das autonome Klasseninteresse könne sich letztlich nicht anders als über Reformanliegen ausdrücken; so kommt man schließlich auf den institutionellen Rahmen der Arbeiterbewegung – Gewerkschaft vor allem – als auf den einzigen zurück, in dem es möglich ist, einen Kampf zu führen und auf den also auch die politische Arbeit ausgerichtet ist. (So kann leicht der Fehler begangen werden, die Kämpfe und die ersten Organisationsansätze der Arbeitsemigranten sowie ihre gewerkschaftslose oder -feindliche Haltung als Ausdruck von Rückständigkeit, Unerfahrenheit oder ungenügendem Bewußtsein zu deuten.)

Koordinieren und informieren bedeutet gewiß noch nicht, Klassenavantgarde zu sein: den entscheidenden und maßgebenden Inhalt des Klassenkampfes in der Arbeiterautonomie zu sehen (auf den sich auch das Programm und die Organisation des Proletariats aufbauen lassen), führt notwendig dazu, sich mit zuviel Rücksicht auf die Empfindlichkeit und die Schwierigkeiten weniger fortgeschrittener Sektoren der Arbeiterklasse zu bewegen und die innere Dynamik bestimmter Vertretungsorgane – in denen sich die Arbeiterdiskussion auch, teilweise, abspielt – mit der Dynamik der Klassenbewegung insgesamt zu verwechseln.

Es ist heute sehr wichtig, daß die Genossen – und besonders jene gewerkschaftlichen Vertrauensleute, denen es nicht bloß um die Grundsatzauseinandersetzung mit den Gewerkschaftsspitzen geht, sondern die ihre „institutionellen“ Schritte den Erfordernissen der Bewegung unterordnen wollen –, die sich in derartigen Gruppen sammeln oder auf sie Bezug nehmen, sich mit den politisch fortgeschrittensten Erfahrungen des Klassenkampfes messen und ihre Arbeit nicht von den höchsten erreichten Ebenen losgelöst sehen; andernfalls ist es nicht zu verwundern, wenn solche Genossen jede Perspektive umfassender politischer und revolutionärer Organisation derzeit für nicht aktuell halten und deshalb bewußt und gewollt auf vorhergehenden Ebenen stehenbleiben.

Jenes Anliegen umfassender politischer Organisation – nämlich der revolutionären Partei – wird hingegen weitgehend und deutlich von den verschiedenen marxistisch-leninistischen Organisationen und Gruppierungen vertreten. Wir wissen natürlich, daß die Unterschiede zwischen den verschiedenen ML-Organisationen oft sehr erheblich sind und daß der Bezug auf die theoretische und politische Tradition der Dritten Internationale; auf die – als Ideologie verstandene – marxistisch-leninistische Theorie in ihren verschiedenen Auslegungen; die Linie gegenüber den Gewerk-

schaften; der Anspruch, die revolutionäre Partei bereits zu sein oder sie erst aufzubauen und viele andere Elemente es nicht zulassen, diese Strömungen und Organisationen als einzigen Block anzusehen. Wir wollen auch nicht hier und jetzt die allgemeine theoretische Ausrichtung und die tiefen Unterschiede zwischen den Positionen von „Lotta continua“ und den sich marxistisch-leninistisch definierenden erörtern (obwohl immerhin einiges implizit aus diesem Diskussionspapier seiner ganzen Grundrichtung nach hervorgeht), und wir wollen erst recht nicht als Verbündete, Gegner oder womöglich Schiedsrichter irgendwelcher politischen Lager auftreten. Uns liegt daran, von der Feststellung auszugehen, daß die größten ML-Organisationen heute eine bundesweite politische Präsenz aufweisen und dies an sich schon für den politischen Schauplatz der BRD heute einen wichtigen Umstand darstellt; daß sich diese Organisationen das Problem des Aufbaus der revolutionären Partei in Deutschland stellen und deswegen wohl nicht umhin können werden, daran zu denken, in welchem internationalen Rahmen und mit welchen Querverbindungen der Klassenkampf in Europa stattfindet.

Dazu scheint es uns notwendig, den qualitativen Sprung, den der Klassenkampf heute in Deutschland durchgemacht hat, voll zu erfassen, und da genügen nach unserer Meinung die traditionellen Interpretationskategorien nicht (was sich ganz deutlich am Fordkampf gezeigt hat!). Die „Neuheit“ der Arbeiterklasse, die in diesen Kämpfen zum Ausdruck gekommen ist (und damit die Notwendigkeit einer präzisen und vorurteilslosen Klassenanalyse, um daraufzukommen, welche proletarischen Schichten in der vordersten Reihe dieser Kämpfe standen), die zentrale Wichtigkeit des Verhältnisses zwischen einheimischer und eingewanderter Arbeiterklasse (wobei es uns außer Zweifel scheint, daß der Kern der revolutionären Partei in Deutschland seinen Mittelpunkt im deutschen Proletariat haben muß, aber ebenso klar ist, daß das „deutsche Proletariat“ heute in Wirklichkeit multinational ist und daß man mit dieser Realität nicht einfach durch Beziehungen zu „Schwesterparteien“ fertig werden kann), die Unmöglichkeit, traditionelle Trennungen zwischen ökonomischem und politischem Kampf vorzunehmen oder sich selbst die Rolle der externen politischen Avantgarde zuzuschreiben, mit der Aufgabe, die Politik an die Arbeiter heranzutragen – alle diese Fragen scheinen uns für den Klassenkampf in Deutschland und somit in Europa heute zentral zu sein. Insbesondere muß auch über die Gewerkschaft diskutiert werden, die u. E. nicht einfach wie zu Lenins Zeiten gesehen werden kann (umsoweniger eine Gewerkschaft wie die westdeutsche, deren Charakter als zum Staate parallele Organisation nicht einfach Auswuchs einer vorübergehenden und korrigierbaren

Verirrung ist): entweder den Kampf um die Demokratisierung der Gewerkschaft vorzuschlagen und damit zu versuchen, die klassenverräterischen Gewerkschaftsführer zu schlagen und die kommunistische Vorherrschaft zu gewinnen, oder aber im wesentlichen für den Aufbau einer „roten Gewerkschaft“ der Revolutionäre zu arbeiten, scheinen uns zwei Wege, die beide nicht vom Inhalt der Arbeiterkämpfe und den autonomen Klasseninteressen ausgehen. Es geht vielmehr darum, vor allem darauf abzuzielen, der Arbeiterautonomie möglichst viel Raum zu schaffen (gewiß auch, indem man deren Widersprüche und Inhalte in die gewerkschaftlichen Basisstrukturen hineinträgt) und nach der Art und Weise, sie richtig zu organisieren, zu suchen, wobei aber dieses strategische Ziel an die erste Stelle zu setzen ist. Nur daran kann sich unserer Meinung nach eine richtige Gewerkschaftsarbeit orientieren.

Über den Klassenkampf in Deutschland mit Blickweite auf den europäischen Klassenkampf zu diskutieren; die neuen Inhalte der Arbeiterautonomie zu erfassen; klarer zu sehen, was heute angesichts der Krise zu tun ist, damit der Arbeiterkampf möglichst entscheidend ihren Ablauf bestimmt und der revolutionäre Prozeß Fortschritte macht; in diese Diskussion auf Grund der klaren Entscheidung einzusteigen, innerhalb der Klassenbewegung existieren zu wollen und somit auch diese Auseinandersetzung immer wieder auf ihre Beine und nicht auf den Kopf zu stellen – das soll unser Diskussionsvorschlag an die revolutionären Genossen in Westdeutschland sein.

III.

Krise und Klassenkampf in Europa

Fassen wir abschließend kurz unsere allgemeine Analyse zusammen:

Der **Niedergang des amerikanischen Imperialismus** und der „bilateralen“ Kontrolle über die Welt, welche die Weltbühne von der Nachkriegszeit bis heute beherrschten, stellt den **„politischen“ Niederschlag der Erschöpfung eines Zyklus' in der Akkumulation des Kapitals** auf Weltebene dar, dessen Entwicklungsmodell und zugleich Maßstab für das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Proletariat die **Inflation** war.

Dieser Niedergang der amerikanischen Vorherrschaft über die Welt, der schon vor einigen Jahren begann, ist dazu bestimmt, weiterzudauern und sich innerhalb einer **Reihe innerimperialistischer und internationaler Konflikte** fortzuentwickeln: zwischen USA und UdSSR, zwischen UdSSR, China und anderen Ländern der östlichen Welt, zwischen USA und Europa, zwischen USA und Japan, zwischen USA und einzelnen Gebieten der „Dritten Welt“, die in dieser Zuspitzung der Konflikte den Spielraum für die Forderung nach größerer Eigenständigkeit finden.

Diese Konflikte sind dazu bestimmt – wie es ja auch teilweise schon eingetreten ist –, die **Tendenz zur Vereinheitlichung des Weltmarktes aufzuhalten und zu behindern**, die seit dem Zweiten Weltkrieg entschieden vorherrschte und stattdessen den Weltmarkt in eine Reihe von Zonen zu teilen, die zur einen oder anderen imperialistischen Macht vorzugsweise Beziehungen haben. Dieser Prozeß hat notwendig zur Folge, daß die Tendenz zur Ausweitung und Expansion des Welthandels aufgehalten wird, die bisher die Triebfeder der Entwicklung und der Akkumulation des Kapitals in der ganzen ersten Phase des Zyklus darstellte. Damit setzt sich eine **Tendenz zum Protektionismus und zum Handelskrieg, zur ökonomischen Abwürgung und zur Stagnation** durch, die jener zwischen den beiden Weltkriegen ähnlich kommt.

In den europäischen Ländern spiegelt sich diese Krise der amerikanischen Herrschaft wahrscheinlich immer stärker in der **Verschärfung der Widersprüche zwischen einer europäisch und autonom orientierten und einer pro-USA orientierten Kapitalfraktion** wider. Die erste ist zwar zahlenmäßig in der Mehrheit, aber schlechter organisiert; die zweite in der Minderheit, aber auf internationaler Ebene stärker. Das bürgerliche politische Lager wird immer mehr von diesem Widerspruch geprägt sein, in dem sich insgesamt eine Machtkrise ausdrückt, die dazu bestimmt ist, sich immer weiter zu reproduzieren und hinzuziehen.

Auf der Ebene der **Beziehungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat** äußert sich die Krise hingegen als ungemein harter Angriff gegen die Lebensbedingungen der Massen, der sowohl durch die Inflation – d. h. systematischer Lohnraub – als auch durch Rezession und Arbeitslosigkeit

zum Ausdruck kommt, nämlich als Versuch, den ganzen Wirtschaftsapparat neu zu strukturieren und die soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse durch eine massive Vermehrung der industriellen Reservearmee zu verändern.

Innerhalb des „europäischen“ Bereichs können wir so beginnen, die Elemente zu untersuchen, die in Richtung einer Vereinheitlichung des Proletariats weisen, und jene, die in die entgegengesetzte Richtung drängen: Die europäische Arbeiterklasse und das ganze Proletariat, das von ihr abhängt (Schüler und Studenten, Techniker und Angestellte, Arbeitslose, südeuropäische und nordafrikanische Reservearmee), wird sich immer mehr und schon sehr bald mit einem massiven und wesentlich einheitlichem Angriff gegen ihre Lebensgrundlagen auseinanderzusetzen haben, vor allem durch die Inflation, dann durch die Arbeitslosigkeit. Das erste dieser beiden Elemente geht zweifellos in Richtung der Vereinheitlichung und Angleichung der Inhalte des Arbeiterkampfes, und zwar sowohl in den verschiedenen europäischen Ländern, als auch unter den verschiedenen Komponenten der europäischen Arbeiterklasse (einheimische und eingewanderte Arbeiter, unqualifizierte und qualifizierte Arbeiter). Für diese Tendenz gibt es bereits zahlreiche und relevante Beweise in den Arbeiterkämpfen in Frankreich, in Belgien, in England und vor allem in Deutschland.

Das zweite dieser Elemente (die Arbeitslosigkeit) wird bestimmt von der Bourgeoisie verwendet, um die Arbeiterklasse zu spalten zu suchen, vor allem zwischen einheimischen und eingewanderten Arbeitern. Es ist möglich, diese bürgerliche Ausnützung der inneren Trennungen der Arbeiterklasse zu bekämpfen und auszuschalten, besonders wenn man daran denkt, daß dieser Angriff vor allem auf ideologischer Ebene geführt wird, da ja in Wirklichkeit vieles darauf hinweist, daß die Arbeitslosigkeit die Arbeitse migranten zwar in etwas höherem Ausmaß, aber nicht so wesentlich unverhältnismäßig im Vergleich zu den „nationalen“ Arbeitern und vor allem zu den neuen, jungen Arbeitskräften treffen wird, die sich den Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt sehen werden. Auch dieser Umstand, der Schüler und qualifizierte Arbeiter mitbetrifft, kann dazu dienen, von der Bourgeoisie in faschistischen Formen ausgenutzt zu werden, kann sich aber auch und viel eher gerade umgekehrt ausdrücken, da die Dequalifizierung und Arbeitslosigkeit (und somit die Konkurrenz am Arbeitsmarkt) der „intellektuellen“ oder qualifizierten Arbeiter ein notwendiges Durchgangsstadium darstellt, durch das ihnen die eigene Proletarisierung bewußt werden kann und sie die Interessengleichheit mit dem gesamten übrigen Proletariat erkennen können.

Andererseits ist die **Rückkehr vieler Arbeitsemigranten in ihre Herkunftsländer und die Sperrung des Ventils der Emigration** in diesen Gebieten dazu bestimmt, die Verbreitung von Arbeiterbewußtsein zu verstärken und zu beschleunigen und den Klassenkampf mit klaren proletarischen und antikapitalistischen Inhalten in der ganzen ungeheuren Reservearmee Europas anzubahnen, die im Mittelmeerraum und Nordafrika lebt.

Notwendiger Bezugspunkt, wenn auch nicht unbedingt Avantgarde in den Kämpfen, für diese Vereinheitlichung des europäischen Proletariats, wird **der Fließbandarbeiter, der dequalifizierte Arbeiter, der Arbeitsemi-grant**: seine hohe Mobilität, seine gründlichere Kenntnis des ganzen Ausbeutungsmechanismus, seine größere und klarere Kampferfahrung, sein multinationales und internationalistisches Bewußtsein bestimmen ihn dazu. Die emigrierte Arbeiterklasse ist das Rückgrat für die Vereinigung des europäischen Proletariats.

2 Der Massenkampf gegen die Inflation, die Arbeitslosigkeit und die Intensivierung der Ausbeutung durch Umstrukturierung ist dazu bestimmt, sich in einer Situation der Machtkrise und der Konflikte zwischen den verschiedenen Kapitalfraktionen und innerhalb des bürgerlichen politischen Lagers zu entwickeln. Ein anhaltender Kampf, in dem sich der allmähliche Niedergang des US-Imperialismus niederschlägt und der an sich zwar nicht genügt, um eine autoritäre oder faschistische Wende zu verhindern, aber doch jedenfalls eine Garantie gegen die Stabilisierung einer autoritären Politik in einer Situation der um sich greifenden Stagnation darstellt.

Das schafft die günstigsten (oder besser gesagt, die am wenigsten ungünstigen) Voraussetzungen für das Anwachsen des Kampfes der Arbeiter und Proletarier im allgemeinen, für die Rüstung der Massen gegen die stets drohende Gefahr einer autoritären Entscheidung der Bourgeoisie, für die Herausbildung einer revolutionären Führung; nicht in dem Sinn, daß die Bourgeoisie schnell ihre Fähigkeit zum Regieren verliert und sich die Massen ebenso schnell von reformistischen und revisionistischen auf revolutionäre Positionen begeben, sondern vielmehr in dem Sinn, daß ein langwieriger Wachstumsprozeß einer revolutionären Führung und der politischen und militärischen Autonomie der Massen in einer Situation stattfinden kann, in welcher der „anhaltende“ Charakter der Krise den Spielraum für den mehrheitlichen Einfluß der Revisionisten auf die Massen eröffnet und offen hält.

Wenn diese Züge aller Wahrscheinlichkeit nach die europäischen Länder in den kommenden Jahren allgemein kennzeichnen werden, tendieren daneben zahlreiche Faktoren hingegen zu einer Differenzierung der

einzelnen Situationen; diese nationalen Situationen müssen ihre präzise Berücksichtigung und politische Autonomie innerhalb einer revolutionären Strategie für den Kontinent finden.

Welche sind diese Eigenheiten? Vor allem natürlich die **Zusammensetzung der Arbeiterklasse eines jeden Landes**; das quantitativ und qualitativ verschiedene Verhältnis zwischen „nationalen Arbeitern“ und Arbeitsemigranten, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen unqualifizierten und qualifizierten Arbeitern, zwischen manueller und intellektueller Arbeit. In jedem Land ist jedes dieser Verhältnisse (die sich aber in allen europäischen Ländern finden) von besonderen Aspekten gezeichnet, die in verschiedener Weise untersucht und angegangen werden müssen.

Die zweite Eigenheit hängt eng mit der ersten zusammen: es ist die **Art, mit der die „nationale Arbeiterklasse“ an ihre früheren Kämpfe anknüpft**, die kollektive Erinnerung daran bewahrt, diese Beziehung auf die Institutionen der offiziellen Arbeiterbewegung projiziert: von dieser Beziehung hängt sehr entscheidend die politische, ideologische und organisatorische Form ab, in der sich Parteien und Gewerkschaften in der Arbeiterklasse verankern. Ähnliches ist aber für die **Arbeitsemigranten bezüglich des Verhältnisses zu ihrer Herkunftssituation zu sagen**: ob sie darin mehr die nationalen Aspekte sehen oder eine Kampfsituation, ob sie eine ständige Beziehung dazu haben oder diese unterbrochen ist, ob diese Beziehung organisiert ist oder nicht.

Die dritte Eigenheit ist **der zeitliche Ablauf der Krise, der nicht überall derselbe ist**. Diesbezüglich darf die Anstrengung und die Rolle der organisierten Avantgarden keinen Aufschub erfahren im Bemühen, rechtzeitig die Informationen und Inhalte der Kämpfe zu verallgemeinern, andernfalls verlieren sie den Anschluß an die Wirklichkeit, in der sich der Arbeiterkampf schon heute abspielt.

Die vierte Eigenheit ist die Art, **wie sich historisch die Avantgarden des Kampfes der Arbeiter, der Schüler und Studenten, der übrigen Proletarier herausbilden und herausgebildet haben**; ihr Organisationsniveau; welche Erscheinungsform in jedem Land das – allen gemeinsame und unvermeidliche – Phänomen der Zerplitterung der revolutionären Kräfte angenommen hat.

Die letzte Eigenheit liegt schließlich im besonderen Verhältnis, das in jedem Land **die innerbürgerlichen politischen Spaltungen** zwischen einem „konservativen“ oder autoritären und einem demokratisch-„reformerischen“ Flügel im traditionellen Sinn angenommen haben, wie sie sich zueinander verhalten und wie sich dieses Verhältnis zu jener anderen Polarisierung zwischen einer pro-amerikanischen und einer europäisch-autonomi-

stischen Kapitalfraktion verhält.

Von diesem Verhältnis hängt der spezifische Charakter des Regimes ab und die Beziehung zwischen revisionistischer oder reformistischer Bewegung und dem Staat; darin schließlich ist der **Ansatzpunkt für die Taktik zu suchen, die jede einzelne revolutionäre Organisation gegenüber den bürgerlichen oder revisionistischen Kräften innerhalb einer revolutionären Strategie für den Kontinent anzuwenden beschließt, an deren Aufbau wir gemeinsam arbeiten wollen.**

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung: zu diesem Diskussionsbeitrag	3
I. Die internationale Lage: Der Imperialismus ist in Krise	
1. Das alte Gleichgewicht ist kaputt	8
Die „anhaltende Krise“ des Imperialismus – Teilung der Welt, Phasen des „bilateralen“ Gleichgewichts – Die Expansionsphase des Kapitalis- mus	
2. Die Inflation gehört heute zum Wesen des Kapitalismus	12
Akkumulation durch Inflation – Lohnraub und Mehrwertdieb- stahl – Inflation ist Klassenkampf – Inflation und Krise	
3. An der Krise will der Kapitalismus gesunden	18
Krise und kapitalistische Entwicklung – Wozu dient die Krise? – Krise und Klasseninitiative	
4. Die Widersprüche lassen sich nicht mehr beheben	21
Zuspitzung der imperialistischen Konflikte – Innerimperialistische Konkurrenz – Die „Dritte Welt“ – Der Konflikt mit dem US-Imperia- lismus innerhalb der kapitalistischen Länder	
5. Chile – unsere Pariser Kommune	25
Warum Chile? – „Staat und Revolution“ heute – Masseninitiative und politisch-militärische Organisation – Das Verhältnis zum Reformis- mus – Die „anhaltende Krise“ und der revolutionäre Prozeß	
II. Klassenkampf und Arbeiterautonomie in der BRD	
1. Der kapitalistische Wiederaufbau nach dem Krieg	36
Die Nachkriegszeit in Westdeutschland: der Klassenkampf wird verhin- dert – Ständige Zerlegung und Umschichtung der Arbeiterklasse	
2. Es bildet sich die multinationale Arbeiterklasse	38
Die Einwanderung aus dem Mittelmeerraum – Die Krise 1966/67: strukturelle Vereinheitlichung der multinationalen Arbeiterklasse	
3. Die Klassenkämpfe 1969: der soziale Friede ist aus	46
Arbeiterbewegung und Studenten – Die Ergebnisse der Kämpfe	
4. Die Entwicklung zur Arbeiterautonomie	48
Die Rezession von 1970: innerimperialistische Widersprüche – Inflation und Stabilitätspolitik – Steigerung der Produktivität und Flexibilität des Arbeitsmarktes – Die Arbeiterbewegung in dieser Phase – Arbeiter- klasse und Sozialdemokratie – Die Tarifverträge von 1972 – Das Stabi- litätsprogramm	
5. Die Entfaltung der Arbeiterautonomie	61
Die neuen Klassenkämpfe von 1973 – Die Arbeiterautonomie in der	

- BRD – Der Fordkampf – Der Manteltarifvertrag in Baden-Württemberg – Die Kämpfe um die Teuerungszulage: Saar und Mannesmann
6. Die Basis der Bewegung73
Der soziale Friede ist gebrochen – Die Hauptakteure der Kämpfe – Massenavantgarden der Bewegung
7. Zur Diskussion über die politischen Aufgaben in der Klassenbewegung 78
Die Krise – Die Arbeiterautonomie – Die autonomen Arbeiter – Arbeiterautonomie gegen Revisionismus – Von der Arbeiterautonomie zur Arbeitermacht – Probleme der Klassenbewegung in der BRD – Die Arbeiter haben das Bedürfnis nach „Politik“ und Organisation – Tendenzen zur Organisation

III. Krise und Klassenkampf in Europa

SOLIDARITÄT MIT CHILE

Vier Monate nach dem Putsch der Generäle in Chile hält der Terror unvermindert an, das wirtschaftliche Chaos wird immer größer und die chilenischen Arbeiter und Bauern und andere Schichten des Volkes befinden sich in immer größerem Elend.

Zugleich spitzt sich die Frage der Flüchtlinge zu, Tausende warten noch auf die Möglichkeit, das Land zu verlassen, besonders in einer Reihe ausländischer Botschaften drängen sich unter oft unmenschlichen Verhältnissen hunderte Verfolgte auf engstem Raum, ständig belauert von den faschistischen Militärbanden, die die Botschaften umstellt haben.

Die Bundesregierung – nach außen euphorisch ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen herumposaunend – betreibt in Wirklichkeit ein infames Spiel mit den von Tod und Gefängnis Bedrohten:

Die Aufnahmeverfahren geraten ungeheuer schleppend in Gang, mit Hilfe von Verfassungsschützern sollen die Flüchtlinge zunächst gesiebt werden, um angebliche Gewalttäter und Kriminelle auszusondern. Besonders Bundesminister Genscher und zahllose andere Politiker haben sich inzwischen in schweinischer Weise zu der Frage der Asylgewährung, einem grundgesetzlich garantierten Recht, geäußert. Die Auswahlkriterien der faschistischen Junta reichen der Bonner und den Länderregierungen offensichtlich noch nicht.

Wir alle müssen mehr tun um die Solidarität mit den kämpfenden und verfolgten Chilenen tatsächlich zu einer Waffe zu machen. Das fängt an mit der direkten Unterstützung durch Geld, durch Sammlungen in Gruppen, Betrieben, auf der Straße; sodann gilt es, den Informationsfluß aufrecht zu erhalten, nachdem die bürgerliche Presse zunehmend ihr Interesse an Chile verliert. In Gesprächen am Arbeitsplatz, in der Agitation müssen immer wieder die Zustände in Chile, die Hintergründe des Terrors, die internationalen Zusammenhänge und die Bedeutung, die die Ereignisse in Chile für uns, für den Klassenkampf bei uns haben, diskutiert werden. Wir müssen für unseren Kampf die unübersehbaren Lehren aus den chilenischen Ereignissen ziehen!

Komitee „Solidarität mit Chile“

Nähere Informationen bringen die CHILE-NACHRICHTEN, von denen bis Mitte Januar 11 Nummern erschienen sind, über die gleiche Adresse sind erhältlich Aufkleber, Solidaritätspostkarten mit politischen Wandmalereien aus Chile, Poster. Versucht, größere Mengen davon im Freundeskreis und bei Solidaritätsveranstaltungen zu verkaufen. Vorausüberweisungen, Spenden, Bestellungen sämtlichst an:

CHILE-NACHRICHTEN c/o ESG

1 Berlin 31, Koblenzer Str.8 (Telefon: 030-853 8000)

Postscheckkonto Elfriede Kohut, Nr. 3800 87-108 Berlin-West

Dieser Text soll der Beginn einer Reihe sein, die mehr oder minder häufig unter der Redaktion und in Eigenverantwortlichkeit der Lotta Continua im Verlag des Politiaden Erlangen erscheinen wird. Langfristig beabsichtigt sind unter anderem Texte über Chile, über den Kampf in Fabriken, Schulen, Gefängnissen, dem Heer usw. in Italien.

Nach den Ereignissen in Chile müssen die Frage nach der Strategie, nach der Organisation der Massen und der revolutionären Avantgarde, nach dem bürgerlichen Staat und seiner Zerschlagung, nach der Unvermeidlichkeit des präventiven konterrevolutionären Schlags der Bourgeoisie – und vieles andere mehr – Eingang in die Diskussion der revolutionären Gruppen und Organisationen auch in Westeuropa finden.

Eine Frage scheint uns besonders vordringlich: nämlich die nach dem internationalen Zusammenhang der Klassenkämpfe. Wenn die Handvoll Ausbeuter sich der ganzen gesammelten Kraft des Proletariats gegenüber sähe, wäre ihr Schicksal schon besiegelt, und die Geschichte hätte schon seit langem ihre Richtung geändert. Aber das Proletariat ist gespalten. Der Kapitalismus hat es im Lauf der letzten 50 Jahre vollkommen verändert und umgeschichtet; er hat es auf gesellschaftlicher Ebene zersplittert, geteilt und isoliert, um zu verhindern, daß es auf politischer Ebene zur Einheit finden könnte.

Und um diese Einheit geht es heute, und zwar nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten. Die europäische Arbeiterklasse ist objektiv schon viel weiter vereinigt, als unmittelbar zu merken ist: die Arbeitsemigranten stellen ein starkes Verbindungsglied her, der gemeinsame Kampf gegen Lohnraub, gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen Inflation und gegen die Auspielung der Wirtschaftskrise von Seiten des Kapitals bedeuten aktive Vereinigung des westeuropäischen Proletariats. Der autonome, der selbständige Arbeiterkampf, der sich nicht mehr als Anreiz und Motor für die kapitalistische Entwicklung umbiegen läßt, sondern direkt gegen die Ausbeutung und ihre Gesetze ankämpft, ist heute die entscheidende Realität in den Beziehungen zwischen den Klassen.

Von der Arbeiterautonomie auszugehen, wie sie in den Klassenkämpfen auch in der BRD zum Ausdruck gekommen ist, bedeutet nach Auffassung von Lotta Continua, jegliche Diskussion und Konfrontation über den Klassenkampf in Europa auf ihre wirklichen Beine zu stellen.